

Evangelisch-Lutherische
Landeskirche Sachsens

Nächstenliebe verlangt Klarheit

„Kirche in Sachsen für Demokratie
– gegen Rechtsextremismus“



Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit
Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

IMPRESSUM

Herausgeber:	Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens
Redaktion:	Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e.V. Maria Grjasnow, Kulturbüro Sachsen e.V. Susanne Feustel, Ev.-Luth. Landesjugendpfarramt Sachsens Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen Dr. Harald Lamprecht, Beauftragter für Weltanschauungs- und Sektenfragen der Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens und Geschäftsführer des Evangelischen Bundes, Landesverband Sachsen Karl-Heinz Maischner, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen Dr. Christoph Münchow, Oberlandeskirchenrat
Design:	Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens
Satz:	Miroslav Bohdálék, Kulturbüro Sachsen e.V.
Bildnachweis:	Kulturbüro Sachsen e.V.
Titelbild	Der Sonntag / Steffen Giersch
Copyright:	Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens Alle Rechte bleiben bei dem Herausgeber.

Wir danken der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland (EKM), der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) sowie dem Evangelisch-Lutherischen Landesjugendpfarramt Sachsens für die freundliche Genehmigung zur Übernahme von Texten aus ihren Handreichungen.

Arbeitsgruppe Kirche und Rechtsextremismus

c/o Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen
Barlachstraße 3, 01219 Dresden
Tel.: +49 351 / 471 72 95
Fax: +49 351 / 472 09 32
maischner@eeb-sachsen.de
www.eeb-sachsen.de

Dresden, November 2008

Geleitwort

„Suchet der Stadt Bestes!“ (Jer 29,7)

Als Christinnen und Christen in Sachsen dieses Gotteswort ernst zu nehmen heißt, eine der großen Herausforderungen unserer Zeit nicht allein den Politikern und Politikerinnen zu überlassen: das Engagement für Demokratie und die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Dazu drängen die zunehmende Politikverdrossenheit in der Gesellschaft ebenso wie die steigenden Erfolge rechtsextremer Parteien bei den Wahlen – nicht nur in Sachsen.

Deshalb haben sich Mitarbeitende aus verschiedenen kirchlichen und außerkirchlichen Organisationen zusammengefunden, um die vorliegende Handreichung für die Gemeinden zu erstellen. Sie soll Ihnen dabei helfen, aktiv zu werden, sich einzumischen und sich neben dem Notwendenden Gebet ebenso an der Gestaltung des öffentlichen Lebens, der Zivilgesellschaft, in den Kommunen zu beteiligen. Dazu bietet Ihnen die Handreichung theologische Verge-
wässerungen und Analysen der Situation. Neben Informationen zu den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus finden Sie vor allem auch motivierende und nachahmenswerte Beispiele und Ideen für die Arbeit in der Kirchengemeinde sowie Fortbildungsangebote und Adress- und Literaturhinweise.

Begleitend zur Aktion der Landeskirche „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ im Jahr 2009 wird es weiteres Material auf den Internetseiten der Landeskirche und der EEB Sachsen geben. An dieser Stelle sei ausdrücklich den Verantwortlichen unserer Nachbarkirchen gedankt, der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland und der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, die uns ihre Materialmappe bzw. Handreichung zur freien Verwendung überlassen haben. Ein Dank geht an alle Verfasserinnen und Verfasser der Artikel, an das Redaktionsteam, an die Mitarbeitenden der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens und des Bistums Dresden-Meißen und des Kulturbüro Sachsen e.V.

In der Handreichung bemühen wir uns neben dem jeweils individuellen Stil der Schreibenden um eine geschlechtergerechte Sprache. Das geschieht zum einen durch Nennung beider Geschlechter, zum anderen durch Wechsel der männlichen und weiblichen Form im Text. In der Regel ist dabei das jeweils andere Geschlecht eingeschlossen.

Für die Arbeitsgruppe „Kirche und Rechtsextremismus“

Schalom

Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen

Karl-Heinz Maischner, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen



Inhaltsverzeichnis

Grußwort 7
Jochen Bohl, Landesbischof der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Rechts – Links – Extremismus? 8
Ein Vorwort der AG Kirche und Rechtsextremismus
Susanne Feustel, Ev.-Luth. Landesjugendpfarramt Sachsens / Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen / OLKR Dr. Christoph Münchow, Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens

I. Theologische Grundlegung – das biblische Menschenbild

1. Warum sich die Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus engagieren muss! 14
Eine theologische Begründung
PD Dr. Michael Haspel, Evangelische Akademie Thüringen

2. Herausforderung von Rechts – theologische Positionen 19
Superintendent Dr. Peter Meis, Ev.-Luth. Superintendentur Dresden Mitte

3. Einfache Antworten – richtige Antworten? Ein christlicher Bekenntnisfall?! 26
Dr. Christian Staffa, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

II. Rechtsextremismus – Was ist das?

1. Aus der Mitte der Gesellschaft: rechtsextreme Einstellungen 30
Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e.V.

2. Moderner Rechtsextremismus. Ideologie – Strategie – Auswirkungen 31
Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e.V. / David Begrich, Miteinander e.V.

3. Frauen in der extremen Rechten 43
Petra Zais, Kulturbüro Sachsen e.V. – Mobiles Beratungsteam Neukirchen

4. Rechtsextreme Lebenswelt 48
4.1 Rechtsextreme Sprache 48
Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO)
4.2 Rechtsextreme (Jugend-)Subkultur und Lifestyle 50
Susanne Feustel, Ev.-Luth. Landesjugendpfarramt Sachsens

4.3 Rechtsextreme Aktionsformen und Strategien in Sachsen 59
Petra Schickert / Markus Kemper, Kulturbüro Sachsen e.V. – Mobiles Beratungsteam Pirna

5. „Es ist das Klima, das wir verändern müssen...“ Die Situation von Betroffenen rechtsextremer Gewalt in Sachsen 67
Juliane Wetendorf, RAA Sachsen e.V.

III. Das betrifft uns Christen doch gar nicht. Oder? Leitfaden für Kirchengemeinden zum Umgang mit besonderen rechtsextremen Ereignissen

Einleitung 76
Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e.V. / Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen

1. Nächstenliebe verlangt klare Positionen 77
Dr. Harald Lamprecht, Sektenbeauftragter der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

2. Checkliste Veranstaltungen – Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten 83
Kulturbüro Sachsen e.V.

3. Anleitung zur Zivilcourage 85
Dr. Harald Lamprecht, Sektenbeauftragter der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

4. Mit Rechtsextremen diskutieren? 89
Dr. Harald Lamprecht, Sektenbeauftragter der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

5. Was können Kirchengemeinden und ChristInnen tun? 94
Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen

IV. Ermutigung zum Handeln – Beispiele und Bausteine für kirchliches Engagement

Einleitung 98
Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen / Karl-Heinz Maischner, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen

1. Friedensgebet am 6. September 2008 in der St. Marien Kirche Kamenz 99
Superintendent Wolfgang Müller, Ev.-Luth. Kirchenbezirk Kamenz / Pfarrer Jörg Naumann, Ev.-Luth. St. Marien Kirchengemeinde Kamenz

2. Engagement gegen Rechtsextremismus im Stadtteil – Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde Chemnitz	104
<i>Thomas Doyé, Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde Chemnitz</i>		
3. DEMOKRATIE LERNEN – Ein Lernprojekt an Beispielen „Rechter Musik“	107
<i>Susanne Feustel, Dr. Thomas Feist, Ev.-Luth. Landesjugendpfarramt Sachsens</i>		
4. „Was ist nur mit den Konfis los?“ – Ein Rollenspiel	109
<i>Christian Liebchen, Pädagogisch-Theologisches Institut Drübeck</i>		
5. „Mit Chorälen und Liedern Farbe bekennen“ – Sächsische Posaunenmission e.V.	115
<i>Friedel W. Böhler, Sächsische Posaunenmission e.V.</i>		
6. Zivilcourage für Demokratie im Heimatort – Praxistage zum Thema Rechts- extremismus in der Evangelischen Akademie Meißen	117
<i>Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen</i>		
7. BAFF – „Bands auf festen Füßen“ gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechts- extremismus	121
<i>Pfarrerin Bea Spreng, Kirchengemeinde Joachimstal</i>		
8. Wiederkehrende Anlässe für Initiativen	122

V. Adressen und Literaturhinweise

1. Hilfreiche Adressen im Bereich der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens	126
2. Überregionale Beratungsprojekte im Freistaat Sachsen	128
3. Bundesweit bedeutsame Projekte	130
4. Internetquellen	131
5. Filmmaterialien	132
6. Weiterführende Literatur	133

Grußwort

Jochen Bohl, Landesbischof der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Liebe Leserinnen und Leser,

der Rechtsextremismus ist in der Gegenwart unseres Landes zu einem drängenden Problem geworden. Erschreckend hoch ist die Zahl an Straftaten, die auf die verschiedenen Gruppierungen zurückgeht. Erschreckend ist aber auch, dass sich in letzter Zeit Hinweise ergeben haben, dass rechtsextreme Auffassungen sich in der Mitte unserer Gesellschaft etabliert haben. Wir sind dankbar, dass unser Staat mit seinen Mitteln bemüht ist, dem Unheil zu wehren. Doch es reicht nicht, wenn wir diese Aufgabe allein der Politik, der Polizei und den Gerichten zuschieben – jede Bürgerin und jeder Bürger ist gefordert, einen Beitrag zu leisten.

Wir Christen stellen uns gegen die Ideologie der neuen Nazis ebenso wie gegen ihr Auftreten, denn mit dem Glauben an Christus, den Friedensfürsten, ist ihr Trachten und Tun nicht vereinbar. Das folgt nicht nur aus dem abstoßenden Rassismus oder dem finsternen Antisemitismus, deren sie sich in ihrer Verblendung hingeben, sondern auch aus ihrem unbußfertigen Umgang mit der Vergangenheit. Sie feiern die Untaten der Verbrecher in jenen verhängnisvollen Jahren zwischen 1939 und 1945; und es sind nicht nur dumme, unwisende Junge, die so reden und handeln, sondern auch Anführer, die weder dumm noch unwissend sind, wohl aber gewissenlos.

In der Auseinandersetzung mit glaubensfeindlichen Ideologien wissen wir uns mit den Vätern unseres Glaubens verbunden. Der Apostel Paulus schrieb vor knapp zweitausend Jahren Worte, die aktueller nicht sein können:

„Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“ Gal.3,28

Immer wieder macht der Apostel uns Mut, das Reich Gottes als eine andere Wirklichkeit zu sehen – als die kommende Gegenwart Gottes in diese Welt hinein. Von ihm geht eine Kraft aus, die das Dunkel der Welt und das böse Handeln der Menschen in ihr überwindet, damit das Zusammenleben gelingt. Wir bekommen Anteil daran, wenn wir auf sein Wort hören, auf Jesus Christus vertrauen und in diesem Vertrauen leben. So glauben und so hoffen wir und können handeln in der festen Zuversicht auf das Wachsen des Reiches Gottes unter uns. Mit unseren Kräften und Begabungen werden wir gebraucht, gerade auch in der Auseinandersetzung, die es mit den neuen Nazis zu führen gilt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen bei der Arbeit mit dieser Handreichung, zu deren Herausgabe die Kirchenleitung sich entschlossen hat, viele Anregungen und Ermutigungen zu praktischem Handeln für Demokratie und gegen Rechts-
extremismus, denn „Nächstenliebe verlangt Klarheit“.



Rechts – Links – Extremismus?

Ein Vorwort der AG Kirche und Rechtsextremismus

Susanne Feustel, Ev.-Luth. Landesjugendpfarramt Sachsens / Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen / OLKR Dr. Christoph Münchow, Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens

Sowohl das Aktionsjahr der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens als auch diese Handreichung stehen unter der Überschrift „Nächstenliebe verlangt Klarheit. Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ und thematisieren damit einen klar umrissenen Gegenstand: rassistische, antisemitische, nationalistische, sozialdarwinistische und andere menschenverachtende – kurz: rechtsextreme – Bestrebungen, die eine Gefahr für die Demokratie und ein friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft darstellen. Diese Handreichung will anregen und unterstützen, dass sich viele Menschen und die Kirchgemeinden einsetzen für Menschenwürde, Toleranz, Demokratie und für ein verständnisvolles Miteinander mit Menschen, die in einem anderen Land geboren sind oder in einer anderen Kultur, Weltanschauung oder Religion ihre Wurzeln haben.

Warum Rechtsextremismus als Gefahr?

Seit 1990 hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine extrem rechte Bewegung etabliert, die über gefestigte Strukturen, eigene Finanzierungsquellen und politischen Einfluss verfügt. Unzählige Menschen wurden von rechtsextremen Schlägern ermordet oder bei Übergriffen verletzt. Ein Netzwerk rechtsextremer Kameradschaften, Szene-Läden, Labels, die menschenverachtende Musik produzieren, KonzertveranstalterInnen und AktivistInnen, die sich in der „nationalen Jugendarbeit“ engagieren, lässt ExpertInnen heute von der Existenz einer ganz eigenen und stark politisierten rechtsextremen Subkultur sprechen. Die radikalste der extrem rechten Parteien, die NPD, wurde in zwei Landtage und unzählige Kommunalparlamente gewählt. VertreterInnen dieser Partei sind oft ins Gemeindeleben ihrer Heimatorte integriert und tragen so zur Normalisierung der NPD als einer „Partei neben anderen“ bei. Zudem existieren tatsächlich Orte (Wohngebiete, Jugendzentren, Landstriche), die als „no go areas“ oder „Angstzonen“ bezeichnet werden können, in denen es für MigrantInnen, nicht-„rechte“ BürgerInnen und alle anderen, die nicht in das Weltbild der Nazi-Szene passen, potenziell gefährlich ist, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen. Außerdem zeigen Forschungsergebnisse der letzten Jahre eine erschreckend weite Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Gesamtgesellschaft.¹ Diese Forschungsergebnisse und das faktische Ende des viel beschworenen „Aufstands der Anständigen“



gen“, der im Jahr 2000 noch dazu führte, dass ein öffentliches Problembewusstsein entwickelt wurde, zeigen, dass heute der Rechtsextremismus kaum noch ein Thema ist. Der Rechtsextremismus stellt ein gesamtgesellschaftliches Phänomen dar, an das sich heute viele gewöhnt zu haben scheinen. Denn die Existenz einer extremen Rechten gehört derzeit zur Normalität der politischen Landschaft in der Bundesrepublik, die medial und politisch meist nur dann thematisiert wird, wenn es zu gewalttätigen Übergriffen oder gar Morden kommt.

Die hier genannten (und in dieser Handreichung im Kap. 2 detailliert dargestellten) Verhältnisse, den Rechtsextremismus betreffend, haben sich in den letzten Jahren nicht zum Positiven geändert. Die Zahl der Übergriffe ist in den meisten Regionen konstant geblieben oder angestiegen. So wurden in der Bundesrepublik Deutschland allein im August des Jahres 2008 drei Menschen von bekennenden und bekannten Neonazis ermordet.² Dieser Zustand ist bedenklich und verleiht der Problematisierung des – und dem Kampf gegen den – Rechtsextremismus grundlegende Legitimität und Notwendigkeit.

Warum ausgerechnet Sachsen?

Sachsen stellt im Vergleich mit anderen Bundesländern einen Schwerpunkt für rechtsextremistische Bestrebungen dar. In Sachsen gelang der NPD 2004 der Sprung in den Landtag und zahlreiche Kommunalparlamente, hier hat die Parteizeitung der NPD, die Deutsche Stimme, ihren Sitz. In Sachsen agieren derzeit 13 NPD-Kreisverbände, etwa 35 Kameradschaften, 30 Neonazi-Bands und gut ein Dutzend rechte Szeneläden und Musiklabels. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 zählten die sächsischen Opferberatungsstellen 136 gewalttätige Übergriffe, die der Neonaziszene zuzuordnen sind.³ Zudem wurden zahlreiche Brandanschläge auf Imbissläden, nicht-rechte Kulturzentren und bewohnte Häuser verübt.

Auch für Sachsens Bevölkerung konstatieren SozialwissenschaftlerInnen eine weite Verbreitung ausländerfeindlicher, nationalistischer und antisemitischer Einstellungen: *„So sind etwa zwei Drittel der Sachsen der Ansicht, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland und gut 45% stimmen der Aussage zu, dass in Deutschland lebende Ausländer in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden. Immerhin fast ein Fünftel vertritt die Meinung, Weiße seien zu Recht führend in der Welt. Ebenso viele stimmen dem klassisch antisemitischen Vorurteil zu, Juden hätten in Deutschland zuviel Einfluss.“*⁴

Die „Gefahr von Links“?

Das Engagement für Demokratie in Verbindung mit klaren Positionierungen und Aktivitäten „gegen Rechtsextremismus“ lässt BürgerInnen in Stadt und Land,

Mitglieder verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen und Kirchen sowie einige Kommunal- und BundespolitikerInnen fragen: Warum beschäftigen wir uns mit Rechts- aber nicht mit Linksextremismus? Der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte sollte immer den Blick auf die verschiedenen Phänomene extremer und extremistischer Einstellungen richten. Kurzsichtigkeit oder Tunnelblick wirken innerhalb dieses Engagements kontraproduktiv. Doch vor dem Hintergrund der Quantität neonazistischer Angriffe auf Gesundheit und Leben anderer und in Anbetracht der wachsenden Politisierung und Professionalisierung rechtsextremer Netzwerke und deren Einfluss auf die politische Landschaft in der Bundesrepublik und Sachsen verblasst die Gefahr, die von Gruppen und Parteien ausgeht, die vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft werden, zur Nachrangigkeit.

Extreme Rechte und extreme Linke unterscheiden sich grundlegend in ihren Aktionsformen, in ihrer derzeitigen gesellschaftlichen Relevanz und nicht zuletzt in ihren Zielen:

1. Die Art der Vorgehensweise und damit der Grad der Gewaltakzeptanz macht einen entscheidenden Unterschied.

Gewalt gegen Menschen, die immer auch Todesopfer in Kauf nimmt, ist eine der Grundfesten extrem rechter Politik. Seit der Wiedervereinigung wurden 141 MigrantInnen, Obdachlose, Linke und andere von rechten Schlägern zu Tode geprügelt, erschlagen oder verbrannt.⁵ Dass im selben Zeitraum auch nur ein Mensch während einer als politisch links motivierten Aktivität zu Tode kam, ist den AutorInnen und InitiatorInnen dieser Handreichung nicht bekannt. Zudem gehen ständige Gewalt- und Morddrohungen gegen PolitikerInnen und andere Personen, die sich für Demokratie einsetzen, auf das Konto von Rechtsextremisten. Diese versuchen so, politisch Andersdenkende einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

2. Die beiden politischen Lager unterscheiden sich grundlegend in ihrer gesellschaftlichen Relevanz und damit im Grad der tatsächlichen Gefährdung des demokratischen Systems.

Rechtsextreme haben in vielen gesellschaftlichen Feldern Fuß gefasst, sie sitzen in Kommunal- und Landesparlamenten, führen Konzerte und Bildungsveranstaltungen durch, machen gezielte Jugendarbeit, engagieren sich in Sportvereinen und Elterninitiativen. Sie organisieren Demonstrationen, auf denen menschenverachtende und volksverhetzende Inhalte propagiert werden und gehen gewalttätig gegen alle vor, die sich ihnen in den Weg stellen. Motiviert und gestärkt werden sie dabei auch von dem Bewusstsein, dass rechtsextreme Einstellungen in der so genannten Mitte der Gesellschaft vorhanden sind und zahlreiche Bürge-

rInnen zumindest einigen ihrer Forderungen wohlwollend gegenüber zu stehen scheinen. Die politische Relevanz extrem linker Gruppierungen in Sachsen nimmt sich dagegen recht klein aus. Als aufschlussreiche Quelle fungiert hier der Sächsische Verfassungsschutzbericht 2007. Laut diesem Bericht agieren 3000 aktive und organisierte Rechtsextremisten und rund 640 als linksextrem eingestufte Personen. Rund die Hälfte dieser Linksextremen gehört Parteien wie der MLPD, DKP oder der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke (KPF) an, die alle keinerlei politische Relevanz besitzen. Die sächsischen Verfassungsschützer schreiben, die DKP „betätigt sich wenig“, die MLPD „entfaltete keine nennenswerte Öffentlichkeitswirksamkeit“ und die Kommunistische Plattform in der LINKEN „verharrt (...) wie schon in den Vorjahren in der Bedeutungslosigkeit“.⁶ Die verbleibenden 300 als linksextrem eingestuften Personen – die so genannten „Autonomen“ in Sachsen – beschäftigten sich im Jahr 2007 hauptsächlich mit der Organisation von Kampagnen und Demonstrationen gegen „rechte Szeneläden“ und Aufmärsche der NPD und Freier Kameradschaften.

3. In diesem Kontext kommen auch inhaltliche Differenzen zum Vorschein, die in der Auseinandersetzung mit den Extremen eine Rolle spielen sollten.

Rechtsextreme arbeiten strategisch gezielt auf die Etablierung einer „deutschen Volksgemeinschaft“ hin, in der Menschen anderer Hautfarbe und Herkunft, Homosexuelle, Behinderte und Andersdenkende keinen Platz haben und wenn nötig mit Gewalt ausgeschlossen werden. Demokratie und Menschenrechte haben hier keinen Platz. Demgegenüber attestiert der sächsische Verfassungsschutz denjenigen Linksextremisten, die nicht völlig bedeutungslos sind, also den „Autonomen“, „weder ein einheitliches ideologisches noch strategisches Konzept“. Sie greifen, so der Verfassungsschutz, anlassbezogen Themen wie bspw. Antifaschismus, Antimilitarismus, Antirassismus auf und kritisieren den Kapitalismus.⁷ Der rechtsextremen Ideologie der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens steht also das grundlegende Prinzip der Gleichheit aller Menschen gegenüber. Hierbei handelt es sich um ein Grundprinzip, das sein Niederschlag im, leider von „Autonomen“ teilweise auch gewaltsam geführten, Kampf gegen rassistische Diskriminierung, soziale Benachteiligung, Militarisierung und Krieg findet, dessen Grundintentionen aber von allen DemokratInnen geteilt werden sollte.

Die hier aufgezeigten realpolitischen Fakten sollen erklären, warum wir bei unserem Eintreten für Demokratie der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus soviel Bedeutung beimessen. Unserer Meinung nach geht die hin und wieder geforderte gleichgewichtete Fokussierung zivilgesellschaftlicher und politischer Kräfte und damit personeller und finanzi-

eller Ressourcen auf die „Gefahren von Rechts und Links“ am eigentlichen Problem vorbei. Deshalb und in der Gewissheit, dass eine Egalisierung zu einer Verharmlosung des Problems Rechtsextremismus führen kann, sowie aus Respekt vor den unzähligen Opfern rechter Gewalt, haben wir uns entschieden, unser Engagement für Demokratie an das entschiedene Eintreten gegen Rechtsextremismus zu binden.

Und Extremismus? Eine Selbstkritik

Schlussendlich bleibt uns selbstkritisch anzumerken, dass der in dieser Handreichung verwendete Begriff des Rechts„extremismus“ selbst der kritischen Reflexion bedarf. Der politische Extremismusbegriff macht per Definition eine klare Unterscheidung zwischen „extremem Rand“ und „demokratischer Mitte“. Doch die Forschung zu rechten Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft und die Tatsache, dass auch Neonazis in dieser, also in unserer Gesellschaft aufgewachsen sind und dass sie in unseren Familien, Schulen, Sportvereinen und (Kirch-)Gemeinden sozialisiert wurden, zeigen, dass die Benennung menschenfeindlicher Bestrebungen und Einstellungen als „extremes“ Randphänomen nicht ins Schwarze trifft. Die Grenzen zwischen demokratischer Mitte und rechten Einstellungen und Handlungen sind fließend. Deshalb muss ein Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus immer die gesamte Gesellschaft und damit uns selbst im Blick behalten. Die Benennung des hier skizzierten Problems als „extremistisch“ erscheint vor diesem Hintergrund nicht angemessen.

Doch auch wir, die AutorInnen und InitiatorInnen dieser Handreichung, kommen angesichts der Abwesenheit eines adäquaten Ersatzbegriffes und im Sinne einer guten Verständlichkeit nicht umhin, den Begriff „Rechtsextremismus“ zu verwenden, wenn wir rassistische, antisemitische, nationalistische, sozialdarwinistische und den Nationalsozialismus verherrlichende Handlungen und Einstellungen in der gesamten Gesellschaft meinen.

Fußnoten

- 1 Brähler / Decker (2006): Vom Rand zur Mitte; Heitmeyer (2002-2007): Deutsche Zustände.
- 2 www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/drei-nazi-morde-im-august-2008
- 3 www.raa-sachsen.de
- 4 Stichs / Heitmeyer (2002-2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen, S.36.
- 5 www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/drei-nazi-morde-im-august-2008
- 6 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Verfassungsschutzbericht Sachsen 2007.
- 7 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: www.verfassungsschutz.sachsen.de/728.htm

1

T

heologische Grundlegung

Das biblische Menschenbild



1 1. Warum sich die Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus engagieren muss! Eine theologische Begründung*

PD Dr. Michael Haspel, Direktor der Evangelischen Akademie Thüringen

Wir beobachten das Zunehmen rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft. Diese machen auch vor den Kirchentüren nicht halt, obwohl sie eindeutig Jesu Gebot der Gottes- und Nächstenliebe widersprechen: „*Du sollst Gott, deinen Herrn, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüt und deinen Nächsten wie dich selbst.*“ (Lukas 10,27 par.). Wesentliche Elemente rechtsextremer Weltbilder sind Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Orientierung an autoritären Strukturen, Demokratie- und Pluralitätsabwertung, Bestreiten von Gleichheit etc. Im Folgenden soll an einigen Beispielen gezeigt werden, dass diese rechtsextremen Orientierungen mit der Grundorientierung des christlichen Glaubens nicht vereinbar sind.

Gottebenbildlichkeit und Menschenwürde (Schöpfungstheologisch-anthropologische Perspektive)

In der Erzählung der Schöpfung am Beginn des biblischen Zeugnisses wird überliefert, dass Gott die Menschen, alle Menschen, als Bild seiner selbst erschafft: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Weib“ (1. Mose 1,27). Alle Menschen sind also nicht nur Gottes Geschöpfe, sondern seine Ebenbilder. Dadurch ist die besondere Beziehung Gottes zu den Menschen zum Ausdruck gebracht. Er setzt sich zu den Menschen in Beziehung. In dieser in der Schöpfungsgeschichte begründeten besonderen Gottesbeziehung kommt nach christlichem Verständnis das Besondere der Menschen zum Ausdruck. Sie sind von Gott gewollt. Sie sind nicht einfach zufällig da, sondern stehen von Anfang an in einer kommunikativen Beziehung, die Geschichte und Lebensgeschichte eröffnet und begleitet. Deshalb ist in dieser Gottebenbildlichkeit nach christlichem Verständnis die Würde aller Menschen angelegt. Die Menschenwürde gilt allen Menschen in gleicher Weise. Das Alte Testament unterscheidet in dem literarischen Zusammenhang, in dem die Schöpfungsgeschichte steht, die unterschiedlichen ethnischen Gruppen, die sich aus den Ureltern entwickeln. An keiner Stelle wird die Gottebenbildlichkeit und die Menschenwürde auf ein Volk eingeschränkt bzw. jemand daraus ausgeschlossen. Sie geht auch, als Entsprechung zum Beziehungsangebot Gottes, nicht – wie in älteren dogmatischen Entwürfen manchmal noch angenommen wird – durch den Sündenfall verloren. Das Ja Gottes zu den Menschen

* Dieser Text wurde mit freundlicher Genehmigung der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland (EKM) aus der Broschüre „Nächstenliebe verlangt Klarheit“ übernommen.

gilt ihnen gerade in ihrer Sündhaftigkeit, aus der sich zu befreien Gott ermöglichen will. Bei rechtsextremen Einstellungen und Ideologien spielt die Ungleichheit von Menschen auf Grund ihrer Abstammung und Kultur eine große Rolle. Dies ist mit der Lehre von der Gottebenbildlichkeit aller Menschen nicht vereinbar.

Die Kirche Jesu Christi ist multikulturell (Ekklesiologisch-christologische Perspektive)

Schon Paulus hat theologisch geklärt, dass die gute Nachricht von der Gerechtersprechung der Sünderinnen und Sünder durch den Glauben an Jesus, den Christus, allen Menschen gilt: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Knecht noch Freier, hier ist nicht Mann noch Weib; denn ihr seid allzumal einer in Christus Jesus“ (Galater 3,28). Die christliche Kirche ist deshalb offen für alle Menschen, egal welcher Abstammung sie sind, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sozialen Stellung usw. Die christliche Kirche war von Anfang an multikulturell. Das Evangelium hat eine universale Tendenz: Der Zuspruch der frohen Botschaft der Befreiung gilt allen Menschen; der im biblischen Zeugnis festgehaltene Anspruch an Lebensführung und Zusammenleben der Menschen soll alle Menschen in gleicher Weise schützen. Deshalb sind auch alle Menschen, die diesen Grundüberzeugungen nicht offenkundig widersprechen, zu unseren Gottesdiensten eingeladen. Auch in dieser Perspektive wird deutlich, dass das biblische Zeugnis im Gegensatz zu rassistischen und sexistischen Inhalten der rechtsextremen Überzeugungen steht.

Die bleibende Erwählung der Jüdinnen und Juden (Offenbarungstheologische Perspektive)

Der ursprüngliche Bund Gottes galt seinem erwählten Volk Israel, dem er sich offenbart hat. Nach christlichem Verständnis hat Gott diesen Bund durch die Offenbarung in Jesus Christus für alle Menschen geöffnet, die an ihn glauben. Der ursprüngliche Bund bleibt aber in seiner Besonderheit erhalten: „Wenn aber nun etliche von den Zweigen ausgebrochen sind und du, der du ein wilder Ölbaum warst, bist unter sie gepropft und teilhaftig geworden der Wurzel und des Saftes im Ölbaum, so rühme dich nicht wider die Zweige. Rühmst du dich aber wider sie, so sollst du wissen, dass nicht du die Wurzel trägst, sondern die Wurzel trägt dich“ (Römer 11, 17f.). Deshalb sind Christinnen und Christen dem Volk Israel in besonderer Weise verbunden. Jesus und die Glieder der Urgemeinde waren Jüdinnen und Juden. Die heilige Schrift der Jüdinnen und Juden ist Christinnen und Christen Grundlage und Voraussetzung des Neuen Testaments. Deshalb ist jede Form des Antisemitismus vom biblischen Zeugnis und christlichen Glauben her abzulehnen. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass es auch im Christentum verhängnisvolle Formen des Antijudaismus gab und gibt. Gerade deshalb wird sich die Evangelische Kirche gegen den Antisemitismus in der Gesellschaft wenden.

Demokratische Kultur gehört zur neuzeitlichen Gestalt des Protestantismus (Ekklesiologisch-kybernetische Perspektive)

In Entsprechung zu diesem Verständnis der Gleichheit aller hat sich mit der Zeit in den evangelischen Kirchen die Überzeugung herausgebildet, dass die angemessene Form der Kirchenleitung nur geschwisterlich sein kann. In einer Kirche, in der alle von gleichem Wert und gleicher Würde sind, auch wenn sie unterschiedliche Funktionen ausüben, geschieht die Kirchenleitung in presbyterial-synodaler Weise. Auch wenn unterschiedliche Traditionen und verschiedene Konzeptionen vom Amt der Bischöfinnen und Bischöfe historisch zu unterschiedlichen Kirchenordnungen geführt haben, gehören demokratische Elemente konstitutiv zur neuzeitlichen Gestalt des Protestantismus. Immer wieder sind von den demokratischen Strukturen und der demokratischen Kultur evangelischer Kirchen – wie unvollkommen sie auch gewesen sein mögen – Anstöße zur Demokratisierung von Gesellschaften ausgegangen. Dies gilt wohl für die Entstehung der Demokratie in den USA, mit Sicherheit für die Bürgerbewegung in der DDR und für den Anti-Apartheidkampf und die Entstehung einer Demokratie in Südafrika. Die innerkirchliche Demokratie drängt also auf eine Gestaltung des Gemeinwesens, die diesem entspricht. Deshalb bejaht die Evangelische Kirche den demokratischen Rechtsstaat. Dies widerspricht den demokratiefeindlichen Positionen rechtsextremer Ideologie und deren Bejahung einer autoritären oder diktatorischen Regierung durch einen „starken Mann“.

Der rechtsstaatliche Schutz der „Fremdlinge“ (Ethische Perspektive)

Wohl auf Grund der eigenen Erfahrungen in Exilsituationen (Ägypten, Babylon) haben sich in der Rechtsordnung Israels besondere Formen des Schutzes von Ausländern entwickelt: „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen“ (2. Mose 22,20). Die so genannten „Fremdlinge“ wurden den Einheimischen gleich gestellt. Beachtenswert ist dabei, dass diese Regelungen in den Rechtssammlungen des Alten Testaments aufgenommen wurden, ihnen also eine besondere Form der Verbindlichkeit und Bedeutung gegeben wurde: „Es soll ein und dasselbe Recht unter euch sein, für den Fremdling wie für den Einheimischen; ich bin der Herr, euer Gott“ (3. Mose 24,22). Der rechtliche Schutz der Fremdlinge basiert also einerseits auf dem ethischen Prinzip des Schutzes des Schwächeren mit dem Ziel der Bewahrung der Freiheit aller, wie er der Thora und in besonderer Weise den Zehn Geboten zu Grunde liegt. Zum Anderen kommt darin zum Ausdruck, dass es sich dabei um ein grundlegendes Element der Rechtsstaatlichkeit handelt. Für die christliche Ethik ergeben sich daraus drei Perspektiven. Zum einen ist ein Schutz der Schwachen und Bedrängten unabhängig von ihrer Abstammung eine Handlungsmaxime christlicher Lebensführung, man denke etwa an das Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Zum anderen wird

der Schutz der Schwächeren und Fremden und die Wahrung ihrer Rechte zu einer Forderung christlicher Ethik, die den Bereich des individuellen Handelns übersteigt. Die christlichen Kirchen engagieren sich in der Gesellschaft deshalb dafür, dass dies Teil der staatlichen Rechtsordnung wird und bleibt. Zum Dritten wird deutlich, dass die Rechtsordnung, die auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit beruht, Grundlage für das gesellschaftliche Zusammenleben und damit ein zu förderndes und bewahrendes Gut unserer Gesellschaft ist. Alle drei Aspekte stehen im Gegensatz zu rechtsextremen Weltbildern.

Orientierung auf Gerechtigkeit und Frieden

Der Prophet Jesaja entwirft eine große Friedensvision, die er an die Erwartung eines kommenden Messias anbindet: „Gerechtigkeit wird der Gurt seiner Lenden sein und die Treue der Gurt seiner Hüften. Da werden die Wölfe bei den Lämmern wohnen und die Panther bei den Böcken lagern. Ein kleiner Knabe wird Kälber und junge Löwen und Mastvieh miteinander treiben. Kühe und Bären werden zusammen weiden, dass ihre Jungen beieinander liegen, und Löwen werden Stroh fressen wie Rinder. Und ein Säugling wird spielen am Loch der Otter, und ein entwöhntes Kind wird seine Hand stecken in die Höhle der Natter“ (Jesaja 11,5–8). Darin kommt zum Ausdruck, dass Konflikte nicht gewaltförmig gelöst werden sollen, dass nicht die Feinde überwunden werden sollen, sondern die Feindschaft. Mit gewaltlosen Mitteln, Frieden und Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen und weltweit zu schaffen, ist eine Grundorientierung des biblischen Zeugnisses, das durch die verschiedenen Formen der Überlieferung hindurch zunehmend zu deutlich wird. Dies widerspricht einer Propagierung des Rechts des vermeintlich Stärkeren, wie es in rechtsextremen Weltbildern zu finden ist.

Der Schutz von Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus gehören zur Weltverantwortung der Kirche (Diakonisch-missionarische Perspektive)

Dass der christliche Glaube mit rechtsextremen Ideologien nicht vereinbar ist, werden die meisten bejahen. Aber warum soll sich die Kirche auch in der Gesellschaft, gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und dem Staat aktiv gegen den Rechtsextremismus engagieren? Manchmal wird die Frage gestellt, ob das nicht der Bereich der Politik sei, aus dem sich die Kirche heraushalten solle. Manchmal wird auch die Position vertreten, dass die Kirche sich zunächst um die Verkündigung kümmern und ihre Energie nicht mit anderen Aufgaben verbrauchen solle. Dagegen möchte ich die These setzen, dass die Weltverantwortung der Kirche konstitutiv zum Kirchesein gehört.

Die Bezeugung des Evangeliums ist konstitutiv öffentlich, (publice docere; siehe Augsburgische Konfession, Artikel 14 „Vom Kirchenregiment“). Dies gilt sowohl für den Zuspruch des Evangeliums als auch für den Anspruch der sich daraus für die Lebensführung der Christinnen und Christen und ihre Mitgestaltung des Gemeinwesens, in dem sie leben, ergibt. Wolfgang Huber spricht hier davon, dass sich der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche aus dem Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums ergibt. Die Weltverantwortung gehört zum Evangelium ursprünglich dazu, sie kommt nicht erst hinzu. Dies hat seine Entsprechung darin, dass ja auch in der reformatorischen Tradition der Glaube in der ethischen Lebensführung praktisch wird. Die ethische Lebensführung, die Werke, sind nicht die Voraussetzung für die Rechtfertigung durch Gott. Diese geht ganz von ihm aus. Diese Gerechtsprechung im Glauben ist Gnade und Geschenk. Sie können wir nicht verdienen. Aber die Befreiung durch die Rechtfertigung ermöglicht, dass sich das menschliche Handeln verändert. Der Glaube soll Früchte bringen, so kann Luther sagen. Er spricht hier auch von der zweifachen Gerechtigkeit: Diejenige, die von Gott kommt und die Menschen vor Gott gerecht macht und diejenige, die aus dem Glauben entspringt und auf Gerechtigkeit unter den Menschen zielt. Dabei ist konstitutiv, dass die christliche Gemeinde der Ort ist, an dem Christinnen und Christen miteinander darüber beten und beraten, was in einem konkreten Kontext zu tun ist. In den evangelischen Kirchen der DDR wurde in Anknüpfung an die ökumenische Debatte über das Konzept der „Missionarischen Gemeinde“ davon gesprochen, dass die versammelte Gemeinde zugleich die gesendete Gemeinde und die gesendete Gemeinde zugleich die versammelte Gemeinde ist. Es gibt kein Nacheinander in dem Sinne, dass es erst gilt, Gemeinde zu bauen und dann irgendwann diakonische und missionarische Aufgaben zusätzlich zu übernehmen. Denn sie gehören konstitutiv zum Gemeinde- und Kirchesein. Dietrich Bonhoeffer hat das mit dem Konzept der „Kirche für andere“ prägnant zum Ausdruck gebracht, indem er sagte, dass Kirche nur dann Kirche ist, wenn sie Kirche für andere ist. In diesem Sinne werden sich nicht nur evangelische Christinnen und Christen, sondern die Gemeinden und Kirchen gegen Rechtsextremismus engagieren. Zum Einen, weil sie zu unmittelbarer Hilfe herausgefordert werden, wenn Menschen von Rechtsextremen in ihrem Leben beeinträchtigt werden – und das fängt nicht erst bei der Androhung und Anwendung von Gewalt an. Zum Andern müssen sie sich gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsextremismus wehren, weil er fundamental den christlichen Grundüberzeugungen und Maßstäben widerspricht. Drittens werden die Kirchen im Rahmen ihres Öffentlichkeitsauftrags die demokratische und plurale Kultur und Institutionenordnung unseres Landes stärken, die Grundlage unseres Gemeinwesens ist, gemäß dem Motto: „Suchet der Stadt Bestes... und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl.“ (Jeremia 29,7)

2. Herausforderung von Rechts – theologische Positionen*

Superintendent Dr. Peter Meis, Ev.-Luth. Superintendentur Dresden Mitte

Wieder haben die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Sachsen gezeigt, dass es der Zivilgesellschaft, Parteien, Netzwerken und Kirchen nicht gelungen ist, die Gefahren wirklich deutlich zu machen, die vom rechten Rand her drohen. Während sich das Eindringen rechten Gedankengutes in Gremien, in die Musik- und Modeszene unauffälliger und – abgesehen von Aufmärschen, Konzerten und öffentlichen Ausschreitungen – nur scheinbar harmloser vollzieht, knüpft die Propaganda aller rechten Bewegungen unverblümt an aktuelle Unzufriedenheiten an und erzielt mit ihren einfachen Lösungen nicht nur, aber eben auch bedenkliche Wahlerfolge. So scheint es geraten, noch einmal auf problematische Kernideologien hinzuweisen. Da der Einfluss etwa auf den Lifestyle, der innerhalb der rechtsextremen Szene „arbeitsteilig“ stärker noch von den Freien Kameradschaften ausgeht, hier nicht verfolgt werden kann, beschränke ich mich auf das Politikangebot der NPD. Als Grundlage zur Auseinandersetzung greife ich dazu vier Themen auf, die sich im NPD-Parteiprogramm⁸ finden und stelle ihnen biblisch-theologische Perspektiven gegenüber.

Fremdenfeindlichkeit

In den einleitenden Grundgedanken des NPD-Parteiprogramms heißt es: *„Wir Nationaldemokraten stehen (...) gegen multiethnische Exzesse, denen derzeitig das deutsche Volk ausgesetzt ist, (...) gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung, für deutsche Freiheit, (...) die unserem Menschenbild entspricht.“* Und im ersten Abschnitt: *„Bloße Gesellschaften entwickeln keine Kultur, sondern bestenfalls eine Zivilisation, deren höchster Wert materiell ist. ‚Multikulturelle‘ Gesellschaften sind in Wirklichkeit kulturlose Gesellschaften. Die Vielfalt der Völker muß erhalten bleiben.“* Folglich: *„Deutschland ist das Land der Deutschen“*. Auf den Punkt gebracht heißt das: Die NPD steht für einen „Ethnopluralismus“⁹ statt eines Multikulturalismus. Eine der (Internet)Parolen lautet entsprechend: *„Rassenmischung ist Völkermord“*.

Auch im Kontext der Bibel ist der Umgang mit fremden Kulturen und damit dem Fremden überhaupt ein zentrales Thema. Von Abraham an über Mose und Joseph bis in die neutestamentliche Zeit hinein zählt Fremdheit zu den erregenden existentiellen Grunderfahrungen, denen sich ganze Bücher – etwa

* Gekürzte und überarbeitete Fassung eines Aufsatzes von 2005. In: Amtsblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, 2005, Nr. 7/8/B 17.

auch das Buch Ruth – widmen. So ist es zugleich Ausdruck verantworteten Glaubens wie einer hervorragenden Kulturleistung, wenn die Fremdenliebe als Gebot in vielerlei Varianten heranreift: „*Der Herr behütet die Fremdlinge*“ (Psalm 146,9), er „*hat die Fremdlinge lieb*“ (5. Mose 10,18). Sie sollen weder bedrückt werden (2. Mose 22,20; 23,9), noch soll für sie ein anderes Recht als für die Einheimischen gelten (3. Mose 24,22; 4. Mo 15,15f). Die älteste Fassung des Verbotes, Fremdlinge zu unterdrücken, findet sich im „*Bundesbuch*“, gleich zweimal mit der Begründung, „*ihr wisst um der Fremdlinge Herz, denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägypten gewesen*“ (2. Mose 22,20; 23,9). Später werden die Fremdlinge im Sinne der Gleichheit aller Menschen ganz in die Ordnung des Gottesvolkes einbezogen. Ausdrücklich wird das Gebot der Nächstenliebe (3. Mose 19,18) nun auf die Fremden übertragen: „*Wenn ein Fremdling wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland.*“ (3. Mose 19,33f)

Dieses Festhalten an der religiösen wie rechtlichen Gleichsetzung von Einheimischen und Fremden ist natürlich ein Konfliktpotenzial, das in der Geschichte Israels sehr unterschiedlich bewältigt wurde. „Fremd“ und „Feind“ haben nicht umsonst in vielen alten Sprachen die gleiche Wurzel. Noch im lateinischen „*hostis*“ (Fremdling und Feind) findet sich diese Zugehörigkeit, die sich dann einerseits in „*Hostia*“ (Opfer) und andererseits in Hospiz/Hospital (Fremden-/Gästehaus) verzweigt.

Auch das Neue Testament bildet diese Problematik ab. Geradezu handgreiflich – etwa neben den Werken der Barmherzigkeit („*Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen*“, Matthäus 25,35) – handelt auch das Vorgespräch mit anschließendem Gleichnis vom barmherzigen Samariter davon. Der Schriftgelehrte, der die Verpflichtung zur Gottes- und Nächstenliebe der Tora sehr wohl kennt – mithin auch das Gebot der Fremdenliebe – geht davon aus, dass der Nächste der jüdische Volksgenosse ist, der sich vom Fremdling als dem eben Nicht-Nahen unterscheidet. Seine Frage „*Wer ist mein Nächster?*“ (Lukas 10,29) ist gerade vor dem Hintergrund der auch damals multikulturellen Situation Palästinas eine Frage nach den Grenzen des Zumutbaren. Bekanntermaßen lässt sich Jesus auf die Definitionsbesessenheit seines Gegenübers nicht ein. Statt theoretischer Klärungen erzählt er eine Geschichte, deren Ende den Blick vom Opfer auf den Täter lenkt, so dass die verblüffende Antwort des Schriftgelehrten lautet: Der Nächste, das ist der Samariter. Ausgerechnet dieser verhasste Ausländer! Damit bietet Jesus ein Paradebeispiel für seine Aufforderung zur Feindesliebe. Letztere verwandelt den Fremden, gar den Feind nicht in einen Geliebten, wohl aber zum akzeptierten Anderen, der auch anders sein darf.

Wieviel Mühe ein solches „ver-anderndes“ Miteinander kostet, lässt sich an vielen biblischen Beispielen zeigen, wie etwa an Paulus, der mit seinem

Anspruch, wenigstens in der Gemeinde „*nicht Jude noch Grieche, nicht Sklave noch Freier, nicht Mann noch Frau, sondern alle in Christus Jesus einer zu sein*“ (Galater 3,28) freilich weder bei den Korinthern noch wirkungsgeschichtlich so recht zum Ziel gekommen ist.

Zusammengefasst: Das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe schließt das Gebot der Fremdenliebe ein. Bei allen verständlichen, weil natürlichen (archetypischen) Ressentiments gibt es vom Glauben an den dreieinigen Gott kein Argument, Fremde/Ausländer auszugrenzen oder anders als Einheimische zu behandeln. Unter dem sich schon in Israel immer deutlicher profilierenden universalen Herrschaftsanspruch Gottes gilt vielmehr die goldene Regel: „*Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch. Denn das ist das ganze Gesetz und die Propheten.*“ (Matthäus 7,12) Entschieden zu widersprechen sind daher den im NPD-Parteiprogramm vorgestellten Vorsätzen: „*Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern. Asylanten dürfen keinen einklagbaren Anspruch auf deutsche Sozialleistungen beanspruchen.*“ (Abschnitt 7) Oder: „*Ein grundlegender Wandel muß die menschenfreundliche Integrationspolitik beenden sowie die deutsche Volkssubstanz erhalten.*“ (Abschnitt 8)

Familie und Volk (als Natur- bzw. Schöpfungsordnung)

Hier zeigt sich das NPD-Parteiprogramm zunächst widersprüchlich: Einerseits heißt es im Abschnitt 2 („Grundlage unseres Volkes ist die deutsche Familie“): „*Die NPD befürwortet eine Frauenpolitik, die den Frauen und Mädchen volle Gleichberechtigung einräumt.*“ Diese aber wird arbeitsteilig so verstanden: „*Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen.*“ Und in Abschnitt 14 („Die Natur ist die allgemeine Lebensgrundlage“): „*Wir Nationaldemokraten bekennen uns zur Vielfalt des Lebens und seiner Erscheinungen in Natur und Kultur und deshalb zur Anerkennung und Achtung der natürlichen Ungleichheit der Menschen. Gleich sind die Menschen vor dem Gesetz und in der Unantastbarkeit ihrer Würde.*“ Auf den Punkt gebracht bedeutet diese sozialdarwinistische Haltung eine Kritik am Ethos der fundamentalen Gleichheit aller Menschen.

Auch und gerade im Licht christlicher Wirkungsgeschichte konnte sich zwar das Geschlechterverhältnis nur ausgesprochen mühsam zu einer wirklichen Gleichberechtigung emanzipieren. So zeigen sich auch in den Kirchen noch immer empfindliche Defizite etwa bei beruflichen (Aufstiegs-)Chancen oder der Frauenordination. Andererseits waren für eine grundlegende Gleichheit aller Menschen allemal biblische Impulse entscheidend. Hier ist zuerst an den priesterlichen Schöpfungsbericht zu erinnern, der die Unterordnung der Frau unter den Mann nach dem Sündenfall (1. Mose 3,16b) zur Gleichheit in der Schöpfungs-

ordnung erhebt: „*Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde als Mann und Weib*“ (1. Mose 1,27). An diese Sicht knüpft Jesu Umgang mit den Frauen an oder das oben erwähnte Pauluswort aus Galater 3,28.

Ähnlich offen versteht die Bibel den Begriff des Volkes, der über nationale Grenzen hinaus als „Volk Gottes“ qualifiziert wird. Dieser zentrale theologische Leitbegriff ist erst im 19. und 20. Jahrhundert, insbesondere durch den Nationalsozialismus, eng geführt und missbraucht worden, wie etwa in der Parole „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“ oder durch die Einrichtung eines „Volksgerichtshofs“.

Nach biblischem wie christlichem Selbstverständnis sind „familia dei“ oder „populus dei“ nationale Entgrenzungen. Sie haben ihre Mitte nicht in sich selbst, sondern in Gott als dem gemeinsamen Vater aller. Dieses Verständnis ist (ähnlich dem Umgang mit den Fremden) das Ergebnis eines vielschichtigen Prozesses, der sich auch im differenzierenden Sprachgebrauch alten und neuen Testamente widerspiegelt (goi/ethnos = Völkerschaft, Nation; am/laos = Volk Gottes; hamon/ochlos



NPD-Vorsitzender Udo Voigt bei einer Wahlveranstaltung der NPD 2005 im sächsischen Riesa. Foto: Tolerance a občanská společnost.

Unterschied zu den heidnischen Völkern (gojim) ist das „*erwählte Volk heilig und geliebt*“ (5. Mose 7,6ff), so dass es (in der Bundesformel 5. Mose 26,16–19) zu einem reziproken Rechtsverhältnis zwischen Gott und seinem Volk kommt. Eben das nimmt die prophetische Verkündigung auf: „*Ich will euer Gott sein und ihr sollt mein Volk sein*“ (Jeremia 7,23). Der Bruch dieses Bundes (u.a. durch den Baalskult) veranlasst Gott zur Aufkündigung des Eigentumsverhältnisses (Hosea 1,9). Indessen beginnt nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil eine neue Geschichte Gottes mit seinem Volk, die sich nunmehr universal öffnet und in der endzeitlichen Völkerversammlung seine Vollendung findet (Jesaja 2,2–5; 11,10; Sacharja 2,15).

Das Neue Testament beerbt in Übernahme des Sprachgebrauches den Begriff „Volk Gottes“, ohne freilich die besondere Rolle Israels zu bestreiten (Römer 11, 25f). Bereits Jesus wendet sich in besonderer Weise, etwa bei Heilungen,

den Heiden zu. Vor allem aber ist es Paulus, der den Begriff „*Volk Gottes*“ als „*Kinder und Erben Abrahams*“ universell anlegt, also nicht mehr an die genealogische Abstammung Israels bindet (Römer 4,16f; Galater 3,7.29). Nun tritt die Zugehörigkeit zu Christus an die Stelle des alten Bundes, manifestiert als Glieder am Leib Christi (Hebräer 9,15f u.ö.). Demnach sind Christen zwar keine „*Gäste und Fremdlinge mehr, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen*“ (Epheser 3,19), freilich als „*Nichtsesshafte*“, „*denn wir haben hier keine bleibenden Stadt, sondern die zukünftige suchen wir*“ (Hebräer 13,14). Als Volk Gottes bleiben sie unterwegs – also auch fremd! – bis sich die Geschichte des Volkes Gottes vollendet. Dann „*werden kommen von Osten und Westen, von Norden und von Süden, die zu Tisch sitzen werden im Reich Gottes*“ (Lukas 13,29), und „*sie werden sein(e) Völker sein, und er selbst (...) wird ihr Gott sein*“ (Offenbarung. 21,3).

Zusammengefasst: Der zentrale theologische Leitbegriff „*Volk Gottes*“ bezeichnet Kontinuum und Prozess der Heilsgeschichte Gottes mit Israel, die sich im Glauben an Christus auf den ganzen Erdkreis erstreckt. „*Volk Gottes*“ ist mithin ein universaler Begriff, der nationale, soziale und konfessionelle Grenzen sprengt. Er impliziert die Freiheit gegenüber fragwürdigen Bindungen an ethnische oder soziale Herkunftsmuster. Entschieden zu widersprechen ist also allen völkischen Orientierungen, die die im NPD-Partei-programm beschriebene „*Nationale Volksgemeinschaft*“ (Abschnitt 7) als Abstammungsgemeinschaft (ggf. sogar durch Rassentheorien) definiert und von daher zu humanitärem wie politischem Sprengstoff anleitet: „*Deutschland ist größer als die Bundesrepublik*“ (Abschnitt 10).

Globalisierung

Die Kritik der Globalisierung wird im Parteiprogramm als Ausdruck der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ökonomisch und sozial begründet: „*Die NPD lehnt die Globalisierung der deutschen Wirtschaft auch deswegen ab, weil die unmittelbar zur Massenerwerbslosigkeit geführt hat.*“ (Abschnitt 5) Mit diesem offenbar immer wieder wahlentscheidenden Thema ist zweifellos ein wunder Punkt berührt. Immerhin ist zuzugeben, dass bislang weder Wirtschaftsverbände, Parteien noch Kirchen überzeugende Konzepte vorzulegen in der Lage sind. Insofern erübrigt es sich hier, den hohen Stellenwert von Arbeit und Beruf (als Berufung!) in Bibel und Kirchengeschichte zu entfalten. Auch das ebenso allgemeine wie facettenreiche Schlagwort der Globalisierung bedarf einer qualifizierenden Klärung, zumal sich hier nicht nur kritische Positionen der Rechten und der Linken überschneiden. Auch aus christlichen Motiven und unter Beteiligung von Kirchen gibt es Anti-Globalisierungs-Initiativen.

Was indessen unter „*Fremdenfeindlichkeit*“ und „*Volk Gottes*“ ausgeführt wurde, macht deutlich: Christen sind von Beginn an „*global player*“. Nicht von ungefähr ist das Kriterium „*katholisch*“ (allumfassend) kanonbildend gewesen. Abgesehen davon, dass die globale Ausrichtung der Wirtschaft unumkehrbar zu sein scheint und ein entsprechendes Mühen um Gerechtigkeit umso raumgreifender sein muss: Die universale, ja kosmopolitisch ausgerichtete Heilsgeschichte Gottes verbietet jedes grundsätzlich antiglobale Denken. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang daher auch die Deutung des Weltbildes. Globalisierungsgegnerschaft verschließt sich einem offenen Weltbild. Die Geschlossenheit des Weltbildes der Neuen Rechten zeigt sich im Zusammenspiel ihrer Kernideologien: Fremdenfeindlichkeit, autoritäre Orientierungen (das NPD-Programm fordert die „Wiedereinführung der Todesstrafe“!), natürliche Ungleichheit, starres Festhalten an konservativen Wertvorstellungen. All das mündet dann in ein Schwarz-Weiß-Denken, mithin als geschlossene Ordnung von gut und böse, oben und unten, stark und schwach. Folgerichtig entfallen nicht nur religiöse und damit alle Transzendenzvorstellungen (der Religionsunterricht wird abgelehnt). Dem Antisemitismus tritt zunehmend eine antichristliche Propaganda zur Seite, hinter manchen Anschlägen auf Kirchen zeigt sich ein Feindbild schlechthin. Was zuvor dem Christentum selbst schwer zu schaffen machte, nämlich die mit der Entdeckung des heliozentrischen Weltbildes verbundene narzisstische Kränkung, sich selbst als Mitte der Welt zu verlieren, scheinen nun rechte Ideologien auf eine merkwürdige Weise zu beerben.

Zusammengefasst: Globalisierung und ein offenes Weltbild korrespondieren miteinander. Beide Begriffe sind theologisch grundsätzlich positiv besetzt, was die Freiheit zu Kritik nicht ausschließt, sondern zuallererst ermöglicht. Diese allerdings muss in Anerkennung der Vor- und Nachteile globalen Wirtschaftens nicht nur im Blick auf unternehmerisches Handeln und soziale Gerechtigkeit sorgsam und konstruktiv vorgetragen werden.¹⁰ Entschieden zu widersprechen ist daher der Illusion einer Nationalökonomie im Sinne einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ sowie einem (dahinter stehenden) geschlossenen Weltbild, das sich selbst von einer nationalen Mitte her definiert.

Staats- und Demokratieverständnis

Unverdeckt heißt es schon in den Grundgedanken, die NPD strebe „*den Austausch der Mächtigen an*“. Sie fordert „*die ersatzlose Streichung des sogenannten ‚Asylparagraphen‘ Art. 16a Grundgesetz*“ („Abschnitt 8), „*die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit*“ sowie „*den Austritt aus der NATO*“ (Abschnitt 15). „*Grundlage einer europäischen Neuordnung muß das Bekenntnis zum nationalstaatlichen Ordnungsprinzip, zur Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und zum Prinzip der Volksabstimmung sein*“ (Abschnitt 9).

Darüber hinaus fordert die NPD „die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzenerkennungsverträge“ (Abschnitt 10). Und da die „Justizpraxis (...) mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht zu vereinbaren“ sei, geht es um eine grundsätzliche „Reform des Rechtssystems“ (Abschnitt 14).

Diese Fassetten des Gesamtprogramms sind besonders fragwürdig und gefährlich. Denn auf den Punkt gebracht heißt das: In Ausnutzung des gegenwärtigen Instrumentariums der Demokratie versucht die NPD, eben das Instrumentarium dieser Staatsform aus den Angeln zu heben.

Wie sich auf diesem Feld auch Kirche und Theologie verirren kann, zeigen leider auch eine Fülle kirchengeschichtlicher Beispiele. Daher sind auch hinsichtlich der Rolle der Kirchen in der Demokratie die Denkfiguren der lutherischen „Zwei-Reiche-Lehre“, der reformierten Auffassung von der „Königsherrschaft Jesu Christi“ – oder auch der „Barmer theologischen Erklärung“ – je neu zu aktualisieren. Indessen ist die Einsicht zur Frucht gereift, „dass das christlich-politische Unterscheiden, Urteilen, Wählen, Wollen, Sich-Einsetzen auf der ganzen Linie eine Tendenz auf die Gestalt des Staates hat, die in den sogenannten ‚Demokratien‘, wenn nicht verwirklicht, so doch mehr oder weniger ehrlich und deutlich gemeint und angestrebt ist.“¹¹

Zusammengefasst: Das im 20. Jahrhundert schwer errungene Ja zur gegenwärtigen Demokratie darf nicht ungestraft aufs Spiel gesetzt werden. Denn jeder „Totalitätsanspruch des Staates macht das Leben notwendig eindimensional und verfehlt schon damit die wahre Bedeutung von Frieden und Recht. Eindimensionaler Frieden ist Friedhofsrieden. Eindimensionales Recht ist das Recht des Stärkeren.“¹² Während der innerhalb eines geschlossenen Weltbildes angesiedelte Zugriff auf den Menschen zu dessen Unfreiheit führen muss, weil er auf die Totalunion des Menschen mit Volk und Führer zielt, befreit die im Glauben gründende Totalunion mit Christus (Römer 6,3) von falschen und allemal fragwürdigen Bindungen. Entschieden zu widersprechen ist daher jedem Totalitätsanspruch, der Frieden, Recht und Freiheit durch irdische Führungsansprüche zu diktieren und somit Pluralität durch eindimensionale, ungeteilte Macht zu ersetzen sucht.

Abschließend kann zur Weiterarbeit und Abgrenzung hinsichtlich der Neuen Rechten nur noch angeregt werden, vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes den nicht einfachen Fragen der Toleranz, der Kompromissfindung und der Konfliktfähigkeit weiter nachzugehen.

3. Einfache Antworten – richtige Antworten? Ein christlicher Bekenntnisfall?!

Dr. Christian Staffa, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Der Titel suggeriert, dass die richtigen Antworten auf gegenwärtige Herausforderungen und Probleme kompliziert sein müssten. Rechtsextremistische Ansätze und Vorschläge würden dementsprechend als zu einfach, also falsch abgelehnt. Das ist nicht so. Vom demokratischen Anspruch her gedacht, ist die Antwort auf die Frage nach rechtsextremen Einstellungen, nationalistischen, fremdenfeindlichen oder autoritären Versatzstücken einfach: Sie sind nicht grundgesetzkonform!

Aus theologischer Sicht stellt sich die Antwort ebenso einfach dar: Nach der Schöpfungsgeschichte sind alle Menschen Geschöpfe Gottes – alle stammen von Adam und Eva ab – und daher lassen sich über die Herkunft keine Statusunterschiede herleiten. Die Bibel weiß aber auch darum, dass das Unterschiedene, das Fremde, die Fremden gefährdet sind. Deshalb sagte Jesus in seiner Endzeitrede (Mt. 25,35): *„Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.“*

Zum Umgang mit dem Fremden gehört auch der Umgang mit uns selbst, mit dem, was gerne Identität genannt wird. Identität wird oftmals statisch verstanden und ausgrenzend formuliert: *„Das jedenfalls gehört nicht zu meiner Identität“*. Ein nicht dynamisches Verständnis von Identität gipfelt schließlich in dem Satz: *„Wir müssen unsere Identität finden, um mit anderen in den Dialog zu kommen, um das Fremde annehmen zu können“*.

Rechtsextremismus ist kein Wahrnehmungsproblem. Aus christlicher Sicht ist er ein Bekenntnisproblem und er ist nicht zuallererst ein Problem der Jugend. Vielmehr kennzeichnen rechtsextreme Einstellungen, das belegen alle aktuellen Umfragen, eher Alte und Mittelalte. Das wird am Beispiel des thüringischen Pfarrers, der seine Pfarrstelle aufgrund der Diskriminierung seiner nicht deutsch aussehenden Frau aufgibt, erschreckend deutlich. In einem Interview mit dem Superintendenten, dem Schuldirektor u. a. sagen ausnahmslos ALLE: *„Das ist sein Problem.“* Der Superintendent verstärkt es noch durch den Kommentar: *„Ja, ein Pfarrer, der muss das abkönnen.“* Ich frage mich: *„In welcher Welt leben wir?“* Dieses Verhalten, die Schuldumkehr – der Versuch, Opfer für das Verhalten von Tätern verantwortlich zu machen, stärkt rechtsextremistische Einstellungen. Und es sind die Alten, die Mittelalten, die diese Bilder von Zusammenleben kommunizieren.

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand zur Mitte“ zeigt, dass solches Verhalten nicht auf geschlossenen rechtsextremen Weltbildern basiert, sondern von rechtsextremen Einstellungsmustern getragen wird, die

sich in allen Bevölkerungsschichten finden. Der Unterschied im Alltagshandeln und -denken besteht im Zugriff auf einzelne Elemente rechtsextremer Weltbilder. Dadurch werden breite Bevölkerungskreise angesprochen. Ein Antisemit oder eine Antisemitin ist, genauso, wie eine ausländischerfeindliche Person, im Sinne eines geschlossenen Weltbildes, nicht zwingend rechtsextrem. Zum anderen handelt es sich nicht um Randphänomene, sondern es geht um rechtsextreme Versatzstücke in der Mitte unserer Gesellschaft.

Deshalb hat „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ schon mit dem Begriff „Rechtsextremismus“ ein Problem, suggeriert er doch, dass dies eben eine extreme Position sei. Damit dient der Begriff einer Delegation an den Rand der Gesellschaft und stellt sich nicht der Erkenntnis, dass rechtsextreme (deutsch-nationale, antisemitische, rassistische, etc.) Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen. So wird zunächst das Problem an den Rand der Gesellschaft verwiesen und in der Folge zur Bearbeitung an dafür zuständige Institutionen, z.B. die Polizei.

Aus christlich-kirchlicher Perspektive geht es beim Rechtsextremismus oder rechtsextremen Einzeleinstellungen nicht um irgendeine Form gesellschaftlicher Probleme, sondern um alles. Die Tatsache, dass Jesus Jude war, ist für Christen natürlich nicht verhandelbar. Sie ist nicht die zufällige Beschreibung einer ebenso zufälligen Herkunft, sondern Bekenntnisgrund. Das heißt aber auch: jede anti-jüdische Position, sei sie innerkirchlich oder außerkirchlich, ist ein Bekenntnisfall. Wenn wir vom Liebesgebot ausgehen, von dem, wer der Fremde für mich als Christ ist, ist dies ein weiteres Grundbekenntnis, keine beliebige Position in dieser Gesellschaft. Christliches Bekenntnis ist: der Fremde muss geschützt werden. Deshalb sind rechtsextreme Einstellungen für Christen nicht verhandelbar, sondern fordern christliche Grundpositionen, christliches Bekenntnis heraus.

Ich will an dieser Stelle nicht theologisch herleiten, warum rechtsextremes Gedankengut und rechte extreme Einstellungen theologisch nicht kompatibel sind, das wird in dieser Handreichung an anderer Stelle genügend aufgearbeitet.¹³ Allerdings möchte ich hinterfragen, ob das immer wieder vertretene Argument, die Bibel sei der beste Schutz gegen Rechtsextremismus,¹⁴ so vertretbar ist. Potenziell stimmt dieser Satz, „*die Bibel ist der beste Schutz*“, aber empirisch ist er falsch, das zeigt ein Blick in die Geschichte der kirchlichen Irrungen, z.B. während der Nazizeit. Deswegen müssen wir Christen uns der Tatsache stellen, dass auch Menschen mit der Bibel in der Hand auf der falschen Seite stehen können.

Die Eigenschaften oder, altmodisch gesprochen, „Tugenden“, die wir als „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ bei uns und in der Kirche zu verankern suchen, sind Selbstreflexivität und Selbstkritik. Die Frage lautet also: Wo hat Kirche historisch versagt? Das Lesen von Aussprüchen berühmter Theologen von Anfang der 1930er Jahre macht schnell deutlich, dass oben zitierter Satz nicht stimmen kann. Da ist u.a. von liberalistischen Bolsche-

wisten, Kommunisten, also eben Juden die Rede, die herausgedrängt gehören. Die mit dieser historischen Tradition verbundenen Denkmuster in den Gemeinden wirklich zu bearbeiten, erscheint uns extrem wichtig.

Die Weltansichten von Christen und Rechtsextremen können Schnittmengen und Berührungspunkte haben, z.B. bei der Globalisierungskritik. Die Angst, sich der Diskussion mit Rechtsextremen auszusetzen, ist verständlich, denn die Kritik am internationalen Finanzsystem ist auch in Kirchengemeinden präsent und wird von Rechtsextremen dann eben schnell antijüdisch gewendet. Die Kirchengemeinde aber ist ein idealer Ort, um sich den Fragen nach der eigenen Position zu rechtsextremen Einstellungen zu öffnen, denn sie ist ein geschützter Raum. Wichtig ist dabei nicht nur, selbstkritische Impulse zu stärken, sondern auch darauf hinzuweisen, dass der organisierte Rechtsextremismus einen starken antichristlichen Impuls hat („Odin statt Jesus“). Die Gemeinden sollen und müssen dagegen mobilisieren. Nur durch beide Handlungsformen Selbstkritik und selbstbewusste Verteidigung gegen die massiven Angriffe der Rechtsextremen wird die christliche Gemeinde handlungsfähig und bekenntnistreu.

Lassen Sie mich am Schluss noch ein Missverständnis aufklären. Vom Bekenntnisfall zu sprechen bedeutet, dass wir uns bewusst werden, dass die skizzierten rechtsextremen Einstellungen nicht in eine christliche Gemeinde gehören. Rechtsextreme Positionen oder rassistische Stereotypen dürfen in den Gemeinden nicht toleriert oder verharmlost werden. Das heißt aber nicht, dass mit Rechtsextremen nicht gesprochen werden soll, im Gegenteil. Christen sind an alle gewiesen. Das aber ist ein seelsorgerlicher Vorgang, der sich nicht auf Mitgliedschaft in der Gemeinde beziehen darf. Wie sollen wir überzeugend nach außen sprechen, wenn wir nach innen die Organisation nicht an inhaltlichen Orientierungen ausrichten?

Fußnoten

- 8 NPD-Parteiprogramm, 10. Aufl., Dezember 2004, www.npd.de
- 9 „Ethnopluralismus“ ist ein Konzept der Neuen Rechten, das den biologischen Begriff der Rasse meidet und dafür die kulturelle Identität eines Volkes betont. Da eine „Vermischung“ solcher Identitäten aber abgelehnt wird, verbirgt sich dahinter nur ein modernisierter Rassismus.
- 10 Vgl. dazu: Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2008, S. 93ff, sowie das Kapitel „Moderner Rechtsextremismus. Ideologie – Strategie – Auswirkungen in dieser Handreichung.
- 11 Barth (1984): Christengemeinde und Bürgergemeinde. In: Texte zur Barmer Theologischen Erklärung, S. 128.
- 12 Jüngel (2000): Mit Frieden Staat zu machen. In: Indikative der Gnade – Imperative der Freiheit. Theologische Erörterungen IV, S. 185.
- 13 Vgl. dazu die Beiträge von Michael Haspel und Peter Meis in dieser Handreichung.
- 14 Zuletzt angeführt von Landesbischof Bohl beim 2. Praxistag der AG Kirche und Rechtsextremismus „Heimat und Patriotismus aus christlicher Sicht“ im März 2007, Vgl. Dokumentation unter www.kulturbuero-nachsaen.de

2

R

echtsextremismus

– was ist das?



2

1. Aus der Mitte der Gesellschaft: rechtsextreme Einstellungen*

Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e.V.

Die bleibende Aktualität der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird durch die in aller Regelmäßigkeit vorkommenden politisch motivierten Übergriffe und Gewalttaten vor allem gegen Migrantinnen und Migranten unterstrichen. Dies ist wichtig und geschieht zu Recht. Von Bedeutung sollte es aber auch sein, sich nicht ausschließlich mit diesen manifesten Formen des Rechtsextremismus wie der Wahl entsprechender Parteien und fremdenfeindlichen Übergriffen auseinanderzusetzen, sondern den Fokus auf diejenigen Einstellungen in der Bevölkerung zu richten, die diesem Verhalten zugrunde liegen können. Auch wenn sich rechtsextreme Einstellungen nicht zwangsläufig in den beschriebenen Handlungen ausdrücken, so können sie aber als notwendige Voraussetzung für rassistische Gewaltakte gelten – und sie schaffen bei entsprechender Verbreitung ein gesellschaftliches Klima, in dem rechtsextreme Parteien oder Kameradschaften gedeihen.

Aktuelle Meinungsumfragen¹⁵ bringen dabei zum Vorschein, dass vor allem der Aspekt der Fremdenfeindlichkeit innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung besorgniserregend weit verbreitet ist und sich seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau hält. Ausländerfeindliche Statements zur „Überfremdung“ lagen im Jahr 2006 bundesweit bei Zustimmungswerten von 26,7 % (25,7 % West; 30,6% Ost). Der Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“¹⁶ stimmten bundesweit 26,1 % der Befragten zu. Ein weiteres klassisches Motiv des Rechtsextremismus, der „Chauvinismus“,¹⁷ stieß bei fast einem Drittel (30,8 %) auf Zustimmung. 13,5 % unterstützten ein altes, antisemitisches Stereotyp.¹⁸ Diese Einstellungswerte zeigen, dass Rechtsextremisten zahlreiche Anknüpfungspunkte für ihre rassistische, antisemitische und antidemokratische Propaganda vorfinden. Dieser antisemitische und völkisch-rassistische Nährboden scheint im Osten Deutschlands noch fruchtbarer zu sein als in Westdeutschland. Dabei ist anzumerken, dass auch Mitglieder von Kirchen und Gewerkschaften und Anhänger demokratischer Parteien, also Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, in einzelnen der genannten Einstellungsmuster verhaftet sind.

Diese weite Verbreitung einzelner Aspekte rechtsextremer Ideologie und der gegenwärtige Vormarsch der NPD verdeutlichen die bleibende Aktualität und Dringlichkeit im zukünftigen gesellschaftlichen und politischen Umgang mit rechtsextremen, antidemokratischen Bestrebungen.

* Dieser Text wurde mit freundlicher Genehmigung der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland (EKM) aus der Broschüre „Nächstenliebe verlangt Klarheit“ übernommen und auf Sachsen angepasst.

2. Moderner Rechtsextremismus. Ideologie – Strategie – Auswirkungen

Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e.V. / David Begrich, Miteinander e.V.

Der nachstehende Text zeichnet die Modernisierungsprozesse nach, die sich – insbesondere seit der Wende 1989/90 – im ostdeutschen Neonazismus vollzogen und für die aktuellen Erscheinungen und Entwicklungen des bundesdeutschen Rechtsextremismus von Bedeutung sind. Dabei zeichnen die Verfasser insbesondere die ideologischen Modernisierungsprozesse der NPD als derzeit bedeutendster rechtsextremer Partei nach. Die Verfasser vertreten die These, dass der Erfolg rechtsextremer Politikangebote in Ostdeutschland auf deren ideologischer Übereinstimmung zu den Mentalitäts- und Traditionsbeständen ostdeutscher Gesellschaftsschichten beruht.

Die „Auferstehung“ des bundesdeutschen Rechtsextremismus nach 1945

Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren die völkisch-nationalistischen Konzepte der extremen Rechten in Europa diskreditiert. Die Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus und seiner Ideologie blieb in der Bundesrepublik Deutschland der Nachkriegszeit so nachhaltig von der politischen Katastrophe des Holocaust und der NS-Zeit geprägt, dass es seinen Protagonistinnen und Protagonisten zu keinem Zeitpunkt gelang, sich ideologisch davon zu lösen. Die angesichts der nationalsozialistischen Barbarei nahe liegende Annahme, der Charakter der Ideologie des modernen Rechtsextremismus lasse sich ausschließlich auf den Nationalsozialismus zurückführen, geht allerdings fehl. Die ideengeschichtliche Konstante, die für die bundesdeutsche extreme Rechte konstitutiv ist, reicht weiter, als die Phänomenologie der europäischen Faschismen.¹⁹

Tatsächlich handelt es sich beim Rechtsextremismus um ein System des weltanschaulichen Irrationalismus: In Zeiten eines grundlegenden sozioökonomischen und/oder politischen Wandels sind bestimmte soziale Gruppen vom Verlust eigener Macht, Privilegien oder Sozialprestige bedroht. So entstehen aus tatsächlichen oder wahrgenommenen Ohnmachtserfahrungen Ressentiments, die kollektive Abstiegsängste aufnehmen und deuten.²⁰ Der Rechtsextremismus zielt darauf ab, solche Bedrohungsgefühle so weit zu verstärken, dass sich – gewissermaßen als Äquivalent – das Bedürfnis nach Größe und Überlegenheit einstellt, denn mit diesem Bedürfnis legitimiert er seinen Machtanspruch als Retter von Volk und Nation.²¹ Der Rechtsextremismus folgt keiner einheitlichen Ideologie. Er ist vielmehr ein heterogenes Gemisch unterschiedlichster Begründungszusammenhänge und Sichtweisen. Dies findet seinen Niederschlag

in der organisatorischen Zersplitterung der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist Ausdruck der Vielfalt miteinander konkurrierender Konzepte und Ziele, die im folgenden Kapitel beleuchtet werden.

Das ideologische Grundgebäude des bundesdeutschen Rechts- extremismus



Die völkische Bewegung als eine Säule rechtsextremer Ideologie hat sich in den vergangenen 100 Jahren in Deutschland substantiell kaum verändert. Gewandelt haben sich aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Existenz und den Erfolg des Rechtsextremismus. Um Massenresonanz zu gewinnen, muss er ständig bemüht sein, seine Politik den veränderten

Das ideologische Grundgebäude des bundesdeutschen Rechts-Extremismus. Die Grafik wurde erstellt von Begrich/Bringt.

Verhältnissen anzupassen. Dass bspw. die NPD das Erbe der Mitte der 1990er Jahre verbotenen neonazistischen Organisationen antreten konnte, lag auch daran, dass sie 1996 auf dem Parteitag in Ohrel (Niedersachsen) ein neues Parteiprogramm beschloss, das – wie die Neonazis Anfang der 1990er Jahre – großes Gewicht auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen legte. Es war kapitalismuskritisch und ethnopluralistisch ausgerichtet und weithin in einem nationalrevolutionären Duktus gehalten. Die „nationale Frage“ war – zumindest in der Öffentlichkeitsarbeit – nachrangig geworden, ebenso der Revisionismus. Von zentraler Bedeutung wurde dagegen die soziale Frage, die neo-rassistisch (völkisch) gelöst werden sollte. Ein kurzer Blick in aktuelle Schriften der NPD zeigt, dass die Partei sich heute zu einer Vielzahl von aktuellen politischen Kontroversen und Themen äußert. Der Umweltschutz wird ebenso angesprochen wie Arbeitsmarktpolitik, die Situation eingewanderter Menschen oder Schulschließungen im ländlichen Raum. Die Bandbreite der Äußerungen aus NPD-Kreisen ist ein Indiz für die Modernisierung der Partei in den letzten zehn Jahren. Dennoch lassen sich solche Äußerungen auf ein ideologisches Grundgebäude aus drei zentralen Säulen und einem Tragebalken des modernen Rechtsextremismus zurückführen:

Tragebalken: Völkisch-rassistischer Gemeinschaftsbegriff statt Bürgergesellschaft

Das Konstitutiv der rechtsextremen Ideologie und Programmatik ist der Gedanke der Volksgemeinschaft auf Grundlage von „Rassen“ und „Völkern“ mit ihren angeblich unverwechselbaren „Nationaleigenschaften“. ²² Anstelle einer politisch definierten Rechtsgemeinschaft, also Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern mit gleichen Rechten und Pflichten, wird der Staat hier als ethnisch homogene Einheit – im Duktus der Rechtsextremen: „Volks- bzw. Schicksalsgemeinschaft“ – konstruiert. In dieser völkischen Nation verschmelzen Volk und Staat zum „Reich“, dessen Einheit sich zumeist in einer rassistischen Ideologie und vielfach auch in einer Person (Führer) manifestiert. Dieses Leitbild gilt den Rechtsextremen als Verwirklichung „wahrer“ Volksherrschaft im Gegensatz zum verhassten, die Nation vermeintlich zerreißen und schwächenden Liberalismus. Das völkische Denken ist im Kern eine Reaktion auf den sozioökonomischen Wandel der Moderne, in der im Zuge der industriellen Revolution alte Machteliten und Leistungsträger an Prestige und Einfluss verloren (Niedergang des Adels und Bedeutungsverlust des (bäuerlichen) Mittelstandes, Aufstieg des Bürgertums und insbesondere der Arbeiterschaft). Mit der Moderne hielt eine Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft Einzug, die sich politisch in der Bildung einer zivilgesellschaftlichen Sphäre (Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Interessengruppen) ausdrückt. Für die extreme Rechte ist diese Entwicklung gleichbedeutend mit der „Zersetzung der Volksgemeinschaft“, da hier ökonomisch-soziale und politische Einzelinteressen artikuliert und verhandelt werden, welche, so die Lesart der Rechtsextremen, soziale Entwurzelung und Verantwortungslosigkeit widerspiegeln und durch ihre egoistischen Ansprüche die staatliche Autorität schwächen. Stattdessen soll gelten: „Du bist nichts – Dein Volk ist alles.“ ²³ Zur Legitimation der völkischen Idee dienen Rassentheorien, die bspw. einen germanischen Ursprung des deutschen Volkes herbeidefinieren, der durch fremde Einflüsse (wie bspw. der des Judentums, das durch seine angeblich bösen Triebe das deutsche Volk zerstöre, die politische Ordnung durchlöchere und wegen der Anhäufung jüdischen Kapitals eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft und eine Verschärfung der sozialen Frage darstelle ²⁴) in seiner Existenz bedroht sei. Dieser biologistische Ungleichheitsgedanke, der die Zugehörigkeit zu einem „Volk“ von bestimmten Charakter- und Verhaltensmerkmalen abhängig macht, mündet in einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, mit der sich die NPD von der universellen Gültigkeit der Menschenrechte abgrenzt. Im Parteiprogramm der NPD heißt es dazu, die Würde des Menschen hänge von „Volkstum und Kultur“ ab.

Der stellv. NPD-Bundesvorsitzende, Jürgen Rieger, nennt die von der Partei erstrebte Gesellschaftsform auf der eben dargestellten völkisch-gemeinschaftlichen Grundlage Solidarismus: „*Solidarismus erkennt, daß wahr-*

hafte Demokratie nur bei einer gleichartigen Bevölkerung möglich ist. Je verschiedenartiger eine Bevölkerung ist, desto mehr strebt sie auseinander, was nötigenfalls diktatorische Maßnahmen zur Befriedung erfordert.“²⁵ Deutlich wird aus diesem Zitat, dass sich der Volksgedanke der NPD nicht nur auf die Ausgrenzung anderer Nationalitäten, sondern auch auf die Biologisierung und Ausgrenzung abweichenden Verhaltens richtet, wie er für den Eugenik-Gedanken des Nationalsozialismus grundlegend war. Indem die NPD die Würde des einzelnen Menschen nach seiner biologisch-genetischen Teilhabe an der Volksgemeinschaft bestimmt, steht für sie das Allgemeinwohl (Volkswohl) immer über dem Wohl des Einzelnen. Die Unterwerfung unter angeblich natürlich vorgegebene „völkische Interessen“ ist danach die Voraussetzung, um im „Rangordnungskampf“ der Völker erfolgreich bestehen zu können. Dieses Streben nach Rangordnung möchte die NPD auch innerhalb der Gesellschaft verwirklichen; daher tritt sie für eine strikt hierarchische Gesellschaftsordnung ein, in der Eliten über die politischen Entscheidungen im Gemeinwesen befinden.

Säule 1: Völkischer Nationalismus statt positivem Nationalstolz

Kernbestand der rechtsextremen Staatsauffassung ist die Forderung nach einem im Inneren und nach außen autoritären und gegenüber seinen Feinden bzw. Gegnern unnachgiebigen Nationalstaat, der seine Machtinteressen mit aller Härte durchsetzt. Zu dieser Staatsauffassung gehören außerdem die Zustimmung zu Zentralismus und Führerprinzip. Auch diese rechtsextreme Grundsäule des Nationalismus ist eng mit dem völkischen Gemeinschaftsbegriff verbunden. So heißt es im NPD-Programm für die letzte Europawahl: *„Als Nationaldemokraten fühlen wir uns der Bewahrung und Weiterentwicklung dieser völkischen und staatlichen Vielfalt verpflichtet, während sämtliche Formen des Internationalismus – also kapitalistischer, kommunistischer, christlicher und islamischer Universalismus – bestrebt sind, eine, jeweils aus ihrer Wertung für die gesamte „Menschheit“ gültige, universale „Neue Weltordnung“ durchzusetzen. Durch das Aufeinanderprallen dieser miteinander konkurrierenden Universalmodelle werden zwangsweise Haß und Unfrieden unter den Völkern und Kulturen geschürt.“*²⁶ Dem rechtsextremen Nationalismus geht es demnach um die Eliminierung von allem als „fremd“ Definierten bzw. der Separierung in homogenen Gemeinschaften. Er findet seine Fortsetzung in der Forderung, alle historisch von Deutschen besiedelten Gebiete in einem Nationalstaat zusammenzufassen. Der Anschluss der DDR an die frühere Bundesrepublik gilt der NPD daher nur als ein erster Schritt; das von ihr angestrebte Großdeutschland soll auch seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu Polen, Russland bzw. Tschechien gehörende Gebiete umfassen. Wäre eine solche Partei in Regierungsverantwortung, wäre der Frieden in Europa in großer Gefahr.

Säule 2: Rassismus und Antisemitismus statt christlich-humanistischem Menschenbild

In programmatischen Äußerungen und in ihrem öffentlichen Auftreten nutzen Rechtsextreme immer wieder rassistische oder antisemitische Stereotypen und missachten damit die völkerrechtlich verbrieft Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen. Danach werde das „deutsche Volk“ besonders durch das „internationale Judentum“, welches maßgeblich die Politik der USA bestimme, daran gehindert, einen Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen und ein gleichberechtigtes Mitglied in der „Völkergemeinschaft“ zu werden. Die NPD versucht zudem, Wahnvorstellungen von einer angeblich weltweiten jüdischen Vorherrschaft neu zu beleben. Rassistische Programmatik ist ebenfalls elementarer Teil der gesamten Agitation und des Parteijargons. Fremdenfeindlichkeit erscheint in der Weltanschauung der NPD als legitimes Mittel der „Arterhaltung“, als ein biologisches und verpflichtendes Grundprinzip. Solche rassistischen und antisemitischen Weltbilder sind konstitutiv für die völkische Gemeinschaftslogik. So will die NPD die kulturelle Eigenheit der „Völker“ bewahren, um einer angeblichen Entfremdung der Menschen entgegenzuwirken. Migration von Menschen ist somit unerwünscht, da sie die „nationale Identität“ der „Völker“ beeinträchtigt. Rassistische Stereotype bleiben also im modernen Rechtsextremismus bestehen, sie werden aber im Konzept des „Ethnopluralismus“ zur Volksidentität der Völker uminterpretiert. Ethnopluralismus ist ein Konzept der Neuen Rechten, das für die kulturelle Homogenisierung von (Staats-)Gemeinschaften eintritt. Entgegen biologistischen Arten der Identitätskonstruktionen, mit denen festgeschrieben wird, wer „fremd“ und „anders“ ist, wird hier eine kulturelle Differenzierung vorgenommen. Einflüsse der als „anders“ begriffenen Gesellschaften werden als Gefährdung der „eigenen Identität“ verstanden. Statt belasteter Begriffe wie „Lebensraum“ ist nun die Rede von „angestammten Territorien der Völker“. Hinter der beschworenen „kulturellen Identität“ der unterschiedlichen Völker verbirgt sich ein ausgeprägter, allerdings modernisierter Rassismus, bei dem der Rassen-Begriff bewusst vermieden wird. Unter dem Schlagwort der „nationalen Solidarität“ tritt die NPD für die inhumane Entrechtung, Diskriminierung und Außer-Landes-Schaffung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund ein, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben.

Säule 3: Autoritärer Antipluralismus statt pluralistischer Demokratie

Die Ideologie der Ungleichwertigkeit führt Rechtsextreme zur Ablehnung parlamentarisch-pluralistischer Systeme, die auf Volkssouveränität und Mehrheitsprinzip beruhen, wie bspw. der aus dem Humanismus abgeleiteten freiheitlichen Demokratie, sozialistischer Vorstellungen oder des Christentums. Alle diese Wertesysteme beruhen auf der Gleichwertigkeit der Menschen (vor dem Gesetz, in sozialer Hinsicht, vor Gott). Der Rechtsextremismus fordert stattdessen einen au-

toritären Antipluralismus und unbedingte Unterordnung unter die Gemeinschaftsidee. Rechtsextreme verunglimpfen daher in regelmäßiger Folge die freiheitliche Demokratie der Bundesrepublik Deutschland und die rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes: Während einer von der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag beantragten Aktuellen Debatte „Volksherrschaft durchsetzen! – Ja zur Direktwahl des Bundespräsidenten“ am 4. Juli 2007 bezeichnete der NPD-Abgeordnete Gansel den deutschen „Parlamentarismus“ als „Karikatur einer Volksherrschaft“.

Rechtsextreme werfen der politischen Ordnung der Bundesrepublik einen „eklatanten Mangel an wirklicher Volksherrschaft“ vor, die von „Lügen, Intrigen, Vorteilsnahme, Arroganz, Bestechung und Betrug geprägt“ sei.²⁷ Der NPD-Landesgeschäftsführer in Sachsen-Anhalt, Matthias Heyder, geht noch weiter:

„Weiterhin hat der Nationale Widerstand alles Recht, dieses kalte, zubetonierte, korrupte, menschenverachtende System als ‚Bestie‘ zu bezeichnen. (...) Wir bleiben dabei: Dieses System muss weg.“

Aus diesen Zitaten wird eines überdeutlich: Die NPD ist – trotz des demokratischen Anspruchs in ihrem Namen – eine antidemokratische Partei und trachtet danach, das bestehende politische und gesellschaftliche System durch ein anderes auszutauschen, das auf dem völkisch-rassistischen Solidarismus basiert und zentrale Menschenrechte verletzt. Der Einzelne soll sich nicht als selbstbestimmt handelndes Individuum begreifen, sondern sich der Volksgemeinschaft bzw. einer Partei, die sämtliche gesellschaftliche Bereiche durchdringt und organisiert, unterordnen. Der Rechtsextremismus negiert somit die universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte des Menschen.



Nationale Sozialisten Chemnitz auf einer Demo am 12.1.2008 in Leipzig. Foto: maquis

Moderne Verankerungsstrategie: Sozialdemagogie und Globalisierungsfeindschaft

Von entscheidender Bedeutung für das Erstarken rechtsextremer Ideologien war ihre programmatische Neuausrichtung im Zuge der Globalisierung. Der modernisierte Rechtsextremismus setzte an die Stelle des historisch überholten Antikommunismus eine Neupositionierung im Sinne einer rechtsextremen Kapitalismus- und Globalisierungskritik, welche der Frage nach sozialer Gerechtigkeit

hohe Priorität einräumt. Mit dem Begriff der „raumorientierten Volkswirtschaft“, wonach *„die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig kulturellen Entwicklung zu dienen habe,“*²⁸ gelang es bspw. der NPD, sich programmatisch für die affektiv antikapitalistische Mentalität der Mehrheit der Ostdeutschen zu öffnen. Diese Neuorientierung der NPD begann allerdings – anders als von vielen Beobachtern der politischen Szene häufig angenommen – bereits im Jahr 1997. Richtungsweisend für die Wiederbelebung der sozialen Frage durch die NPD nach Jahren explizit ausländerfeindlicher Artikulation und politischer Bedeutungslosigkeit ist ein Kommentar ihres Bundesvorsitzenden Voigt im Parteiorgan Deutsche Stimme anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998. Hierin fordert er, *„sich als Partei des modernen Nationalismus jenseits des ‚Alt-Rechten‘-Klüngels zu positionieren“*.²⁹ Die NPD hat nach eigener Auffassung eine nationale und soziale Mission zu erfüllen. *„Schwerpunkt-aufgabe der Partei ist es [...], auf die immer stärker werdenden gesellschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen nicht nur zu reagieren, sondern zuzugreifen und nationalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik als Schwerpunkt der Parteiarbeit zu betreiben.“*³⁰ Die erfolgreiche Beteiligung an den Hartz IV-Protesten und Montagsdemonstrationen und der überaus erfolgreiche Anti-Hartz IV-Wahlkampf 2004 mit vornehmlich sozialen Themen waren also kein populistischer Erfolg allein, sondern Ergebnis eigener, in der Szene wahrgenommener Aktivitäten. Zur Untermauerung ihrer national-sozialistischen Systemkritik nutzten und nutzen Teile der rechtsextremen Szene immer wieder spektakuläre Aktionen. So nutzte im Jahr 2005 die sächsische NPD-Fraktion als einzige Partei des Landtages die drohende Schließung der ostsächsischen Textilfirma „Erba-Lautex“ zu einem propagandistischen parlamentarischen Verfahren zur Verhinderung der Schließung. In mehreren Anfragen und einer parlamentarischen Stunde unter Beisein von vielen Lautex-Mitarbeitern präsentierte sich die NPD als Hüterin der Interessen der Arbeiterschaft und einzige kritische Kraft im Parlament. Im März 2007 vermauerten Rechtsextreme den Eingang zur Arbeitsagentur im ostsächsischen Zittau und hinterließen auf dem Mauerwerk die Parole *„Ein neues System bietet neue Alternativen. Unterschrift: Nationale Sozialisten“*. Aktionen wie diese zielen darauf ab, innerhalb der Bevölkerung vorhandene Missstimmungen, beispielsweise über die Arbeitsmarktsituation, in eine generelle Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates umzuwandeln. Der NPD-Vorsitzende Voigt lässt keinen Zweifel aufkommen, auf welche Zielgruppen sich die NPD bei der Artikulation sozialer Belange konzentrieren wird, wenn er anmahnt, dass sich die Partei auch nicht davon abschrecken lassen dürfe, *„positive Aspekte der DDR – gerade in der Sozialpolitik – aufzugreifen und positiv besetzte, für das Volk nachvollziehbare Bezugspunkte herzustellen. Wir müssen gerade in Mitteldeutschland klarmachen, dass wir Nationalisten die faktische Nachfolge der Kommunisten in der Vertretung sozialer Lebensinteressen des deutschen Volkes angetreten haben.“*³¹

Die NPD kanalisiert so gezielt die Ängste und Enttäuschungen der Bevölkerung in den neuen Bundesländern und greift dabei direkt auf deren DDR-Erfahrungen einer freiheitlich begrenzten, aber sozial abgesicherten Existenz zurück. Diese nostalgischen Mentalitätsbestände koppelt die NPD mit ihrem Selbstverständnis der Systemopposition. Die Option der Erneuerung über ostdeutsche Verhältnisse kann für die NPD nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, innerhalb der Bevölkerung nicht nur als Wahrer sozialer Gerechtigkeit, sondern auch der ostdeutschen Vergangenheit und damit untrennbar verbunden auch als Anwalt spezifisch ostdeutscher Interessen akzeptiert zu werden.³²

Posttotalitäre DDR-Gesellschaft – Idealer Nährboden für rechts-extreme Ideen

Die Ideologie der westdeutschen neonazistischen Strukturen wies zu den autoritären und fremdenfeindlichen Ressentiments in Ostdeutschland zwar einige Schnittmengen auf. Als nur begrenzt anschlussfähig erwies sich jedoch die rückwärts gewandte, NS-verherrlichende ideologische Orientierung vieler rechtsextremer Kader aus Westdeutschland. Die in den neuen Bundesländern zunächst anzutreffende ideologische Diffusität des Rechtsextremismus sympathisierte demgegenüber in starkem Maße mit den nationalrevolutionären Traditionsbeständen der Aufstiegs- und Kampfphase des Nationalsozialismus. Ein weiteres konstitutives Element in der ideologischen Architektur des ostdeutschen Rechtsextremismus bildeten jene antiwestlichen Ressentiments, die sich aus der unkritischen Installation des westdeutschen Gesellschaftsmodells und seiner Strukturkomponenten ableiten ließen. Der in Ostdeutschland, als Folge zweier Diktaturen, verbreitet anzutreffende Autoritarismus³³ stiftete eine bis heute politisch und lebensweltlich wirksame Abwehr individualistischer und freiheitlicher Lebensführung und Gesellschaftsgestaltung (Antiliberalismus) bis weit in die Alltagskultur der ostdeutschen Mehrheitsgesellschaft hinein. Solche ostdeutschen Mentalitätsbestände sanktionieren bis heute immer wieder „normabweichendes Verhalten“ im unmittelbaren Sozialraum nicht nur gegenüber MigrantInnen oder nicht-rechten Jugendlichen, sondern auch gegenüber Menschen mit alternativen Lebensentwürfen oder kritischen DemokratInnen. Hinzu kommen völkische Mentalitätsbestände, beruhend auf einem rassistisch konstruierten deutschen Arbeitsethos, der in der DDR ungebrochen weiterexistierte und sogar hin und wieder von der SED-Staatführung zur eigenen Machtstabilisierung benutzt wurde.

Die extreme Rechte während der deutsch-deutschen Wiedervereinigung

Der neonazistische Flügel der bundesdeutschen extremen Rechten wurde von der sich ab November 1989 abzeichnenden Wiedervereinigung ebenso

überrascht wie die damals im rechtsextremen Spektrum dominante Partei Die Republikaner (REP). Ein erster Versuch, die REP auf dem Gebiet der damaligen DDR zu etablieren, scheiterte noch an einem Verbot durch die frei gewählte Volkskammer im Juni 1990. Mit dem Vereinigungsprozess kam der extremen Rechten ein zentrales Identitätsthema abhandeln, dessen Deutungshoheit sie überdies durch den in der Öffentlichkeit beider deutschen Staaten entstandenen nationalistischen Diskurs (Stichworte: „Asylkompromiss“, Deutschland kein Einwanderungsland, etc.) an die Unionsparteien verloren.

Im Februar 1990 trafen sich die Führungsfiguren des westdeutschen Neonazismus, angeführt von Michael Kühnen,³⁴ mit Vertretern informeller rechtsextremer Gruppen aus verschiedenen Bezirken der sich in Auflösung befindenden DDR, um eine neonazistische Organisation zu etablieren. Es zeigte sich jedoch rasch, dass die in der Folge dieses Strategietreffens gegründeten neonazistischen Kleinstorganisationen nicht in der Lage waren, das vorhandene Potenzial politischer SympathisantInnen in Ostdeutschland dauerhaft organisatorisch zu integrieren. Die westdeutschen Mentoren des „Strukturaufbaus Ost“ hatten das Problem, dass ihre konspirativen, zahlenmäßig überschaubaren Gruppen und deren Führungskader im Hinblick auf die offene Situation in Ostdeutschland zwar experimentierten, jedoch teilweise widerstrebende Ziele verfolgten.

Eine von der DDR-Regierung im Dezember 1989 verfügte Generalamnestie³⁵ spülte eine Vielzahl wegen rechtsextremer Straftaten verurteilter (in der DDR entpolitisierend „Rowdytum“ genannt) junger Männer auf die Straßen, die ihre fremdenfeindlichen Ressentiments nun mit Gewalt artikulierten. So kam es bereits Ende 1989 zu fremdenfeindlich motivierten Angriffen auf so genannte Vertragsarbeiter in Bezirks- und Kleinstädten der DDR.³⁶ Alle Versuche seitens neonazistischer Kader, steuernd auf diese Welle rassistischer Gewalttaten Einfluss zu nehmen, blieben mit Ausnahme der Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992 marginal. Das durch die faktische Untätigkeit der DDR-Behörden und die Abwesenheit funktionierender rechtsstaatlicher exekutiver und judikativer Strukturen verursachte zwischenstaatliche Vakuum begünstigte diese Gewalteskalationen.

Theoretische Reflexionen – vom Zellenmodell zur „nationalen Kameradschaft“

In den Jahren 1992/93 erfolgte von Seiten der Innenbehörden des Bundes und der Länder eine Verbotswelle neonazistischer Organisationen, sowie, parallel dazu, die Änderung des Asylrechts. Beide Aktivitäten entzogen der rechtsextremen Szene einige Zeit den ideologischen und organisatorischen Resonanzboden. Die Folge war eine hohe personelle Fluktuation, sowie eine organisatorische und politische Neuorientierung. Die fremdenfeindlichen Gewaltexzesse einerseits und die Verbote neonazistischer Organisationen andererseits lösten

in der rechtsextremen Szene Reflexionen darüber aus, wie das offensichtlich vorhandene fremdenfeindliche Potenzial Ostdeutschlands dauerhaft in Organisationen gebunden werden könne, die gegenüber dem wachsenden Verfolgungsdruck widerstandsfähiger seien. Die Führungskräfte nunmehr verbotener Organisationen, wie die „Nationalistische Front“ (NF), „Deutsche Alternative“ (DA) und „Nationale Offensive“ (NO), suchten nun nach Organisationsmodellen, die sich gegenüber Verboten als resistent erwiesen und ein Mindestmaß an interner Handlungsfähigkeit garantierten. Hierzu wurde in der Szene das Modell informeller, regionaler Personenzusammenschlüsse diskutiert, die untereinander vernetzt agieren sollten. Neu gegenüber der Praxis neonazistischer Organisationen der 1980er Jahre war zudem, dass man nun offensiv dort um SympathisantInnen warb, wo der Uniform- und NS-Ideologiefetischismus auf Skepsis stieß – im Milieu der rechtsextremen Skinheads und Hooligans Ostdeutschlands. Die damals als Zellenmodell bezeichnete Organisationsstruktur kann als Ursprung der Freien Kameradschaften gelten, deren aktionistische Ausrichtung das heutige Erscheinungsbild des militanten Neonazismus prägt. Publizistischer Ort dieser Strategiedebatte war das Magazin des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB), „Einheit und Kampf“. Hier wurde Mitte 1991³⁷ ein Beitrag veröffentlicht, der unter dem Titel „Befreite Zonen“ die Frage diskutierte, wie man aus der fremdenfeindlichen Mobilisierung gegen Asylbewerber weitergehendes politisches Kapital für die Verankerung rechtsextremer Inhalte in ostdeutschen Regionen schlagen könne. Hierin empfehlen die Autoren, sich zur Erlangung eigener (Gestaltungs-)Macht zunächst auf exemplarische Räume zu konzentrieren, etwa einen Stadtteil oder einen Jugendclub. Entgegen der weit verbreiteten medialen Wahrnehmung dieses Kampfbegriffes der Rechtsextremen während der letzten zehn Jahre erfuhr dieses Konzept jedoch nirgendwo eine unmittelbare Umsetzung im Sinne der propagierten Außerkraftsetzung der administrativen Gewalt des Rechtsstaates. Sehr wohl entstanden jedoch Räume, die von nichtrechten Jugendlichen, Migranten und anderen als Angstzonen³⁸ wahrgenommen und gemieden werden.

Ideologische Neupositionierung: Die NPD als völkisch-nationalrevolutionäre Bewegungspartei

Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt steht seit seiner Wahl 1996 maßgeblich für die programmatische Umorientierung der Partei, während derer die NPD verstärkt völkische und national-revolutionäre Ideologieelemente aufnahm. Auch ihre Art, rechtsextreme Ausrichtungen umzusetzen und zu artikulieren, veränderte sich. Diesen Strategiewechsel fasste der thüringische Verfassungsschutz wie folgt zusammen:

- Zurückstellung der „Revisionismuskampagne“ des bisherigen Bundesvorsitzenden Günter Deckert;

- Unterstützung der Bestrebungen zur Einigung der „Rechten“ (Runde Tische), um den „Nationalen“ in Deutschland eine Chance zu geben;
- Einleitung einer Zusammenarbeit des „Nationalen Lagers“ mit den Vorständen der einzelnen Parteien und Gruppen;
- Erarbeitung einer „nationaldemokratischen“ Lösung der sozialen Probleme;
- Intensivierung der elektronischen Vernetzung und verstärkte Nutzung des Kommunikationssystems Internet;
- verstärkte Aufmerksamkeit für die Arbeit der JN und Verbesserung ihres politischen Wirkens.

Die Wahlerfolge blieben unter Voigt aber zunächst aus. Um dies zu ändern, präsentierte Voigt 1997 das strategische „Drei-Säulen-Konzept“, mit dem die NPD einige Erfolge verzeichnen konnte. Seither versteht sich die NPD als Bewegungspartei des nationalen und nationalsozialistischen Spektrums. Erste Erfolge unter Voigt zeigten sich Ende der 1990er Jahre in einem Anstieg der Mitgliederzahlen. Vor allem junge männliche Mitglieder aus den östlichen Bundesländern traten in die NPD ein. Durch sie erlangte die Partei eine stärkere Mobilisierungsfähigkeit und war somit in der Lage, öffentlichkeitswirksamere Aufmärsche zu organisieren. Fast ein Siebtel aller Mitglieder kommen 2008 aus dem sächsischen Landesverband, dem mit Abstand größten Landesverband der NPD.³⁹ Viele dieser neuen Mitglieder sympathisieren mit der Neonaziszene oder gehören rechtsextremen Kameradschaften an. Die innerparteiliche Öffnung gegenüber den neonazistischen Aktivisten stellt eine der entscheidenden Änderungen in der Ära Voigt dar.

Intellektualisierung

Die geistige Nähe der NPD zum historischen Nationalsozialismus konterkarierte lange Zeit das Werben der Partei um intellektuelle Bündnispartner. Immerhin bieten die beiden Landtagsfraktionen der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern seit einigen Jahren eine Anzahl gut bezahlter Stellen für die Beschäftigung publizistisch versierten Personals, vornehmlich aus den alten Bundesländern. Intellektuelle Vorreiter der NPD wie Jürgen Gansel oder der Publizist und Theoretiker Karl Richter intensivierten diese Bemühungen. Die von der Partei gegründeten Organisationen und Publikationen wie die Zeitschrift „HIER & JETZT. Gesellschaft-Politik-Bewegung“ fanden jedoch außerhalb der rechtsextremistischen Szene kaum Resonanz. Der Historiker Gansel⁴⁰ proklamierte mit Unterstützung Richters gar eine „Dresdener Schule“, die als intellektuelles Gegengewicht zur „Frankfurter Schule“ die durch eine „*irrwitzige Vergangenheitsbewältigung*“ zu „*identitätskaskadierten Gegenwartskrüppeln neurotisierten Deutschen*“ von ihrer „*Schuld-knechtschaft*“⁴¹ befreien sollte. Solchen großspurigen Ankündigungen folgten jedoch in den letzten Jahren nur wenige Taten. Zwar bemühte man sich, mit Kongressen, Schriften und Büchern die rechtsextremistische Agitation

ideologisch zu untermauern und weitere rechtsextremistische Intellektuelle an sich zu binden, doch blieb es hierbei insgesamt nur bei Ansätzen.

Das Vier-Säulen-Programm der NPD

Während die Gründer der NPD und ihre Vorsitzenden bis zu Beginn der 1990er Jahre vor allem auf einen Einzug in die Parlamente zielten, erfuhr die NPD unter Voigt nun eine neue strategische Ausrichtung: das „Drei-Säulen-Konzept“, welches 2005 von Voigt um eine vierte zum „Vier-Säulen-Konzept“ erweitert wurde. Es sieht den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Köpfe“, den „Kampf um die Parlamente“ sowie den „Kampf um den organisierten Willen“ vor. Der Grund für die strategische Neupositionierung lag in der Analyse, die NPD habe „kaum finanzielle Förderer“, sie sei „auf die Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder und Sympathisanten angewiesen“ und erreiche „Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße“.⁴² In den ersten Jahren unter Voigt ging es der NPD vor allem um den „Kampf um die Straße“. Ziel dieser Strategie war es, verstärkt Präsenz im öffentlichen Raum zu zeigen und über öffentliche Aktivitäten SympathisantInnen, insbesondere radikalere Neonazis, an sich zu binden. Der „Kampf um die Köpfe“ will eine programmatische Veränderung erreichen. Augenfälligstes Beispiel ist die so genannte „Wortergreifungsstrategie“, die vermehrt seit 2003 eingesetzt wird. Veranstaltungen politischer Gegner werden bewusst gestört, gleichzeitig wird der Versuch unternommen, die „Luftthoheit“ in Diskussionen zu erlangen. Auch die Schulung von Mitgliedern und Kadern und die Gründung des „Bildungswerkes für Heimat und Nationale Identität“ ist Teil dieses Kampfes. Der „Kampf um die Parlamente“ zielt auf Wahlerfolge ab und soll die NPD außerhalb ihrer Rolle als Protestpartei profilieren. Dabei erarbeitet sie sich über die Teilnahme an Kommunalwahlen einen Vertrauensvorsprung. Mittel- bis längerfristig, so die Annahme, werde es der NPD zu einer breiteren Akzeptanz verhelfen, wenn sie auf kommunaler Ebene bereits Ämter besetzt hat. Bei den sächsischen Landtagswahlen 2004 erreichte die NPD mit 9,2 % erstmalig seit 1968 wieder den Einzug in ein Landesparlament. Reinhardtsdorf-Schöna im Süden der Sächsischen Schweiz stellte mit 25,7 % das Spitzenergebnis. In Mecklenburg-Vorpommern erzielte die NPD bei der Landtagswahl 2006 7,3 %. Ihr Spitzenergebnis erreichte sie dabei in den Gemeinden Postlow (38,2 %) und Bargischow (31,6 %) im Kreis Ostvorpommern, wobei sie mehr Stimmen erhielt als irgendeine andere demokratische Partei. Im Jahr 2004 ergänzte die NPD das Konzept um eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“. Damit will sie sämtliche parteigebundenen und -ungebundenen Kräfte aus dem rechtsextremen Spektrum bündeln und tritt als Fürsprecherin aller Menschen auf, „die sich noch als Deutsche fühlen“. In der Partei hat sich „die Erkenntnis durchgesetzt, dass nur durch Kooperation mit den anderen Rechtsparteien und den ‚Freien Kameradschaften‘ Erfolge bei Wahlen erzielt werden können.“⁴³

3. Frauen in der extremen Rechten

Petra Zais, Kulturbüro Sachsen e.V. – Mobiles Beratungsteam Neukirchen

Nicht nur in der medialen Öffentlichkeit herrschte lange Zeit die Sichtweise vor, dass Rechtsextremismus in erster Linie ein „männliches Problem“ sei. Auch bei genauerem Hinsehen bleiben in Bezug auf die Geschlechterfrage zunächst männlich dominierte Bilder und Assoziationen. Gewaltbereite, glatzköpfige Skinheads mit Springerstiefeln, maskierte Männer in schwarzer Kampfmontur oder Anzugträger, deren politische Gesinnung lediglich das NPD-Abzeichen am Revers signalisiert. Nach der sächsischen Landtagswahl im Jahr 2004 rückte auch der rechtsextrem wählende Mann in den Fokus politischer und soziologischer Betrachtung. Insbesondere die hohen Zustimmungsraten für die NPD innerhalb der Gruppe der „Männer bis 25 Jahre“ sorgten – unabhängig von den sonstigen Befunden – für eine Verstärkung dieser Sichtweise.

Die Gründe für diese sehr einseitige Wahrnehmung sind vielfältig. Zum einen hat die Mehrzahl der in rechtsextremen Kontexten wirkenden Frauen dies lange Zeit im Verborgenen getan. Fehlende Wahrnehmung einer spezifisch weiblichen Komponente des Rechtsextremismus führte auch zu fehlender Forschung. Studien zu rechtsextremen Frauen finden sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – kaum. Auch das Klischee von der „*Frau als dem besseren Menschen*“, die von Natur aus nicht anders als human und mitfühlend sein kann, beförderte die Sichtweise, rechtsextreme Frauen als Randerscheinung zu betrachten. Folgerichtig sorgte 2006 der Teilbefund einer Studie, Frauen seien „*signifikant eher bereit, fremdenfeindlichen, rassistischen und islamophoben Aussagen zuzustimmen*“⁴⁴ für einiges Aufsehen.

Zum anderen kann die Rolle von Frauen in der extremen Rechten nicht außerhalb der adäquaten Determination in der Gesellschaft betrachtet werden. Von der sich rechtlich verbessernden, gesamtgesellschaftlichen Situation von Frauen profitieren nun zunehmend auch jene, die ihre politische Heimat in einer von Rassismus, Antisemitismus und Ungleichheit geprägten Ideologie und Bewegung sehen. Sie werden nicht nur „*sichtbarer*“, sie machen sich selbstbewusst und auf den ersten Blick emanzipiert „*sichtbar*“. Darüber hinaus haben die Strategen innerhalb des parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus erkannt, dass der „*Kampf um die Köpfe und die Parlamente*“ ohne die spezifische Ansprache von Frauen nicht erfolgreich geführt werden kann. Die Ansprache ist vielfältig, greift unterschiedliche Auffassungen zu weiblichen Lebensentwürfen und den grundsätzlichen Anspruch von Frauen auf gleiche Rechte genauso auf, wie sie beides im Konkreten, auf dem „*Prüfstand*“ der „*nationalen Sache*“, wieder relativiert. So schreibt bspw. die sächsische NPD: „*Gleichberechtigung vor dem*

Gesetz, Möglichkeitengleichheit im Beruf und im öffentlichen Leben sowie die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter (...) werden von volkstreuen Nationalisten bejaht."⁴⁵ Was sich der „volkstreu Nationalist“ darunter vorstellt, wird im „Aktionsprogramm der NPD“ so formuliert: Um die „Ungleichbehandlung zu Ungunsten der zum Wehr- oder Ersatzdienst verpflichteten Männer (zu) beenden“, hält die NPD es für geboten, „ein soziales Pflichtjahr auch für Frauen einzuführen“.⁴⁶ Damit greift die NPD das 1938 von der NSDAP eingeführte „hauswirtschaftliche Jahr“ für Frauen unter 25 Jahren auf, das mit Kriegsbeginn durch Verordnung vom 04. September 1939⁴⁷ zur RAD-Pflicht (Reichsarbeitsdienst) wurde und für viele Frauen und Mädchen letztlich an Flak-Geschützen endete. Im Übrigen kommt dieses Programm ohne weitere Bezüge zur Gleichstellung der Geschlechter aus. Um die Familie „als Fundament völkischen Gemeinschaftslebens“⁴⁹ zu befördern, sollte sich z. B. ganz allgemein „einer der Partner vollständig der Kindererziehung widmen können“⁵⁰ – wer das zu sein hat, wird konkret in der Forderung nach der Einführung eines „Muttergehaltes“⁵¹ deutlich. In den letzten Jahren hat kaum einer der geführten gesellschaftlichen Diskurse die Gemüter so erregt, wie der um die demografische Entwicklung der Bundesrepublik. Mit dem Erheben des „Gebärverhaltens deutscher Frauen“ zur nationalen Frage finden sich die völkischen Sichtweisen der NPD in trauertem Einklang mit dem von Feministinnen bereits überwunden geglaubten, die tatsächliche Gleichberechtigung ablehnenden Frauenbild. Die Art und Weise, wie diese Debatte geführt wird, lässt nicht nur Sorge hinsichtlich eines „Roll Back“ in der Frauen- und Gleichstellungspolitik aufkommen. Gefährlicher ist, dass die Diskurslinien zunehmend nah und unkritisch an rechtsextremen Positionen verlaufen bzw. aufgenommen werden – und das bereits weit vor den medienwirksamen Auftritten von Eva Hermann. Ein Beispiel: In seiner Ausgabe 11/03 gab der „Sachsenlandkurier“, das Organ des Sächsischen Städte- und Gemeindetags, unter dem Thema „Bevölkerungsentwicklung“ auch Parlamentariern Raum zur Vorstellung ihrer Ansichten. So sah ein CDU-Parlamentarier die Ursachen für den Geburtenrückgang u. a. in der „Emanzipation und Enthäuslichung der Frau“ und in einem „anspruchsvollen Lebensstil“, da Kinder „die Bewegungsfreiheit der Eltern, insbesondere der Mütter, räumlich und zeitlich“⁵² einschränken. Zu ähnlichen „Befunden“ kam die NPD bereits in ihrem Parteiprogramm von 1996, in dem sie „jede Gemeinschaft gefährdende ‚Selbstverwirklichung‘ und der mit ihr einhergehenden schrankenlosen Egoismus“ angeprangert.“⁵³ Hinsichtlich der Lösungsansätze für den Weg aus der sich verringern den Bevölkerungszahl fand ein PDS-Parlamentarier nicht nur, dass zwischen „verstärkter Einwanderung im Zuge der Osterweiterung der EU“ und der „massenhaften Zuwanderung aus dem außereuropäischen Raum“ unterschieden werden muss, sondern lehnte diese mit der Begründung ab, „dass eine Heilung des

deutschen Bevölkerungsproblems zu Lasten dieser Länder äußerst fragwürdig wäre.“⁵⁴ Bravo, sagt dazu die „National-Zeitung“ und ergänzt: „Nur durch eigene Kinder kann ein Volk fortleben.“⁵⁵ Dieses unkritische Anknüpfen an einen Kernbestandteil des „Völkischen Nationalismus“ greift den rechtsextremen Demografiediskurs auf und hat ihn, gewollt oder ungewollt, zu einem Diskurs der Mitte gemacht, der in seiner Konsequenz direkt oder mittelbar die Interessen von Frauen betrifft.

Frauen im Rechtsextremismus sind kein neues Phänomen, es hat sie immer gegeben. Der Blick auf das weibliche Gesicht des Rechtsextremismus braucht daher den historischen Bezug: Zu Hitlers willigen Gefolgsleuten gehörten Männer und Frauen. Nationalsozialistisch überzeugte Mädchen und Frauen blieben auch nach dem Ende des „Dritten Reiches“ aktiv, sowohl in neonationalsozialistischen und revanchistischen Organisationen als auch in völkisch-germanischen Glaubensgemeinschaften, die nahtlos an ihre im Nationalsozialismus liegenden Wurzeln anknüpfen konnten. So wie Gudrun Burwitz, die Tochter Heinrich Himmlers. Sie war 1952 beteiligt an der Gründung der „Wiking Jugend e. V.“, die nach dem Vorbild der Hitler-Jugend geschlechtergetrennt in „Jungen-“ und „Mädelschaften“ aufgebaut war und ihre Aufgabe in der „Ertüchtigung“ der Jugend nach völkischen Prinzipien sah.

In den 1990er Jahren kam es zu einer Art „Gründungsboom“ von spezifisch weiblich rechtsextremen Bündeln, Kameradschaften und Freundeskreisen, verstärkt zu beobachten in den Neuen Bundesländern, bspw. „Nationaler Mädelsbund Thüringen“, „Mädelskameradschaft Sachsen-Anhalt“. Die Namensgebung zeigt ein breites Spektrum subkultureller Prägung wie dem „Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD)“ bis hin zum unverhohlenen gelebten Rassismus wie den „White German Girls“. Ab dem Jahr 2000 weisen Wissenschaftlerinnen des „Forschungsnetzwerkes Frauen und Rechtsextremismus“ einen erneuten Anstieg in der Gründung frauenspezifischer Organisationen innerhalb des Rechtsextremismus aus. Die Szene wird stärker, differenzierter – auch in der Geschlechterfrage. Scheinbar typische Männerdomänen fallen. Bereits im Jahr 2004 ist in Sachsen jede/r 5. Teilnehmende eines rechtsextremen Konzertes eine Frau.⁵⁶ Frauen stehen bei Demonstrationen militanter Freier Kameradschaften in der ersten Reihe und beteiligen sich in deren Internet-Foren an Strategiediskussionen. Nach Schätzungen hat sich der Anteil von Frauen an rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten in den letzten 10 bis 15 Jahren von ca. 3–5 % auf heute ca. 10 % erhöht. In rechtsextremen Parteien bewegt sich der Frauenanteil zwischen 7–20 %, in Cliquen und Kameradschaften ist von ca. einem Drittel auszugehen. Studien belegen, dass auch ca. ein Drittel der Wählerstimmen für rechtsextreme Parteien und Vereinigungen von Frauen kommen.⁵⁷

Das heutige Bild rechtsextremer Frauen – ob organisiert oder nicht – ist ein Spiegelbild der Gesellschaft und im Vergleich zu ihren männlichen Pendanten genauso facettenreich:

- Sie sind Liedermacherinnen wie „Annett“, hauptberufliche Altenpflegerin, die mit ihren Liedern rechtsextreme Feindbilder bedient und gern gesehener Gast auf NPD-Veranstaltungen oder Kameradschaftsabenden ist.
- Sie machen Geschäfte und betreiben Handel mit rechtsextremen Devotionalien wie Judith Rothe, die den „Staatsfeind-Versand“ ihres Lebensgefährten Enrico Marx weiterführte, bis auch ihr die Gewerbeerlaubnis entzogen wurde.
- Sie sind Schauspielerinnen, die sich wie Imke Barnstedt in ihrer Freizeit für „deutsche Zeitgeschichte“ interessieren und an der Seite von Horst Mahler gegen die Strafbarkeit der Leugnung der Shoah zu Felde ziehen.⁵⁸
- Sie sind Rechtsanwältinnen wie Sylvia Stolz, die 2006 vor dem Landgericht Mannheim als Verteidigerin des Holocaustleugners Zündel selbst holocaustleugnende Aussagen machte und später dafür zu 3 ½ Jahren Haft und 5 Jahren Berufsverbot verurteilt wurde.
- Sie beteiligen sich an Überfällen, sie quälen selbst oder schauen zu: Unter dem Titel „Und Ramona sah zu“ berichtete die TAZ über eine Gerichtsverhandlung, in der es um eine „Gewaltorgie – ein Neonaziverbrechen“ ging, für das sich auch eine junge Frau verantworten musste.⁵⁹
- Sie arbeiten in der Bildung und in sozialen Berufen wie Stella Hähnel, die bis zu ihrem Outing als Führungsmitglied der NPD unter dem Deckmantel eines bürgerlichen Lebens Mitarbeiterin in einem Familienzentrum war.
- Sie nehmen Mandate und Funktionen in Gemeinde- und Stadträten, in Kreis- oder Landtagen ein, so wie Gitta Schübler, die mit ihrem Slogan „500 Euro Kindergeld. Aber nur für Deutsche“ 2004 für die NPD den Sprung



Vertreterinnen des Ringes Nationaler Frauen bei einem Aufmarsch 2008 in Dresden. Foto: Tolerance a občanská společnost.

in den Sächsischen Landtag schaffte. Sie ist bundesweit die bisher einzige weibliche Landtagsabgeordnete der NPD. Heute ist sie die Bundessprecherin des „RNF – Ring Nationaler Frauen“, gemeinsam mit Stella Hähnel vertritt sie diesen im Bundesvorstand der NPD.

Ein Teil der heute zu beobachtenden Aktivistinnen innerhalb der NPD hat in den nach 1990 gegründete-

ten Bünden und Freundeskreisen die Anfänge ihrer rechtsextremen geprägten Sozialisation durchlaufen und steht trotz oder gerade wegen ihrer politischen Führungspositionen in der NPD für das traditionalistisch, völkisch determinierte Frauenbild der „GDF – Gemeinschaft Deutscher Frauen“, der bundesweit bedeutendsten rechtsextremen Frauenorganisation. Im Zentrum der GDF steht die „freiwillige Unterordnung“ der Frauen als „*Dienst an der Gemeinschaft, am Volk*“⁶⁰. Sie verkörpern genau das Bild, das sich der Rechtsextremismus des 21. Jahrhunderts in der Außenwahrnehmung wünscht: Die Frauen der GDF haben ihr Skingirl-Outfit abgelegt, sie kochen, singen und wandern gemeinsam, sie pflegen Kultur und völkisches Brauchtum, sie betätigen sich in Arbeitsgemeinschaften und haben mit der „Zwergenpost“ eine eigene Zeitung, die sich mit Fragen rund um das Thema Kindererziehung beschäftigt. Doch das nach außen vermittelte Bild von der „heimeligen Frauengruppe“ trägt. In ihrer Ausrichtung auf Disziplinierung in der Gemeinschaft, Ausschaltung der Individualität und Indoktrination mit dem Ziel einer geschlechtsspezifischen „Erziehung“ im Sinn der „nationalen Bewegung“ zeigt die GDF deutliche Parallelen zum Bund Deutscher Mädel als „*Erziehungsinstitution*“ innerhalb der Hitler-Jugend während des Nationalsozialismus.

Demokratiefeindliche, die Gleichheit der Menschen ablehnende, rassistische und antisemitische Einstellungen sind bei Frauen und Männern gleichermaßen anzutreffen, sie sind in der Mitte der Gesellschaft. So wichtig das Wissen um rechtsextreme Organisationen, Personen oder Strategien auch ist, es ersetzt nicht die individuelle Auseinandersetzung und das Hinterfragen der eigenen Positionen bei Frauen und Männern gleichermaßen.

4. Rechtsextreme Lebenswelt

4.1 Rechtsextreme Sprache*

Wie bereits dargestellt, ist das rechtsextreme Milieu sehr ausdifferenziert. Es reicht von gewalttätigen Skinheadgruppen über demokratiefeindliche Neonazis in sog. Kameradschaften bis hin zu sich bürgerlich gebenden Bierdammännern und -frauen in Parteien. Gemeinsam ist diesem Spektrum die ausgeprägte Feindschaft gegenüber Andersdenkenden und „Nichtdazugehörigen“. Diese Ablehnung all dessen, was „irgendwie anders“ ist, spiegelt sich auch in der Sprache wider.

Mit diffamierenden Begriffen werden (vermeintliche) „Feinde“ als „undeutsch“ und „unwert“ stigmatisiert. „Die ‚Oberfeinde‘ sind die sogenannten ‚Kanaken‘ und ‚Zecken‘. Die ersten gelten als phänotypische ‚Undeutsche‘, die zweiten als ‚Undeutsche‘ nach Ideologie und Kultur. In jedem Fall ist ihre ‚Bekämpfung‘ in den Augen der Szenevertreter moralisch legitim, weil sie als apokalyptische Verderber des ‚Deutschen‘ gelten. Zu den ‚Feinden‘ gehören weiter: Juden, ‚Popen‘, Schwule, ‚Kinderficker‘ und andere ‚Abartige‘, ‚Assis‘ oder ‚Asseln‘, ‚Mukus‘ (Multikulturelle), ‚Politbonzen‘ und ‚Systembulln‘, ‚Freimaurer‘ und ‚Illuminaten‘. Auch ‚genotypisch Behinderte‘ finden als ‚unwertes Leben‘ oder gar ‚Mongos‘ (abgeleitet vom Wort ‚mongoloid‘, einem veralteten Begriff für TrägerInnen des Down-Syndroms) keine Gnade.⁶⁰

Ein typisches Merkmal des Rechtsextremismus ist schließlich der Antisemitismus, der in Angriffen gegenüber Juden, Schändungen jüdischer Friedhöfe und abstrusen Verschwörungstheorien zum Ausdruck kommt. Häufig zeigt sich dieser Antisemitismus jedoch nur verdeckt in bestimmten Floskeln bzw. Codes wie: „eine gewisse Minderheit“, „Amerikanische Ostküste“, „USrael“, „ZOG“ oder „AJAB“, die sich vielen Menschen nicht erschließen. Eingeweihten ist aber sofort klar: mit dem Begriff „Ostküste“ ist nicht die Ostküste der USA im geographischen Sinne gemeint, angespielt wird hier vielmehr auf in New York ansässige, jüdische Organisationen, die in der antisemitischen Propaganda für alle erdenklichen gesellschaftlichen und internationalen Entwicklungen verantwortlich gemacht werden. Im antisemitischen Verschwörungsdenken steht die Chiffre „USrael“ für die Beziehungen zwischen den USA und Israel. Die Abkürzungen „ZOG“ bzw. „JOG“ stehen für „Zionist Occupied Government“ bzw. „Jewish Occupied Government“ („zionistisch bzw. jüdisch besetzte Regierung“). Der aus dem Szeneslang der Bronx stammende Code „ACAB“ (All Cops are Bastards – alle Polizisten sind Bastarde) wird antisemitisch verformt zu AJAB (All Jews are Bastards – Alle Juden sind Bastarde) umgewandelt.

* Dieser Text wurde der Broschüre „Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen. Handreichung für Kirchengemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“ der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) entnommen und ergänzt. Wir danken für die Übernahme.

In Druckwerken und Liedtexten rechtsextremer Parteien und Gruppen tauchen immer wieder geographische Bezeichnungen mit Bezügen zum „Großdeutschen Reich“ auf: So wird „Mitteldeutschland“ als Bezeichnung für die ostdeutschen Bundesländer benutzt, weil „Deutschland“ für die extreme Rechte bis nach Ostpreußen reicht. Die „Ostmark“ steht nach einem Sprachgebrauch Hitlers für Österreich und gehört im rechtsextremen Weltbild ebenfalls zu den „deutschen Landen“.



Der sog. „Trauermarsch“ der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland am 16. Februar 2008 in Dresden. Foto: Tolerance a občanská společnost.

Manche Worte sind aufgrund ihrer Betonung bzw. Schreibweise (z. B. Doitschland, Froide oder Patrioiten) sprachliche Symbole mit Bekenntnis zum rechtsextremen Spektrum. Die Buchstaben „oi“ – der Schlachtruf auch der nicht-rechtsextremen Skinheads – finden sich in Texten, auf CD-Covern oder als Aufnäher auf Jacken. Zahlreiche Rechtsrock-Gruppen transportieren dieses

Kürzel in ihren Band-Namen (z. B. Doitsche Patrioiten, Foierstoss, Kraft durch Froide, Kroizzug, Noie Werte, Oiphorie).

Schließlich werden in der rechtsextremen Szene zahlreiche Zahlen- und Buchstabenkürzel verwendet, um in Deutschland bestehende Verbote zu umgehen. Diese Abkürzungen sind in der Regel einfach aufgebaut: Die Zahlen stehen meist für die Buchstaben im Alphabet und die Buchstaben für die Anfangsbuchstaben der jeweiligen Parole: So bezieht sich „88“ auf den achten Buchstaben im Alphabet (H) und steht für die verbotene NS-Grußformel „Heil Hitler“. Der Zahlencode wird in Flugblättern und E-Mails verwendet, als großes oder kleines Emblem auf Kappen und Hemden getragen, in Liedtexte eingebaut oder in die Haut tätowiert. Ein anderes Beispiel ist das Kürzel „18“. Es steht für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet (A + H) und spielt auf die Initialen von Adolf Hitler an. Der Zahlencode „13 47“ bezieht sich auf den dreizehnten, vierten und siebten Buchstaben im Alphabet (MDG) und ist ein Kürzel für die NS-Grußformel „Mit deutschem Gruß“. Diese ist in der Bundesrepublik z. B. in Briefen verboten (§ 86a StGB), wenn Aufmachung und Inhalte der Schreiben auf einen nationalsozialistischen Sprachgebrauch hindeuten. Zur Umgehung des Verbotes werden manchmal auch nur die Anfangsbuchstaben „MDG“ verwendet.

Mit dem Zahlencode „28“ oder „2+8“ (zweiter und achter Buchstabe des Alphabets = BH) ist das seit 2000 in Deutschland verbotene Netzwerk „Blood & Honour“ gemeint. Da die verschiedenen Symbole der Vereinigung in Deutschland nicht mehr gezeigt werden dürfen, können sich Rechtsextreme mit dem Kürzel „28“ weiterhin zu „Blut und Ehre“ bekennen. Die Zahl 14 steht im rechtsextremen Codesystem für „vierzehn Worte“ und ist eine häufig gebrauchte verschleiende Umschreibung für einen Glaubenssatz weißer Neonazis und Rassisten: *„We must secure the existence of our people and a future for White children“* („Wir müssen die Existenz unseres Volkes und die Zukunft der weißen Kinder sichern“). Als Erfinder dieses Satzes gilt der US-amerikanische Rechtsextremist David Eden Lane. Andere Beispiele sind „124“ für „Ausländerbefreites Deutschland“, „192“ für „Adolf is back“ und „198“ für den verbotenen NS-Gruß „Sieg Heil“. „4/20“ (4:20 oder 420) steht für den 20. April und spielt auf den Geburtstag Adolf Hitlers an.⁶¹

4.2 Rechtsextreme (Jugend-)Subkultur und Lifestyle

Susanne Feustel, Ev.-Luth. Landesjugendpfarramt Sachsens

Zur Sächsischen Landtagswahl 2004 stimmten 20% der jugendlichen ErstwählerInnen und 21% aller Männer unter 30 Jahren für die NPD. Diese Ergebnisse zeigen, wie groß die Sympathien für extrem rechte Ideologien und Organisationen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Sachsen sind. Ein Grund dafür ist die feste Verankerung nazistischer Elemente innerhalb der Lebenswelt von Jugendlichen. Als Jugendkulturen werden die kulturellen Aktivitäten und Stile, anhand derer sich Jugendliche von der Erwachsenenwelt abgrenzen und die durch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Lebensstil gekennzeichnet sind, bezeichnet. War der bewusste Widerstand gegen die herrschende Kultur der Erwachsenenwelt seit jeher Grundbestandteil von diversen Jugendkulturen, besitzen heute nur noch einige jugendkulturelle Szenen einen solchen explizit subkulturellen Charakter.

Jugend(sub)kulturen werden einerseits bewusst von organisierten RechtsextremistInnen unterwandert und benutzt, um junge Menschen für eigene Themen und Aktivitäten zu gewinnen. Andererseits kann heute auch von der Etablierung eines eigenen, extrem rechten Lifestyles gesprochen werden. Dabei geraten alle Elemente einer Jugend(sub)kultur, also Lebensentwürfe, Weltanschauung, Symbole, Musik als auch die Favorisierung bestimmter Markenprodukte und Kleidungsstile in den Fokus politischer Agitation. In vielen Regionen der Bundesrepublik bietet die rechtsextreme Szene das, was für viele junge Menschen attraktiv ist: Konzerte, Treffpunkte, „coole Klamotten“ und Möglichkeiten, sich politisch zu engagieren – kurz: Gemeinschaft

und Identität. Dieser Lifestyle besitzt große Anziehungskraft auf Jugendliche und Erwachsene. Während ältere Szenemitglieder meist gefestigte Einstellungen vorweisen und seit längerem Teil der Szene sind, entwickeln sich politische Präferenzen von Jugendlichen noch aus. Neonazis versuchen diese Offenheit junger Menschen für sich nutzen. Die alltagstaugliche Verankerung neonazistischen Lifestyles gewinnt auch in Sachsen immer mehr an Attraktivität. In einigen Gemeinden gehören Menschen, die die Kleidungsmarke Thor Steinar oder mit Bandnamen wie Blue Eyed Devils (Blauäugige Teufel) oder Landser bedruckte T-Shirts tragen, zur Normalität.

Ziel rechter AktivistInnen ist es, im vorpolitischen Raum zu wirken, Identifikationsflächen zu schaffen, öffentliche Räume zu besetzen und nationalistische, rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Inhalte, Symbole und Ästhetik zu normalisieren. Einerseits muss diese jugendkulturelle Verankerung seit der Wiedervereinigung als kontinuierlich wachsend beschrieben werden, andererseits unterlag sie einigen Veränderungen. Im Folgenden werden einige dieser Brüche und Kontinuitäten, die Rolle von Musik und Symbolen aber auch Überschneidungen zu so genannter Mainstream-Musik genauer beleuchtet.

Rechtsextreme Musik

Musik bietet gute Chancen der politischen Einflussnahme, denn sie ist ein zentraler Bestandteil im Alltag von jungen Menschen. Musik kann leichter und häufiger konsumiert werden, als beispielsweise Parteiprogramme, Flugblätter u.ä. Zudem ist die Vermittlung von Inhalten über Musik einfach, da sie Gefühle hervorruft und Stimmungen erzeugt. Einschlägige Nazi-Konzerte dienen zudem als Treffpunkt und „Szenekitt“. Hier können Bekanntschaften gemacht und persönliche Beziehungen geknüpft werden, für viele Menschen wird so eine Anbindung an die Szene ermöglicht bzw. vertieft. Ian Stuart, Sänger der englischen Neonaziband Screwdriver und Begründer des internationalen Blood&Honour-Netzwerks brachte die Bedeutung von Musik für extrem rechte Politik in einem Fernsehinterview wie folgt auf den Punkt: *„Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen, besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden“*.

Die Musik extrem rechter Bands wird in der Bundesrepublik häufig als RechtsRock bezeichnet. Dabei wird RechtsRock in der Öffentlichkeit zumeist mit brachialer Skinhead-Musik gleichgesetzt – die allgemeine Vorstellung von RechtsRock-Konzerten beinhaltet grölende Nazi-Skinheads mit martialischem Auftreten, expliziten Texten und einschlägigen Namen wie Zillertaler Türkenjäger oder Störkraft. Doch der Begriff RechtsRock hat hierzulande weniger mit der Stilrichtung Rock gemein, als man denken mag. RechtsRock fungiert heute in der

Bundesrepublik Deutschland als Sammelbegriff für das Wirken extrem rechter Bands in verschiedenen Musikbereichen. Er umfasst sämtliche Musikstile, die zur Verbreitung rechter Ideologien instrumentalisiert werden. Ein einheitlicher musikalischer Stil RechtsRock existiert also nicht. Rassistische, antisemitische, sozialdarwinistische, nationalistische oder den Nationalsozialismus verharmlosende Texte und Bühnenszenierungen, die mit diesen Inhalten spielen, sind in vielen Jugendkulturen und Stilrichtungen wie beispielsweise dem Heavy und Black Metal, in der Wave/Gothic Szene, bei LiedermacherInnen und selbst im Techno, der Popmusik und dem Hip Hop zu finden.

Politische Positionierungen, menschenfeindliche Tendenzen bzw. die Akzeptanz extrem rechter Inhalte in diesen Musiksparten sind einerseits Ergebnis bewusster Unterwanderung, die von extrem rechten Organisationen geplant wurde. Sowohl Freie Kräfte/Kameradschaften als auch die NPD haben schon vor langem erkannt, dass die Vereinnahmung von Jugend(sub)kulturen das eigene Aktionsfeld und den Kreis potenzieller SympathisantInnen erweitert. Andererseits ist der teilweise Erfolg dieser Unterwanderungsstrategie der ursprünglichen ästhetischen und inhaltlichen Ausrichtung einiger Musiksparten und zugehöriger Jugend(sub)kulturen selbst geschuldet.

Zum Beispiel Black Metal: diese Spielart des besser bekannten Heavy Metal zeichnet sich in ihren Texten ebenso wie in ihren Bühnenszenierungen, Kleidung und szenespezifischen Symbolen durch satanische, heidnische und misanthropische Elemente aus. Diese Elemente und der Hang zur nordischen Mythologie als auch sozialdarwinistische Bezüge zum „Recht des Stärkeren“ stellen Anknüpfungspunkte für rechte Bewegungen dar. Vor diesem Hintergrund erscheint es wenig erstaunlich, dass ein nicht zu unterschätzender Teil der in den 1980er Jahren entstandenen Black Metal Szene heute von offenem Nationalismus, Rassismus und der Verherrlichung des Nationalsozialismus durchdrungen ist. Einige Musikfans und -schaffende verorten sich explizit politisch und identifizieren sich selbst mit dem Namen „National Socialist Black Metal“ (NSBM). In Ostdeutschland gelten Thüringen und Sachsen, insbesondere das Erzgebirge, als Schwerpunkte der Black Metal und NSBM-Szene.

Ähnliche Anknüpfungspunkte für rechte Bewegungen wie die Metal-Szene boten die von Männlichkeits- und Gewaltkult beherrschte Skinheadszene in den 1970er Jahren und die heidnisch-esoterisch ausgerichtete Dark Wave/Gothic-Szene (allgemein bekannt als „Grufties“). Zahlreiche Bands der Dark Wave-Szene spielen mit NS-Symbolen und -Ästhetik oder beziehen sich in ihren Texten auf nationalsozialistisches Gedankengut. Auch hier erkannten extrem rechte Kräfte schnell die Anknüpfungspunkte zur Szene und brachten in Neonazikreisen eine bundesweite Diskussion zum Ob und Wie der Unterwanderung und Vereinnahmung der so genannten „schwarzen Szene“ in Gang. In den 1990er Jahren riefen Roland Bubik und andere Mitarbeiter der neurechten Zeitschrift Junge Freiheit die „Operation Dark Wave“ aus.

Fortan sollten Dark Wave-Bands in der Zeitschrift vorgestellt werden, zudem versuchte man mit etablierten Szene-Zeitschriften wie dem Zillo zusammenzuarbeiten.

Bei den bisher genannten Musiksparten ist häufig nicht klar zu unterscheiden, welche der Bands sich zum Ziel gesetzt hat, nicht nur künstlerisch/kulturell zu agieren, sondern auch politisch zu wirken. Teilweise werden menschenfeindliche Texte oder das Spiel mit NS-Ästhetik und -Symbolik als bloße Kunst, Provokation oder gar kritischer Umgang mit der Geschichte gehandelt. Auch wenn den meisten AnhängerInnen dieser Jugendkulturen keine eindeutige Tendenz zur extremen Rechten attestiert werden sollte und auch wenn gezielte Versuche rechter Kreise, die Szenen „in Gänze zu übernehmen“ erfolglos blieben, stellen sie doch einen geeigneten Nährboden für menschenverachtende Inhalte und politische Indoktrination von Rechts dar.

Davon sind selbst Jugend(sub)kulturen betroffen, die aufgrund ihrer Entstehung und Ausrichtung eigentlich kaum Anknüpfungspunkte für Neonazis bieten sollten – wie beispielsweise Hip Hop. Im Jahr 2001 wurde eine bundesweite Diskussion in Nazi-Kreisen ins Rollen gebracht, nachdem der Rapper Ronald McDonald von der Band M.O.R. Songs veröffentlicht hatte, die mit Nazi-Metaphern, rassistischen Textzeilen und KZ-Reimen durchsetzt waren. Zahlreiche Neonazis sprachen sich trotz aller Unterschiede dafür aus, auch in dieser Szene Fuß zu fassen. In einschlägigen Internetforen argumentierten die, die eigentlich Hip Hop als „Ami-Neger-Musik“ ablehnen, folgendermaßen: „...*die Hip Hop Szene ist gerade in Deutschland so riesengroß, da gibt's einen so riesigen Markt, und es würden dadurch natürlich viele Leute das erste Mal mit Nationalismus in Kontakt treten. (...) Es hat Nachteile, weil mich die Negerrapper auch gehörig ankotzen, aber beim Kampf um die Jugend muss man auch zu radikalen Mitteln greifen.*“⁶²

Auch wenn die eben beschriebene Unterwanderungsstrategie nie vollends aufging – das anhaltende Bemühen extrem rechter Kreise, die „Kultur als Machtfrage“ (Roland Bubik, Junge Freiheit) im Musikbereich zu thematisieren, trägt Früchte. RechtsRock wird von vielen Jugendlichen konsumiert, Geschäfte und Internetversandhäuser, die einschlägige Tonträger verkaufen, florieren. Ein Vorteil bietet hier die Breite der Stile. So bietet der in Riesa ansässige NPD-nahe Deutsche Stimme Versand neben Metal, Skinhead-Musik und Rock auch „Deutsche Balladen“, „Volks- und heimatentreue Musik“ und „Schlager“ an.

Auch die sich selbst gerne ein bieder-bürgerliches Antlitz gebende NPD forciert die und profitiert von der zunehmenden lebensweltlichen Verankerung und Verbreitung rechter Musik. Die Radikalisierung dieser Partei unter ihrem seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt hat eine Intensivierung der Zusammenarbeit der Partei mit dem gewaltbereiten Spektrum Freier Kameradschaften, rechter KonzertveranstalterInnen und MusikerInnen mit sich gebracht. Einerseits ist diese Partei in ihrer politischen Arbeit auf personelle Ressourcen

aus dem nicht parteilich organisierten, subkulturellen Spektrum angewiesen. Mitglieder der Szene helfen beim Wahlkampf und kandidieren mittlerweile auf den Wahllisten der NPD. Andererseits haben viele Parteifunktionäre erkannt, dass eine starke Anbindung und Unterstützung der jugendkulturellen Neonaziszene den eigenen Sympathisanten- und Wählerkreis vergrößert. Vor dem Einzug in den Sächsischen Landtag 2004 warb die NPD deshalb mit der kostenlosen Verteilung der „Schulhof-CDs“ massiv um JungwählerInnen. Diese Tonträger sind das Ergebnis der engen Zusammenarbeit von NPD-Parteifunktionären und AktivistInnen der RechtsRock- und Kameradschaftsszene. Auch nach der Landtagswahl bekundeten Parteifunktionäre ihre Unterstützung für die RechtsRock-Szene. Bands und LiedermacherInnen wurde ein Podium auf zahlreichen Parteiveranstaltungen gegeben, um diese für Jugendliche attraktiver zu machen und mögliche Konzertverbote zu umgehen.

Einstiegsdroge RechtsRock?

RechtsRock wird oft als „Einstiegsdroge“ in die rechte Szene behandelt. Die Ver- suche von Neonazis, Jugendliche anhand von Musik zu indoktrinieren und emo- tional zu konditionieren, werden von diversen Behörden und Initiativen zuneh- mend problematisiert. Die Angst, dass Jugendliche über den Konsum von Musik, das Besuchen von einschlägigen Konzerten und die Identifikation mit rechtem Lifestyle an entsprechende Ideologien herangeführt werden und am Ende zu po- litisch aktiven AnhängerInnen und WählerInnen rechter Organisationen werden, ist berechtigt. Doch sollte in diesem Kontext nicht vergessen werden, dass eine gewisse Offenheit für menschenfeindliche, diskriminierende, nazistische Einstel- lungen zumindest in Ansätzen da sein muss, bevor Jugendliche zur Szene finden. Junge Menschen, die ihr Leben lang vom sozialen und familiären Umfeld huma- nistische Werte vermittelt bekommen haben und die für einen kritischen Umgang mit rechten Ideologien sensibilisiert wurden, sollten sich schwerlich von extrem Rechten ködern können lassen. Oder anders herum: junge Menschen, die sich mit Bands identifizieren, die rassistische, antisemitische und Gewalt verherrlichende Texte propagieren, müssen in einer Gesellschaft aufgewachsen sein, die die Ak- zeptanz solcher Ideologien zumindest möglich gemacht hat. Deshalb, und obwohl die rechte Musikszene tatsächlich eine starke Sogwirkung besitzt, sollte mit dem Begriff der „Einstiegsdroge“ sensibel umgegangen werden. Entgegen einer Droge macht Musik nicht abhängig, der Konsum von Musik basiert auf Freiwilligkeit. Und auch Jugendliche haben einen eigenen Willen und einen Kopf zum Denken. Die Rede von der „Einstiegsdroge“ besitzt deshalb das Potenzial, das gesamtgesell- schaftliche Problem zu verschleiern, indem man den Einstieg von Jugendlichen in rechte Zusammenhänge als Sucht darstellt, die durch sporadische Aufklärung oder den bloßen Entzug der „Droge“ Musik (in Form von Indizierung von Tonträgern und Konzertverboten) „geheilt“ werden könne.

Rechte Bilder und NS-Ästhetik im Mainstream

NS-Ästhetik und Menschenfeindlichkeit lassen sich auch in Musiksparten bzw. bei Bands finden, die gesellschaftlich als Mainstream akzeptiert werden, die also nicht der „rechten Ecke“ zugeordnet werden. Ein Beispiel unter vielen hierfür ist der Sänger Joachim Witt, der zu Zeiten der Neuen Deutschen Welle mit dem Hit „Ich bin der goldene Reiter“ berühmt wurde und der 1998 mit dem Titel „Die Flut“ lange in den deutschen Charts vertreten war. Das Video zu „Die Flut“ zeigt saubere, in weiß gekleidete, gesunde „Herrenmenschen“, die auf ein Schiff („Die Arche“) gelangen, während eine durch den Schlamm kriechende Masse von „Untermenschen“ keinen Zugang zum vor der Flut rettenden Schiff bekommt. Der Autor Martin Büsser schreibt zu diesem Video: *„Assoziationen zum ‚Das Boot ist voll‘ – Slogan der Volksparteien sind hier ebenso nahe liegend wie zu antisemitischer Nazipropaganda, etwa der Darstellung von Juden als Rattenplage“*.⁶³ Während das Video zu „Die Flut“ sich ästhetisch an Stummfilme der 1920er Jahre anlehnt, ließ die weltweit bekannte Band Rammstein Filmsequenzen aus einem Olympia-Film von der im Dritten Reich gefeierten Filmemacherin Leni Reifenstahl als Montage zusammenstellen und ohne Hinweise auf den historischen Kontext auf diversen Musiksendern ausstrahlen. Zwar lassen sich auch aus diesem Video keine explizit extrem rechten Inhalte ablesen, doch sowohl die unkommentierte Riefenstahl-Montage als auch zahlreiche Texte und die Bühnenszenierungen der Band selbst reproduzieren NS-Ästhetik, heroisieren Männlichkeit und normalisieren Körperbilder, die aus der Zeit des Nationalsozialismus stammen.

Diese beiden Beispiele zeigen, dass Mainstream-Musikbands Nazi-Ästhetik als Marketingstrategie einsetzen und damit auf der symbolischen Ebene hoffähig machen. Millionen Menschen weltweit kaufen Tonträger, besuchen Konzerte und sehen sich Videos dieser Bands an. Ästhetik, Inhalt und Image der Bands werden wieder und wieder konsumiert, reproduziert und damit normalisiert – Nazi-Ästhetik wird so zu Popkultur. Was diese Mainstream-Musik, die überall zu hören und zu sehen ist und die kaum problematisiert wird, von RechtsRock unterscheidet und dennoch gefährlich macht, arbeitet Martin Büsser heraus: *„Sie benutzt nicht rechte Ideologie, sondern ‚nur‘ rechte Bilder im naiven Glauben, dass deren Faszination ohne ideologischen Überbau ungefährlich, am Ende gar unpolitisch sei.“*

Rechtsextreme (Marken-)Kleidung und Symbole

Kleidung ist für Jugendliche und junge Erwachsene ein bedeutendes, neben der Musik wahrscheinlich das wichtigste Mittel, eine eigene Identität und die Zugehörigkeit zu einer politischen Strömung oder (sub)kulturellen Szene auszudrücken. Kleidung dient als Erkennungszeichen für andere Jugendliche und Erwachsene, manchmal auch der Provokation. Die Bedeutung diverser Klei-

dungsstücke erschließt sich häufig nur Eingeweihten. Als Identifikationsmerkmal dienen dabei verschiedene Kleidungsstile sowie Aussagen und Codes, mit denen T-Shirts und andere Kleidungsstücke verziert sind. Auch das Tragen bestimmter Markenartikel erfüllt identitätsstiftende Funktionen.

In der Neonazi-Szene existieren Marken und Kleidungsstücke, die mit expliziten Aussagen oder Symbolen bedruckt und nur in einschlägigen Szeneläden oder Internetversänden zu kaufen sind. Wer diese Kleidung trägt, kommuniziert damit nicht nur eine politische Einstellung nach außen, sondern gibt gleichzeitig zu verstehen, dass er oder sie Teil der Szene ist oder sein will. Kleideten sich die meisten jugendlichen Neonazis in den 1990er noch im typischen Skinhead-Outfit (Bomberjacke, Jeans, Stiefel) und trugen Markenprodukte von Firmen wie Masterrace (Herrenrasse) oder Troublemaker Streetwear (Unruhestifter), die „von der Szene für die Szene“ produzieren, hat sich das Erscheinungsbild heute verändert und ausdifferenziert. Der martialisch aussehende Skinhead-Look, für den früher auch unpolitische Marken wie Lonsdale oder Fred Perry vereinnahmt wurden, ist heute in der Szene seltener zu finden. Viele T-Shirts und Jacken, die mit Codes und Aussagen oder einschlägigen Bandnamen bedruckt sind und bei zahlreichen Anbietern bezogen werden können, sind in modernem, popkulturellem Stil gestaltet. So ist heutzutage ein „Nazi-Schick“ verbreitet, der sich nicht mehr grundlegend von anderen Jugend(sub)kulturen unterscheidet und oftmals nur bei genauem Hinsehen und Entschlüsseln der Botschaften eine Einordnung der Selbstzuschreibung der TrägerInnen ermöglicht.

Heute sind Jugendliche, welche die für die HipHop-Szene typischen weiten Hosen, Turnschuhe und Basecap mit einem T-Shirt kombinieren, das den Code „88“ (aus dem Alphabet abgeleiteter Zahlencode für „HH“/„Heil Hitler“) oder die Aufschrift White Pride – World Wide (Weißer Stolz – weltweit) zeigt, keine Seltenheit mehr. Bewusst hat sich die rechte Szene von ihrem martialischen Aussehen verabschiedet und sich stilmäßig geöffnet. Einerseits reagieren BürgerInnen und Polizei weniger ablehnend auf Jugendliche, die „nett“ gekleidet sind. Andererseits korrespondiert diese Veränderung mit Strategien, deren Ziel es ist, andere Jugend(sub)kulturen zu politisieren und selbst Eingang in den kulturellen und politischen Mainstream zu finden.

Eine besondere und viel diskutierte Rolle nimmt derzeit die Marke Thor Steinar ein. Die beiden der Nazi-Szene nahe stehenden Inhaber der Marke haben es geschafft, ihre mit rechten Symbolen, nordischen Runen, Anspielungen auf ehemalige SS-Generäle und ähnlichem verzierte Kleidung im gesellschaftlichen Mainstream unterzubringen. Thor Steinar Bekleidung war zeitweilig in großen Kaufhäusern zu finden und wird nach wie vor nicht nur in einschlägigen Szeneläden verkauft. Es bedurfte jahrelanger Öffentlichkeitsarbeit von verschiedenen antifaschistischen Initiativen, um die

bundesdeutsche Gesellschaft zu sensibilisieren. Denn die Verbreitung dieser Marke führt nicht nur zu einer gefährlichen Normalisierung rechter Symbole in der Alltagswelt. Die mediatrix GmbH, die Thor Steinar vertreibt, verzeichnet hohe Umsätze. In zahlreichen Ladengeschäften, deren Existenz zu großen



Die Modemarke Thor Steinar dient als Erkennungsmarke der rechtsextremen Szene. Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

Teilen von dem Vertrieb von Thor Steinar abhängt, sind Neonazis angestellt. Das spült Geld auch in die Kassen der Szene. Zudem fungierten Verkaufsräume oft als Anlaufpunkt für extrem Rechte und die, die es werden wollen. So werden nicht nur durch das Tragen der Kleidung, sondern auch durch die Existenz von Ladengeschäften öffentliche Räume besetzt und politisiert.

Etliche Jahre nach dem Erscheinen dieser Marke gehen Kommunen und viele Vermieter von Ladengeschäften nun sensibler mit dem Thema um. In vielen Fußballstadien wie denen von Borussia Dortmund, dem 1. FC Magdeburg und Dynamo Dresden ist das Tragen der Marke ebenso verboten wie im Deutschen Bundestag. Mietverträge für Thor Steinar Läden wurden gekündigt. Wo auch immer neue Geschäfte eröffnen, regt sich zivilgesellschaftlicher Widerstand. So wurde dem Thor Steinar Geschäft im Magdeburger Hundertwasserhaus der Mietvertrag kurz nach Bekanntwerden des Sortiments und stadtweiten Protesten gekündigt. Der Vermieter einer Ladenfläche in der Leipziger Innenstadt sah sich nach Abgabe der Räumlichkeiten im Herbst 2007 nicht nur mit einer Protestdemonstration von mehr als 2000 Menschen konfrontiert, sondern auch vom Besitzer der Marke und Inhaber des Geschäfts „Tönsberg“, Uwe Meusel, „arglistig getäuscht“. Dieser hatte ihm in einem Vorgespräch lediglich mitgeteilt, „Streetwear“ verkaufen zu wollen. Nach anhaltenden Protesten zahlreicher Bürgerbündnisse und Organisationen ging der Vermieter Anfang 2008 vor Gericht, um eine vorzeitige Auflösung des Mietvertrages zu erstreiten.

Von der „dumpfen Stiefelglatze“ zum „Autonomen Nationalisten“

Die Erscheinung rechten Lifestyles hat sich mit der wachsenden Bedeutung von „Freien Kräften“ und „Autonomen Nationalisten“ innerhalb der Naziszene in den letzten drei Jahren nochmals grundlegend gewandelt. Dem Klischeena-

zi – der „dumpfen Stiefelglatze“ – stehen immer mehr extrem Rechte gegenüber, die Kleidungsstile, Symbole (in abgewandelter Form), Aktions- und Organisationsformen und teilweise Musik alternativer Jugendkulturen übernommen haben. Springerstiefel wurden von diesem Teil der Naziszene gegen Turnschuhe getauscht, Bomberjacken wurden von modischen Jacken und Kapuzenpullovern abgelöst, T-Shirts mit dem Konterfei Che Guevaras sind heute keine Seltenheit mehr und die skinheadtypische Glatze wurde von derzeit im Trend liegenden Frisuren und Baseballmützen verdrängt. Auch streng hierarchische, feste Organisationsformen, die Parteien, Wehrsportgruppen und Kameradschaften kennzeichnen, sind heute nicht mehr überall zu finden.

Diese Veränderungen sind mehreren Faktoren geschuldet: Erstens versucht man mit der Auflösung fester Organisationsstrukturen und der Installation weitreichender und zugleich flexibler Strukturen, potenzieller staatlicher Repression und Verboten zu entgehen. So besitzen die Freien Kräfte beispielsweise VertreterInnen in zahlreichen Städten in Sachsen, Thüringen, Bayern und Sachsen-Anhalt. Themen werden über Internetnetzwerke kommuniziert, Aktionen punktuell und temporär gemeinsam geplant und durchgeführt. Die fehlenden dauerhaften Strukturen nehmen staatlichen Behörden die Handlungsgrundlage, Verbote werden so erschwert oder unmöglich gemacht. Gleichzeitig erleichtern quasi nicht vorhandene Strukturen wie die der Autonomen Nationalisten Jugendlichen den Eintritt in die Szene. An einer Aktion mit einer Clique teilzunehmen, die keine institutionalisierten Hierarchien zwischen den Mitgliedern aufweist, fällt oft leichter, als einem Kameradschaftsabend oder gar einem Parteitreffen beizuwohnen. Zweitens kann diese Veränderung des Lifestyles als erneuter Versuch gewertet werden, das Feld von SympathisantInnen zu erweitern und an moderne, „angesagte“ Jugendkulturen anzudocken.

Hiermit geht auch eine teilweise politische Neuausrichtung einher. Fielen nicht-parteilich organisierte Neonazis in den 1990er Jahren noch durch eher platte rassistische und antisemitische Parolen auf, versucht die Szene heute, verstärkt inhaltlich und sprachlich an Themen der gesellschaftlichen Mitte und der alternativen Szene mit basisdemokratischer Ausrichtung anzudocken. Globalisierungskritische Aussagen stehen heute ebenso im Mittelpunkt extrem rechter Agitation wie Kapitalismuskritik (völkisch gewendet und mit dem Ruf nach „nationalem Sozialismus“), die Forderung nach Arbeitsplätzen und mehr Sozialleistungen (nur für „Volksdeutsche“) oder Umweltschutz (fokussiert auf die „deutsche Heimat“). Plumpe antisemitische und rassistische Parolen finden sich bei „Autonomen Nationalisten“ und „Freien Kräften“ seltener. Sie wurden abgelöst durch antiamerikanische, antiisraelische und ethnopluralistische Aussagen, die nicht weniger gefährlich und radikal sind, aber viele Überschneidungen zu Einstellungen und Diskussionen in der so genannten gesellschaftlichen Mitte, und damit Anknüpfungspunkte an potenziell alle gesellschaftlichen Gruppierungen, bieten.

4.3 Rechtsextreme Aktionsformen und Strategien in Sachsen

Petra Schickert / Markus Kemper, Kulturbüro Sachsen e.V. – Mobiles Beratungsteam Pirna

Für den 27. Januar 2007 lud das Bündnis für Demokratie und Zivilcourage Gröditz im Landkreis Riesa–Großenhain zum Benefizschwimmen ein. Der Erlös des Wettbewerbes sollte dem Erhalt der örtlichen Schwimmhalle zugute kommen. Wie schon in den vergangenen Jahren meldete die NPD unter dem Pseudonym „Kaiser–Wilhelm–Schwimmer“ eine Mannschaft an. Als der Veranstalter der Staffeln die Teilnahme verweigerte, reagierte die NPD unter Verweis auf das Grundgesetz, das Versammlungsgesetz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz schriftlich mit den Worten: *„Sollten Sie (...) dennoch den Zutritt zum Versammlungsraum verweigern, (sehen wir uns gezwungen, uns) mit Hilfe der Polizei Einlaß und damit Recht zu verschaffen.“* Nach juristischer Prüfung wurde die NPD erneut ausgeladen und erschien nicht zum Wettkampf. Einen Tag nach dem Sportereignis übergaben Vertreter der NPD auf der Stadtratssitzung dem Bürgermeister jedoch eine Spende von 50 Euro für den Erhalt der Schwimmhalle. Im nahezu zeitgleich erschienenen Flugblatt unter dem Motto „Sport soll Sport bleiben“ schrieb die NPD: *„Wir wehren uns dagegen, dass eine unpolitische Benefizveranstaltung durch linke Politisierungsversuche kaputtgemacht wird.“*

NPD wie Freie Kameradschaften bedienen sich verschiedener Aktionsformen und Strategien, um die Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates zu propagieren und voranzutreiben. Im folgenden Artikel sollen die unterschiedlichen Strategien vorgestellt und beschrieben werden. Vorangestellt sei ein Zitat der Jugendorganisation der NPD, der Jungen Nationaldemokraten: *„Den Schwerpunkt unseres politischen Kampfes sehen wir in der Basisarbeit in den Städten, Landkreisen und Gemeinden. Im gemeinschaftlichen Wirken unserer Kameradinnen und Kameraden versuchen wir dort, unsere politischen Vorstellungen in weite Kreise der deutschen Jugend zu tragen. Nur wenn der Mehrheit der Jugend bewußt wird, daß es eine Alternative zum herrschenden System gibt, können politische Veränderungen in der Zukunft Realität werden.“*⁶⁴ Diese Äußerung macht deutlich: Die NPD hat die Jugend in den Städten und Dörfern im Blick und will durch Basisarbeit aktiv mit Jugendlichen (aber nicht nur mit dieser Altersgruppe) Stimmung gegen den demokratischen Staat und die Parteien machen. Dabei kann sie sich auf die Freien Kameradschaften stützen, die sehr aktionsorientiert und zunehmend politisiert agieren.

Mit Entstehen des Kameradschaftskonzeptes Mitte der 1990er Jahre bildeten sich in einigen Regionen Sachsens nahezu flächendeckend Kameradschaften heraus. Gruppierungen wie die „Skinheads Sächsische Schweiz“

(SSS), „Sturm 34“ aus Mittweida, der „Nationale Jugendblock Zittau e.V.“ oder die „Kameradschaft Oberlausitz e.V.“ wurden über den Freistaat hinaus bekannt. Trotz des zu beobachteten Rückgangs der Zahl solcher Zusammenschlüsse kommt bei gleichzeitigem Anstieg der Mitgliederzahlen in der Kameradschaftsszene noch immer rund ein Viertel aller rechtsextremen Kameradschaften aus Sachsen: Im Jahr 2006 waren es 39 von bundesweit 160. Als Ursache für den Rückgang führt der Sächsische Verfassungsschutzbericht⁶⁵ das Bemühen der Szene an, die Organisationsstrukturen weiter zu lockern. Angehörige der Kameradschaftsszene treten häufig nicht mehr als Mitglieder konkreter Gruppierungen auf, sondern agieren als sogenannte „Freie Kräfte“ oder unter Bezeichnungen wie „Freier Widerstand“ oder „Freie Nationalisten“. Die Kameradschaftsszene zeichnet sich durch eine revolutionäre Programmatik und eine nationalsozialistische Ideologie aus. Es gibt Regionen in Sachsen, in denen Kameradschaften nahezu die einzigen Anbieter für Jugend- und Freizeitaktivitäten sind. Aktionsformen wie Konzerte und Liederabende, Fußballturniere, Brauchtumpflege und Demonstrationen verbinden dabei den Drang der Jugendlichen nach subkulturellen Ausdrucksformen mit politischen Inhalten.

Konzerte und Liederabende

Wie Musik als strategisches Mittel einzusetzen ist, beschreibt der ehemalige Herausgeber der rechtsextremen Musikzeitschrift „Rock Nord“ und Neonazi-Aussteiger Torsten Lemmer: *„Mit der Musik kann man Jugendliche erreichen, die identifizieren sich damit. Und wenn die dann 30 sind, legen sie eventuell die Musik ab, aber die Inhalte nicht mehr. Und damit haben wir die Inhalte in die Leute transportiert, die dann älter werden, die Familienväter werden, bis dass diese Inhalte dann einmal der Erziehung beiwohnen. Und insoweit ist man dann über die Hintertür eines Tages salonfähig geworden, ohne dass es jemand möchte.“* Dieser Zielsetzung entsprechend verteilte die NPD in Sachsen zur Landtagswahl 2004 und zur Bundestagswahl 2005 die so genannte Schulhof-CD. Es handelt sich zum Teil um vertontes Parteiprogramm der NPD. Trotz des über das Kultusministerium und die Sächsischen Bildungsagenturen umfangreich zur Verfügung gestellten Materials nutzten nur wenige Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung. In der Sächsischen Schweiz ist namentlich die Mittelschule Königstein bekannt, an der die Musiklehrerin die Schulhof-CD zum Anlass für eine inhaltliche Diskussion nahm. Ein Schulleiter stellte mit dem Kommentar, er wolle „keine schlafenden Hunde wecken“, das Material nicht einmal zur Verfügung. Neben diesen kostenlosen CD-Verteil-Aktionen werden Liederabende und Konzerte angeboten. Gerade Konzerte scheinen eine besondere Wirkungsweise hervorzurufen, wobei das gemeinsame Erleben im Vordergrund steht.

Nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz wurden im Jahr 2006 in Sachsen 47 geplante rechtsextremistische Konzerte bekannt, von denen 40 durchgeführt wurden.⁶⁶ Die durchschnittliche Teilnehmerzahl lag bei etwa 130 Personen. Trotz eines Rückganges bewegen sich die Konzertzahlen auf hohem Niveau, ein Viertel der bundesweiten Konzerte finden in Sachsen statt.

Sportangebote

Ebenfalls zu den erlebnisorientierten Angeboten gehören die Organisation eigener Sportveranstaltungen, zumeist Fußballturniere, sowie die Teilnahme an Sportveranstaltungen demokratischer Akteure. Im Vergleich zu den Musikveranstaltungen ist diese Aktionsform eher generationsübergreifend. Als Beispiel sei ein Fußballturnier der NPD aus Reinhardtsdorf-Schöna in der Sächsischen Schweiz aus dem Frühjahr 2007 angeführt. Hier ist die NPD mit zwei Mitgliedern im Gemeinderat vertreten, hat eine aktive NPD-Ortsgruppe und kann sich auf eine aktive rechte Jugendszene stützen. Obwohl sich die Mehrheit im Gemeinderat und der Bürgermeister gegen die Nutzung des örtlichen Sport- und Freizeitzentrum für das NPD-Turnier ausgesprochen hatten, konnte die Veranstaltung aufgrund des Gleichbehandlungsgebotes (andere Parteien hatten in der Vergangenheit die Halle bereits genutzt) nicht verhindert werden. Der Bürgermeister wollte sich ein eigenes Bild machen. Was er sah, war aufschlussreich: Die Mannschaft des NPD-Gemeinderates trug T-Shirts mit der Aufschrift „Fit fürs Reich“. Der Bürgermeister machte dieses zur Schau getragene Bekenntnis öffentlich. Eine Diskussion im Heimatverein führte zum Ausschluss des NPD-Gemeinderates aus dem Vorstand des Heimatvereins. Später hörte der Bürgermeister den Vorwurf, er wäre doch der Einzige gewesen, der die T-Shirts gesehen hat. Hätte er das nicht öffentlich gemacht, wäre keine Unruhe entstanden, so die Meinung einiger Bürger.

Nicht immer wird für Außenstehende auf den ersten Blick ersichtlich, dass es sich um ein rechtsextremes Fußballturnier handelt. In der Vergangenheit erfolgten Anmeldungen für solche Veranstaltungen auch über Menschen, die eher durch Aktivitäten in Sportverbänden als in rechtsextremen Zusammenhängen wahrgenommen wurden.

Zunehmend versucht insbesondere die NPD, an Turnieren demokratischer Vereine teilzunehmen, um sich einem breiteren Publikum zu zeigen und ihrem scheinbaren Interesse am Gemeinwohl Ausdruck zu verleihen. Die NPD will provozieren und sich im Falle einer Ablehnung als Opfer präsentieren sowie die „Scheindemokraten“ und deren Toleranz entlarven. Der Ausschluss der NPD von Sportveranstaltungen wird von BürgerInnen und Vereinsmitgliedern nicht immer gutgeheißen. In Dörfern und kleinen Städten ist man häufig miteinander bekannt, hält die NPD für wenig gefährlich, weil sie nicht verboten ist, oder ist der Auffassung, Sport sei unpolitisch. Diese Begründung war auch

zu hören, als der Kreissportbund Riesa-Großenhain und die Junge Union für den 3. Oktober 2007 gemeinsam ein Fußballturnier unter dem Motto „Kicken für Toleranz und Demokratie“ veranstalteten, zu dem sich die Mannschaft des NPD-Kreisvorsitzenden unter dessen Namen anmeldete. Nicht alle Beteiligten hielten einen Ausschluss der Mannschaft für erforderlich, die Mehrheit entschied sich jedoch für eine klare Absage an die NPD.

Brauchtumpflege und Heimatschutz

Der Bezug zu Germanentum und Brauchtum spielt für die rechtsextreme Szene und Parteien eine große Rolle. Entsprechend werden Sonnenwendfeiern und Germanische Zehnkämpfe angeboten. Schwerpunktmäßig sind das eher Aktionsformen, die von den so genannten Freien Kameradschaften organisiert werden. In der ostsächsischen Kleinstadt Seiffhennersdorf organisiert die dortige „Kameradschaft



Der sog. Sachsentag der Jungen Nationaldemokraten 2006 in Dresden-Papritz bot nicht nur RechtsRock-Musik. Foto: recherche nord

Oberlausitz e.V.“, eine der ältesten Kameradschaften im Freistaat Sachsen, seit mindestens fünf Jahren einen „Germanischen Zehnkampf“ mit Axtwerfen und Baumstammweitwurf. In der Sächsischen Schweiz lud die dortige Kameradschaft jahrelang zur „Feldschlacht“ ein. Über derlei scheinbar unpolitische Aktionen werden Jugendliche angesprochen, gebunden – und politisiert. Für junge Menschen sind Gemeinschaftserlebnisse wichtig. Durch Lieder am Lagerfeuer, den Vortrag von Gedanken und Meinungen oder Tausch und Verkauf von CDs kann dieses Freizeitverhalten jedoch rechtsextrem „aufgeladen“ werden. Ein Beispiel belegt eindrucksvoll die Reichweite dieser Strategie: Die Mutter eines 16-jährigen Sohnes erzählt stolz dem Leiter der örtlichen Schule, dass ihr Sohn am Wochenende an der Sonnenwendfeier der Kameradschaft in Seiffhennersdorf teilnehmen und dort sogar einen Treueschwur aufsagen durfte. Zuvor sei es ihm schwergefallen, Texte auswendig zu lernen und sich zu artikulieren. Damit hat die rechtsextreme Kameradschaft geschafft, was andere in der kleinen Stadt nicht schafften: Das Gefühl zu vermitteln, gebraucht zu werden. Wie schwer ist es angesichts dessen, der stolzen Mutter argumentativ entgegen zu treten?

Mit dem Aufgreifen heimatgeschichtlicher Themen knüpft die NPD an die Verbundenheit der Menschen mit ihrer Region und ihrem Dorf an. In einer komplizierter werdenden Gesellschaft geben der Bezug auf den Nahraum, die Identifikation mit dem eigenen Dorf und seiner Geschichte den Menschen ein Stück Sicherheit und sind ein wesentlicher Teil der eigenen Identität. Dies nutzt auch die NPD. So veröffentlichte beispielsweise die NPD-Ortsgruppe Reinhardtsdorf-Schöna einen „Nachruf“ für die auf dem Zschirnstein im Frühjahr 2007 eingegangene sogenannte Opfereiche.

Demonstrationen

„Zukunft und Heimat sichern. Gegen Kapitalismus und Globalisierung“, so lautete das Motto einer Demonstration in Freital am 1. Mai 2006. Wieder taucht der Heimatbegriff auf, diesmal in Zusammenhang mit dem von der NPD ausgegebenen „Kampf um die Straße“. Historische Tage und aktuelle Anlässe bieten gleichermaßen den Hintergrund für geschichtsrevisionistische, kapitalismus- und globalisierungskritische Themen. An der Freitaler Demonstration, die ein Teil zahlreicher dezentraler Aktivitäten der parteigebundenen wie freien rechtsextremen Kräfte zum 1. Mai war, beteiligten sich rund 70 zu meist jugendliche Rechtsextremisten. Im Rahmen der Abschlusskundgebung richteten sie ihr Hauptaugenmerk auf den Verkauf des örtlichen Krankenhauses. Thematisch gab es die Einbindung in die Antikapitalismuskampagne der Rechtsextremen. Die Demonstranten konnten sich somit als Teil eines „größeren Ganzen“ fühlen. Gleichzeitig hatten sie den regionalen Bezug, sie kamen aus dem Ort bzw. der unmittelbaren Umgebung und setzten mit ihrer Kapitalismuskritik an ortsspezifischen Problemen an. Freie Kräfte, die mit der rechtsextremen NPD wenig zu tun haben möchten, konnten sich genauso aufgehoben und angesprochen fühlen wie junge Nachwuchskader der Partei. Ein Jahr später hatten in Freital am 1. Mai 2007 ein breites Bündnis demokratischer Parteien und einige Vereine zu einem Demokratiefest aufgerufen. Nachdem dieses beendet war, versammelten sich Rechtsextremisten unter Führung des NPD-Kreisvorsitzenden zu einer Spontandemonstration, eine Form, die in der letzten Zeit immer mehr Zuspruch fand. So gab es neben dieser unangemeldeten Demonstration mindestens drei weitere im Freistaat Sachsen. Rund 200 Rechtsextremisten aus Brandenburg und Sachsen demonstrierten unangemeldet in zeitlich enger Abfolge in Roßwein, Riesa und Oschatz. Die spontanen Aktionen in den verschiedenen Städten zeigen die gute Vernetzung und hohe Mobilität der Rechtsextremisten. Die Aktionsform wird gewählt, um zivilgesellschaftliche Proteste und Behinderungen zu umgehen und behördliches Vorgehen zu verhindern. Zudem befriedigen Spontandemonstrationen den Drang nach Abenteuer und Erlebnis und den Wunsch, Neues zu testen.

Wortergreifungsstrategie

Seit dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Herbst 2004 geben sich die Rechtsextremen selbstbewusster. Dies zeigt sich in der Umsetzung der Wortergreifungsstrategie, die die Möglichkeit bietet, diejenigen Teile der NPD zu befriedigen, die eine Normalisierung der Partei vorantreiben wollen: Man zeigt Präsenz in öffentlichen Veranstaltungen und muss sich als Mitglied einer zugelassenen Partei nicht verstecken. Gleichzeitig kommt sie den Wünschen der Freien Kräfte nach eher aktionsorientierten Formen entgegen – ein Spagat, der bei anderen Aktionsformen eher schwer reali-

sierbar ist.

Nicht immer gelingt es, durch klare Absprachen (Antidiskriminierungsregel, Moderation der Veranstaltung oder geeignete Akteure)⁶⁷ die Wortergreifungsstrategie zu durchkreuzen. So hatte im Spätherbst 2006 die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Freital zu einem Diskussionsabend zum Thema „Frauen und Rechtsextremismus“ eingeladen. Für den einfüh-



Das Bürgerfrühstück der Bürgerinitiative Pieschen gegen Rechts aus Dresden wurde von Rechtsextremen gestört. Foto: Bürgerinitiative Pieschen gegen Rechts.

renden Vortrag war eine Mitarbeiterin des Kulturbüro Sachsen e.V. eingeladen worden. Deutlich vor Beginn der Veranstaltung betreten Gitta Schübler, NPD-Landtagsabgeordnete und Mitbegründerin des Rings Nationaler Frauen sowie der NPD-Kreisvorsitzende Dirk Abraham den Raum. Beide waren der Referentin und anderen Anwesenden namentlich bekannt und wurden nach Beginn der Veranstaltung und dem Verlesen der Antidiskriminierungsregel um Verlassen des Raumes gebeten. Nach kurzer Diskussion leisteten sie der Aufforderung Folge. Weitere, nicht namentlich bekannte Personen, zum größten Teil jüngere Frauen, gehörten indes, wie in der Diskussion und späteren Internetbeiträgen deutlich wurde, ebenfalls zur rechtsextremen Szene. Sie vertraten offensiv rechtsextreme Positionen und stellten die „gefühlte“ Mehrheit im Raum, da sich andere Frauen nicht zu Wort meldeten, sondern eher in einer Art Beobachterrolle den „Schlagabtausch“ zwischen den rechtsextremen Besucherinnen und der Referentin verfolgten. Die Anwesenheit der Rechtsextremen verhinderte den Austausch von Argumenten und das Ringen um Positionen. Sie versuchten, den Abend zu dominieren, indem sie Themen wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ immer wieder aufs

Neue einbrachten. Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass sich die Veranstalter über das Ziel der Veranstaltung verständigen. Bereits vorab sollte klar sein, mit wem sie ins Gespräch kommen wollen, worin der persönliche Gewinn der Veranstaltung gesehen wird und wie Menschen geschützt sind, die Betroffene rechter Gewalt sind.

Hegemonie

Rechtsextremisten wollen eine Hegemonie beanspruchen und herstellen, sei es durch das Auftreten in Veranstaltungen, in denen versucht wird, die Wort- und Deutungshoheit zu erlangen, sei es durch Versuche, in Gemeinden und Städten Themen und Plätze zu besetzen. Häufig sind solche Versuche in Jugendclubs zu beobachten – ganz gleich, ob diese sozialarbeiterisch betreut sind oder nicht. Rechtsextreme Jugendliche bringen einschlägige CDs mit, verbreiten menschenverachtende, rassistische Sprüche oder tragen Szene-Kleidung, alles mit dem Ziel, im Club einen Platz zu erlangen. Zu beobachten ist auch, dass sich rechtsorientierte Jugendliche in den Clubrat wählen lassen, um ihre Gruppe zu vertreten. Gibt es keinen oder nur geringen Widerstand bei nichtrechten Jugendlichen oder den Trägern der Jugendarbeit in einem Club, kann ein solcher Jugendclub rasch zum Domizil einer rechtsextremen Clique werden. Vor solchen Übernahmeversuchen schützen nur eine klare Hausordnung und Menschen, die diese auch vertreten und durchsetzen.

Dieser Hegemonieanspruch ist übertragbar auf den öffentlichen Raum: Bushaltestellen, öffentliche Plätze oder Hausaufgänge, an denen sich Cliquen bilden, die dort das Sagen haben oder Angst verbreiten. Dabei spielt Kleidung eine nicht zu unterschätzende Rolle: Sie trägt zur Bildung von Gruppen und damit zur Demonstration von Zugehörigkeit oder zur Abgrenzung und Nicht-Zugehörigkeit andererseits bei. Ein erschütterndes Beispiel bietet der Tod von Alberto Adriano, der in der Nacht vom 10. auf den 11. Juni 2000 von betrunkenen Neonazis im Dessauer Stadtpark wegen seiner dunklen Hautfarbe zusammengeschlagen wurde und drei Tage später im Krankenhaus starb. Die Neonazis hatten sich untereinander teils nicht gekannt, sich aber, nachdem sie am Bahnhof ihre Züge verpasst hatten, an ihrer szenetypischen Kleidung der Marke Consdaple erkannt, deren Name so gewählt wurde, dass er die Buchstabenfolge NSDAP enthält. Geschaffen wurde sie vom Betreiber des Patria-Versandes, der selbst auch Funktionär der NPD in Oberbayern ist.

Wie schwer es für viele Bürgerinnen und Bürger ist, die NPD zu erkennen und rechtsextreme Aussagen zu identifizieren, zeigt ein weiteres Beispiel: Beim Faschingsumzug 2007 in einer sächsischen Kleinstadt erschien ein Wagen mit einer Figur des US-Präsidenten George W. Bush und dem Slogan

„Heute USA Morgen die Welt – USA internationale Völkermordzentrale“. Niemandem schien aufgefallen zu sein, dass dieser Slogan häufig bei rechtsextremen Demonstrationen benutzt wird und es eine CD der Neonaziband „Hauptkampflinie“ mit einem solchen Titel gibt.

Diese Beispiele machen deutlich: Die Formen von Rechtsextremismus sind unterschiedlich und für manchen schwer erkennbar. Rechtsextreme scheuen sich nicht, in Vereine zu gehen oder an Festen der Gemeinden und Städte teilzunehmen. Schließlich ist es politische Strategie der Rechtsextremen, sich kommunal zu verankern, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden und das als „Normalisierung“ darzustellen. Durch aktive Mitarbeit in Vereinen suchen sie Akzeptanz im Gemeinwesen zu erheischen. Ob Heimatverein, Fußballverein, Tourismusverein, Karnevalsverein oder Freiwillige Feuerwehr – vor rechtsextremen Aktivitäten schützen nur klare Positionen und das Verdeutlichen von Toleranzgrenzen. Voraussetzung dafür sind die Fähigkeit zum Erkennen rechtsextremer Meinungen und Aktivitäten sowie der Wille, etwas dagegen zu tun.

5. „Es ist das Klima, das wir verändern müssen...“

Die Situation von Betroffenen rechtsextremer Gewalt in Sachsen

Juliane Wetendorf, RAA Sachsen e.V.

Mehr als 15 Jahre liegt nun die Wende zurück, in deren Folge es auch in Sachsen zu einer Welle rassistischer Gewalt kam. Noch in den 1990er Jahren glaubten viele, dass es sich bei den Gewalttätern um Wendeverlierer handeln und dieses Phänomen nach und nach verschwinden würde. Doch das Gegenteil ist eingetreten. Vom Pogrom in Hoyerswerda 1991 bis zur Hetzjagd auf Inder in Mügeln 2007 ist in Sachsen kaum eine Woche ohne rassistische Gewalt vergangen. Die Gewalt von rechts hat sich etabliert und in den letzten Jahren sogar noch zugenommen, wie aus den Statistiken der sächsischen Opferberatungsstellen hervorgeht.⁶⁸

Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt ist bitter nötig, denn Sachsen verfügt über eine etablierte und differenzierte rechtsextreme Szene. Der seitens der NPD propagierte Kampf um die Straße beinhaltet immer auch Gewalt gegen Andersdenkende, Andersaussehende und Andersliebende. Längst haben sich in Sachsen anpassungsfähige rechtsextreme Milieus etabliert, deren Angehörige ihre Militanz erschreckend oft im Sinne der oben genannten Strategie unter Beweis stellen. Darunter leiden besonders zwei Opfergruppen. Zum einen handelt es sich um Menschen, die aus einer rassistischen Tatmotivation heraus angegriffen werden. Daneben sind es Menschen, die alternativen Milieus entstammen oder von ihren rechtsextremen Peinigern solchen Milieus zugerechnet werden.

Rechtsextreme Gewalt in Sachsen – die Situation

Die sächsischen Opferberatungsstellen zählten im Jahr 2007 insgesamt 306 rechtsextrem motivierte Übergriffe, von denen 402 Personen direkt betroffen waren. Mit Blick auf die Vorjahre (2006: 208 Übergriffe; 2005: 168 Übergriffe) muss leider von einem kontinuierlichen und starken Anstieg rechtsextremer Gewalt in den vergangenen Jahren gesprochen werden. Mit durchschnittlich 6 Übergriffen pro Woche im Jahr 2007 weist Sachsen damit weiterhin die höchste Zahl rechtsextremer Gewalttaten in den neuen Bundesländern und Berlin auf.⁶⁹ Diese Zahl umfasst ausschließlich Gewalttaten, Vorfälle von Diskriminierungen und Beleidigungen sind nicht aufgenommen. Bei 90 Prozent der Übergriffe handelt es sich um Körperverletzungsdelikte. Die Täter schlagen meist spontan und fast immer im öffentlichen Raum zu. So entstehen für potenzielle Opfergruppen Angstzonen. Alternative Jugendliche wissen oft ganz genau, welches Volksfest und welche Diskothek sie besser meiden,

um nicht Gefahr für Leib und manchmal sogar Leben ausgesetzt zu sein. Auch jeder Mensch mit dunkler Hautfarbe in Sachsen weiß von Situationen rassistischer Diskriminierung zu berichten. Oftmals bleiben diese Demütigungen unterhalb der Schwelle der körperlichen Gewalt, aber sie prägen das Lebensgefühl und die Lebensqualität der Betroffenen. Für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus ist die Situation nach einem Übergriff oft noch problematischer. Sie verfügen kaum über Ressourcen zur Verarbeitung der Tatfolgen, da ihr alltägliches Leben von einer ungesicherten Perspektive geprägt ist und sie oft eine Abschiebung zu befürchten haben.

Wie in anderen Kriminalitätsbereichen muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, da viele Betroffene sich weder an die Polizei noch an eine Beratungsstelle wenden. Die Gründe hierfür sind verschieden: Angst vor weiteren Repressalien, Scham, schlechte Erfahrungen mit den Strafverfolgungsbehörden. So nachvollziehbar diese Gründe im Einzelnen sind, stärkt aber jeder nicht verfolgte Übergriff rechtsextreme Täter in ihrer Motivation und in ihrem Handeln. Die Angst der (potenziellen) Opfer gibt den Tätern und ihrem Umfeld Macht. Sie fühlen sich ermutigt, erneut zuzuschlagen, um missliebige Personengruppen nach und nach aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Denn das ist das Ziel rechtsextremer Gewalttäter: Hegemonie zu erlangen, um ihrem menschenverachtenden Weltbild Geltung zu verschaffen.

Zutreffend ist, dass sich die Wahrnehmung des Phänomens rechter Gewalt in den letzten Jahren verbessert hat. Es ist leichter geworden, die Perspektive der Betroffenen in den Medien darzustellen. Die Justiz nennt das Problem stärker als in den 1990er Jahren beim Namen und erkennt die politische Dimension rechter Gewalttaten an. Viele Initiativen erhalten finanzielle Unterstützung durch den Freistaat, weil sie sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren. Das alles erleichtert die Arbeit der Opferberatungsstellen. Dennoch bleibt festzustellen: Rechte Gewalt ist in Sachsen zur Normalität geworden, die Solidarisierung mit den Betroffenen leider nicht. Eine positive Prognose kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben werden. Die Gesellschaft muss erkennen, dass jeder Übergriff einerseits die Rechtsextremen stärkt und andererseits Betroffene hinterlässt, die oft lange Zeit brauchen, um die angstvollen Momente der Erniedrigung zu verarbeiten. Das Klima, in dem die Übergriffe geschehen, muss verändert werden.

Ein Fallbeispiel

J. ist gelernter Koch, momentan aber arbeitsunfähig. Der 35-jährige Ehemann und fünffache Vater leidet unter Angstzuständen; vor allem fremde Männer auf der Straße lösen Stress in ihm aus. J. vermeidet es, sich außerhalb seiner Wohnung zu bewegen. Nach psychologischer Diagnose ist die Ursache für die Situation des Mannes eine Gewalttat, die sieben Monate zurückliegt.

J., der seit zwölf Jahren in Deutschland lebt, wurde dabei Opfer einer rechts-extremen Gewalttat in Dresden. Als er eines Abends gemeinsam mit einem Bekannten die Straßenbahn nutzt, beschimpft ihn eine Gruppe alkoholierter Fahrgäste: „Kakerlake!“ und „Ausländer raus!“ werden gerufen. Dadurch verunsichert, möchte J. die Straßenbahn verlassen. Am Ausgang greifen ihn zwei junge Männer aus der siebenköpfigen Gruppe an. Sie schlagen mit Fäusten gegen sein Gesicht und seinen Oberkörper. Eine volle Bierflasche zerschellt an seinem Kopf, eine weitere wird nach ihm geworfen. Das Opfer erleidet Blutergüsse sowie Schnittwunden an der Nase und im weiteren Gesichtsbereich, die teils genäht werden müssen. Die rechtsextreme Gewalttat ist bereits die zweite, die der Mann in Sachsen erlebt. Vor acht Jahren wurde er in einer Kleinstadt in der Nähe von Dresden angegriffen.

Kriterien für einen konstruktiven Umgang mit Betroffenen rechts-extremer Gewalt

Mit der Darstellung eines Fallbeispiels ist es nicht möglich, alle Umstände aufzuzeigen, mit denen Betroffene rechter Gewalt konfrontiert sind. Im Folgenden werden daher weitere Problemlagen aufgeführt, die in der Beratungspraxis regelmäßig deutlich werden. Entsprechende Kriterien werden benannt, die für einen konstruktiven Umgang mit Betroffenen Umsetzung finden müssen.

Solidarisierung und Unterstützung aus dem sozialen Umfeld

Im Fallbeispiel wird deutlich, dass die erfahrene Ablehnung und Gewalt zu einem grundsätzlichen Vertrauensverlust in die soziale Umgebung, zur Desintegration der Betroffenen, führen kann. Familie J. erfuhr keine Unterstützung durch ihre Umgebung – eine Situation, die aus Sicht der Beratungsprojekte die meisten Angegriffenen teilen. Findet eine Reaktion auf rechtsextreme Übergriffe statt, dann oft in Form öffentlicher Diskussionen. Einerseits wird dabei das Verhalten der Täter thematisiert. Die Frage nach der Tatursache steht dann im Mittelpunkt und verdrängt die Situation der Betroffenen aus dem Blickfeld. Andererseits wird in den Debatten regelmäßig die Schuldfrage umgekehrt oder ein Stigma als „rechtsextremer Ort“ abgewehrt. Selbst für schwerste Körperverletzungen und Demütigungen werden Rechtfertigungsgründe benannt. Die Schwere der Übergriffe wird relativiert.

Erfahren die Opfer praktische Unterstützung, deutliche Anteilnahme und bekommen den Rücken gestärkt, können die Taten leichter verarbeitet werden, und das Gefühl des Ausgegrenztseins wird gemildert. Das mögliche Gefühl, das Umfeld toleriere die rechtsextremen Taten, stellt sich nicht ein, wenn sich Nachbarn, Arbeitskollegen und Verantwortungsträger positio-

nieren und den (potentiell) Betroffenen ihre Unterstützung anbieten. Für einen konstruktiven Umgang mit den Betroffenen ist daher unbedingt eine direkte Solidarisierung mit den Angegriffenen nötig.

Verlauf von Polizeieinsätzen

Obwohl viele Polizeieinsätze positiv verlaufen, führen missglückte Aktionen oft zu zusätzlicher Enttäuschung. So berichten Betroffene rechtsextremer Gewalt, dass die Polizei in einer Notsituation gerufen wird, jedoch erst sehr viel später am Tatort erscheint, dass Polizisten den Vorfall bagatellisieren oder dass die Aufnahme der Strafanzeige verweigert wird. In der Folge fühlen sich die Betroffenen den Angreifern ausgeliefert, ohne Schutz und Gerechtigkeit erwarten zu können. Ein distanzierteres Verhältnis zu Polizei und Justiz entsteht und erklärt unter anderem die häufig ausbleibenden Anzeigen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Polizei einem klaren gesetzlichen Auftrag folgt. Dieser ist ohne willkürliche und weitgehend ohne subjektive Entscheidungen auszuführen. Insbesondere liegen die Entscheidungen bezüglich strafrechtlicher Relevanz nicht in den Händen der Polizei, sondern in der Verantwortung der Staatsanwaltschaft.

Ein hinreichendes polizeiliches Erfassungssystem

Seit 2001 findet das polizeiliche Erfassungssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ Anwendung. Hiernach gilt eine Tat als politisch rechtsmotiviert, *„wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse,⁷⁰ Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet.“*⁷¹ Ganz grundsätzlich deckt sich diese Definition einer rechtsmotivierten Tat mit dem Verständnis der Beratungsstellen. Dennoch weichen die Einordnungen rechter Gewaltübergriffe erheblich voneinander ab. Eine Ursache hierfür vermuten die Beratungsstellen darin, dass bei der Einordnung vom Täter ausgegangen wird. In der Folge werden rechte Gewalttaten nicht als diese anerkannt und als gewöhnliche Kriminalität betrachtet. Die subjektive Wahrnehmung der Betroffenen wird regelmäßig nicht berücksichtigt. Um Betroffene in ihrer Situation ernst zu nehmen, ist es unseres Erachtens jedoch dringend notwendig, ihre Einschätzung zu erfragen. In anderen europäischen Ländern, wie etwa in Großbritannien, findet die Sicht der Geschädigten eine wesentlich höhere Beachtung. Als rassistisch definiert die Polizei hier *„jeden Vorfall, der vom Opfer oder einer anderen Person als rassistisch wahrgenommen wird“*.⁷² Gibt der Betroffene an, für ihn sei die Tat rassistisch motiviert, so ist die Polizei verpflichtet, diese Ersteinstufung zu übernehmen und die Tatumstände daraufhin zu untersuchen. Auf europäischer Ebene bewertet das European Mo-

monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) diese Praxis als vorbildlich und richtete eine entsprechende Forderung an alle EU-Staaten. Leider gibt es in der Bundesrepublik bisher keine Resonanz.

Gewaltdelikte im Fokus: Eine Verengung der Thematik

Wenn über Rechtsextremismus in Sachsen gesprochen wird, so wäre es zu kurz gegriffen, wenn dies vorrangig anhand der Gewalttaten geschieht. Denn betont werden muss: Rechtsextreme Übergriffe sind für weite Teile der Bevölkerung als unrechtmäßig erkennbar – die Programmatik des heutigen Rechtsextremismus aber entspricht weitgehend dem gesellschaftlichen Mainstream. Rassistische, homophobe oder sozialdarwinistische Einstellungen sind in allen Bevölkerungs- und Altersgruppen stark vertreten und gesellschaftsfähig.⁷³ In der Folge können Personen, welche die Herabwürdigung Einzelner nicht tolerieren, ebenfalls von Ausgrenzung betroffen sein. Eine Lehrerin, die wiederholt das Tragen von Kleidung der Marke Thor Steinar in Unterricht und Dienstbesprechung kritisiert, kann belächelt oder gar gemobbt werden. Ein Bürger, der sich an der scheinbar selbstverständlichen Bezeichnung „Fidschi“ stößt, löst Irritation aus. Grundvoraussetzung für einen konstruktiven Umgang mit Betroffenen rechtsextremer Gewalt ist also, Rechtsextremismus nicht allein an Gewaltübergriffen festzumachen. Es handelt sich nicht um ein Problem eines (konstruierten) extremen Randes, sondern fußt auf der weit verbreiteten Vorstellung einer Ungleichwertigkeit und auf einem menschenfeindlichen Verständnis des Begriffes „Toleranz“. Rechtsextremismus muss als gesamtgesellschaftliche Problematik begriffen werden.

Fazit

In Sachsen haben seit 1990 elf Menschen ihr Leben nach rechtsextremen und rassistischen Übergriffen verloren, bundesweit starben 141 Personen.⁷⁵ Zahlreiche rechtsmotivierte Übergriffe bleiben im Dunkeln, Experten beziffern den Wert des Dunkelfeldes auf 75 %.⁷⁶ Fälle rassistischer Diskriminierung halten sich in Sachsen auf bedenklich hohem Niveau. Der Alltag zahlreicher Migrantinnen und Migranten oder Menschen mit dunkler Hautfarbe ist geprägt durch Diskriminierungen im nachbarschaftlichen Umfeld, in der Schule oder im Beruf, beim Einlass in die Disco, bei der Wohnungssuche sowie im Umgang mit Behörden und Ämtern. Um Geschädigten und potenziell Betroffenen rechtsextremer Gewalt konstruktiv zu begegnen, müssen Perspektivwechsel vollzogen werden. Zum einen gilt es, den Rechtsextremismus als Problem der gesamten Gesellschaft zu begreifen. Zudem muss die subjektive Sicht der Betroffenen ins Blickfeld gerückt werden. Ein verändertes Verständnis der Problematik des Rechtsextremismus geht einher mit einem emanzipierten Verständnis des Betroffenenbegriffes. Nicht alle Menschen,

die rechtsextreme Gewaltübergriffe erfahren haben, erleben sich als Opfer, auch wenn sie Beratung in Anspruch nehmen. Der Prozess des „zum Opfer Werdens“ (Viktimisierung) wird durch verschiedene Faktoren befördert. Hierzu tragen neben der Gewalterfahrung, den Reaktionen auf das Erlebte und den Zuschreibungen vor allem strukturelle Benachteiligungen von Betroffenen bei.

Um diesen Kriterien gerecht werden zu können, muss sich insbesondere die Sicht auf Betroffene rechtsextremer Gewalt ändern. Weder sollte das klassische Opferbild einer geschwächten, passiven Person bedient werden, noch sollte ihnen im Umkehrschluss eine eigene Schuld oder die übertriebene Darstellung des Geschehenen unterstellt werden. Misstrauen gegenüber den Aussagen der Betroffenen sowie versteckte oder offene Schuldzuweisungen können zu einer erneuten Traumatisierung führen. Es ist eine grundlegende Voraussetzung für den Umgang mit Betroffenen rechtsextremer Gewalt, deren subjektive Bewertung des Geschehens anzuerkennen und bei der Analyse der Situation von ihren Wahrnehmungen und Äußerungen auszugehen.

Fußnoten

- 15 Vgl. u.a. Brähler / Decker: Vom Rand zur Mitte (2006); Ein Blick in die Mitte (2008). Die Studien erforschten in den Jahren 2002–2007 politische Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in der BRD.
- 16 Brähler/Decker (2006): Vom Rand zur Mitte, S. 32.
- 17 Die Formulierung lautete: „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“, ebd., S.33.
- 18 Hier lautete die Aussage: „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“, ebd., S. 34.
- 19 Backes (2008): Aktuelle Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland, www.bpp.de
- 20 Stöss (2001): Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, In: Schubarth/Stöss (2001): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz.
- 21 Ebd.
- 22 Vgl. „Politisches Lexikon“ der NPD, www.npd.de (Bezug auf Hans F. K. Günther, einem der führenden Rasse-Ideologen der NS-Diktatur).
- 23 Propagandaslogan der NSDAP, der im Nationalsozialismus immer wieder auf Reichsparteitagen und in der Erziehung junger Menschen verwendet wurde.
- 24 Brähler/Decker (2006): Vom Rand zur Mitte, S. 33.
- 25 Vgl. Deutsche Stimme, Nr. 5/2007, S. 20.
- 26 Vgl. Europaprogramm der NPD, www.npd.de
- 27 Vgl. Programmtext „Wiederherstellung der Volkssouveränität!“, www.npd.de
- 28 NPD-Parteiprogramm, 10. Auflage Dez. 2004, www.npd.de
- 29 Voigt (1998): Lagertheorien sind veraltet. In: Deutsche Stimme, 23. Jahrgang, Ausgabe 7/98, S. 2.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Ptak (1999): Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. In: Mecklenburg (Hg.) (1999): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft.
- 33 Stöss (2007): Rechtsextremismus im Wandel, S. 25ff.
- 34 Kühnen war einer der bekanntesten und wichtigsten Exponenten des militanten Neofaschismus und maßgeblich am Aufbau militanter Neonazi-Strukturen in der BRD der 1970er und 1980er Jahre beteiligt. Durch provokante und geschickte Medienpolitik – „Bevor man beliebt werden kann, muß man erst bekannt sein!“ (Zitat Kühnen) – verschaffte er sich und seinen Organisationen Öffentlichkeit. Obwohl Kühnen im rechten Spektrum umstritten war, verfügte er über Kontakte in nahezu alle neofaschistischen Kreise im In- und Ausland.
- 35 Zimmerling (1990): Neue Chronik DDR, Teil 1, S. 45.
- 36 Bugiel (2002): Rechtsextremismus in der DDR, S. 80.
- 37 Vgl. Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen. In: Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie, 2/1991.
- 38 Begriff/Weber (2007): Warum Angsträume mehr sind als No-Go-Areas. In: Heitmeyer (Hg.) (2007): Deutsche Zustände, Folge 5, S. 265.
- 39 Die Mitgliederzahlen für 2007 variieren: während der sächsische Verfassungsschutz von 850 NPD-Mitgliedern in Sachsen ausgeht, spricht die sächsische NPD von 1000 Mitgliedern.
- 40 Gansel ist ehemaliges CDU-Mitglied und Alter Herr der Burschenschaft Dresdensia-Rugia zu Gießen. Er trat später der NPD in Hessen bei und wurde Mitglied der rechtsextremen „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG). Heute ist er Abgeordneter und bildungspolitischer Sprecher der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen sowie Redakteur des Parteiblatts „Deutsche Stimme“.
- 41 Gansel (2005) Wesen und Wollen der „Dresdner Schule, www.npd.de
- 42 NPD-Parteivorstand (1999): Das strategische Konzept der NPD. Grundgedanken. In: Apfel (1999): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, S. 469–475.
- 43 Voigt in seiner Rede auf dem Leinefelder NPD-Parteitag 2004.
- 44 Sticks / Heitmeyer (2002–2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen, S.23
- 45 Vgl. „Politisches Lexikon“ der NPD, www.npd-sachsen.de
- 46 Vgl. „Aktionsprogramm der NPD“, www.npd-sachsen.de
- 47 Vgl. Eitner (1991): Hitlers Deutsche – Das Ende eines Tabus, S. 330
- 48 Vgl. „Aktionsprogramm der NPD“, www.npd-sachsen.de
- 49 ebd.
- 50 ebd.

- 51 Sachsenlandkurier 11/03, S. 548, Robert Clemen, MdL CDU
- 52 NPD-Parteiprogramm, 10. Aufl., Dezember 2004, www.npd.de
- 53 Sachsenlandkurier 11/03, S. 554, Ronald Weckesser, MdL PDS
- 54 National-Zeitung Nr. 35/2005, DVU-Parteizeitung
- 55 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2004): Rechtsextremistische Jugendszenen Sachsen
- 56 Vgl. Impulsreferat von Dr. Renate Bitzan im Rahmen der Tagung „Brave Mädels und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus“, Friedrich-Ebert-Stiftung, 23.1.2008, www.fes.de/rechtsextremismus
- 57 Vgl. Jungle World 15/2005: Auftritt von rechts, www.jungle-world.com
- 58 taz, 03.05.2005
- 59 Vgl. Webseite der GDF, www.g-d-f.de
- 60 Wagner (2000): Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern. In: APUZ, B 39/2000.
- 61 Einen umfassenden Einstieg in Symbolik, Dresscode und Zahlensymbolen der rechten Szene findet sich unter www.dasversteckspiel.de sowie im Faltblatt „Das sieht verboten aus!“ der Aktion Zivilcourage Pirna, www.aktion-zivilcourage.de
- 62 Loh/Güngör (2001): Fear of a Kanak Planet – Hip Hop zwischen Weltkultur und Nazi-Rap, S.287 f.
- 63 Büsser (2002): Neue deutsche Härte – Nationalisierung durch Musik.
- 64 Vgl. www.jn-buvo.de
- 65 Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Verfassungsschutzbericht 2005, S. 21f.
- 66 Ebd., S. 16.
- 67 Vgl. dazu auch die Checkliste Veranstaltungen in Kap. III dieser Handreichung.
- 68 In Sachsen waren die Opferberatungsprojekte bis 2008 bei zwei Trägern angesiedelt, der RAA Sachsen e.V. und AMAL e.V. Seit Frühjahr 2008 bietet allein die RAA Beratung auf professionell-hauptamtlicher Basis an. AMAL musste aufgrund der abgelehnten Förderung seine bisherige Arbeit einstellen. Das bedeutet einen deutlichen Einschnitt für die kritische Zivilgesellschaft und speziell für die Opferberatung in Sachsen.
- 69 Dies ergeben statistische Erhebungen aller in den neuen Bundesländer und Berlin arbeitenden Opferberatungsprojekte.
- 70 Der Begriff der „Rasse“ ist wissenschaftlich widerlegt und durch die Erfahrung des Nationalsozialismus politisch diskreditiert. Vgl. „Statement on the nature of race and race – differences by physical anthropologists and genetics“ der UNESCO Expertenkommission von 1950.
- 71 Bundesamt für Verfassungsschutz.
- 72 Stephen-Lawrence-Enquiry, 1999.
- 73 Vgl. Kap. „Aus der Mitte der Gesellschaft: rechtsextreme Einstellungen“ in dieser Handreichung sowie Stichs (2006): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002-2005).
- 74 www.mut-gegen-rechte-gewalt.de
- 75 Wetzels/Fabian/Danner (2001): Fremdenfeindliche Einstellungen unter Jugendlichen in Leipzig. Leipziger Beiträge zur Sozialen Arbeit.

3

D

as betrifft uns Christen
doch gar nicht. Oder?

Leitfaden für Kirchengemeinden
zum Umgang mit besonderen
rechtsextremen Ereignissen



3 Einleitung

*Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e.V. / Christian Kurzke,
Evangelische Akademie Meißen*

Der folgende Abschnitt verdeutlicht, wie vielfältig Begegnungen und Erfahrungen mit Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sein können. Spätestens hier wird eindrücklich dargestellt, dass Kirche, Kirchengebäude und ChristInnen eben auch Begegnungen und Erfahrungen mit Rechtsextremen und rechtsorientierten Gedankengut haben. Sowohl innerhalb der eigenen Gemeinde, wie auch im gesellschaftlichen Umfeld. Nicht hinschauen, nicht hinzuhören, nicht Widerspruch zu leisten, nicht zu handeln – all dies kann keine Option für ChristInnen sein (vgl. theologische Grundlegung in Kap. 1). Kirche und ChristInnen sind involviert, entweder als Betroffene von rechtsextremen Handlungen und Gewalttaten, oder als Mitmenschen, die sich zu Unrecht und Diskriminierung im Alltag des gesellschaftlichen Umfeldes positionieren müssen. Im Folgenden finden Sie Anregungen für Ihr Handeln und Auftreten in ganz bestimmten Situationen und Begegnungen mit dem Problem Rechtsextremismus. Diese Anregungen beruhen auf langjährigen Erfahrungen aus der Praxis und sind bereits vielfältig erprobt und umgesetzt worden.

1. Nächstenliebe verlangt klare Positionen*

Dr. Harald Lamprecht, Sektenbeauftragter der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Rechtsextreme Vorfälle finden vor Ort und vor aller Augen statt. Sie fordern die Reaktion des demokratischen Gemeinwesens, aber auch der Kirche heraus. Jeder einzelne Christ ist von seinem Glauben her gefordert, Hass und Gewalt entgegenzutreten (Vgl. Kap. 1). Das erfordert manchmal Mut und fängt schon im Kleinen an. Die Kirchgemeinden haben darüber hinaus innerhalb des demokratischen Gemeinwesens einer Kommune bzw. Region eine wichtige Funktion. Dieser kurze Leitfaden gibt Hinweise zum Umgang mit unterschiedlichen Facetten der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus.

Hinweise zur Prävention

Freizeitangebote

Gerade in ländlichen Regionen ist es für die rechtsextreme Szene einfach, freizeitorientierte jugendkulturelle Angebote zu unterbreiten, die eine Verankerung in der örtlichen Alltagskultur aufweisen. Dazu zählen Fußballturniere, Konzerte, Aufmärsche und sogenannte Kameradschaftsabende. Dem ist nur sinnvoll entgegenzutreten, wenn Kommune, freie Träger und Kirche ein attraktives Alternativangebot unterbreiten können. Jegliche Form inhaltlicher und verbandlicher Jugendarbeit hat eine wichtige präventive Funktion und sollte daher unbedingt erhalten oder aufgebaut werden. Auch Angebote der offenen und sozialdiakonischen Arbeit auf hohem fachlichem Niveau sind bedeutsam und unverzichtbar. Vorsicht ist bei Anfragen nach Fußballturnieren o.ä. geboten, die nicht durch einen eingetragenen Verein, sondern durch eine „Jugendinitiative“, Schülergruppe etc. beim Gemeinderat nachgesucht werden. Hier sollten gründliche Erkundigungen eingeholt werden.

Mitarbeit in Bürgerbündnissen

Bürgerbündnisse, Runde Tische und andere Formen der kommunalen Selbstorganisation sind hilfreiche Mittel in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Tendenzen und Ereignissen. Dort können Vereinbarungen getroffen und Veranstaltungen organisiert werden, die von einer breiten demokratischen Basis mitgetragen werden. Allerdings gibt es auch mögliche Probleme zu beachten, die eine Beteiligung der Kirchgemeinde im Einzelfall

* Dieser Text wurde mit freundlicher Genehmigung der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland (EKM) aus der Broschüre „Nächstenliebe verlangt Klarheit“ übernommen und von Dr. Harald Lamprecht, Sektenbeauftragter der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens überarbeitet.

als nicht sinnvoll erscheinen lassen können. Als hinderlich erweist es sich, wenn es zu starke Partikularinteressen einzelner Gruppen gibt, wenn statt des gemeinsamen Zieles Parteipolitik betrieben wird, wenn eine Fixierung auf den Teilaspekt „Gewalt“ erfolgt oder wenn die Arbeit in ideologischen Streitigkeiten stecken bleibt. Eine weitere Bruchstelle ist die Frage nach der äquivalenten Behandlung von Links- und Rechtsextremismus (siehe dazu auch das Vorwort dieser Handreichung).

Wichtig: Ein solches Gremium ist nur arbeitsfähig, wenn es das Gemeinsame benennt und nicht andauernd das Trennende diskutiert. Runde Tische und Bündnisse sind nicht der Ort, andere politische Auseinandersetzungen zu führen.

Verhalten bei Problemen und Konflikten

Gemeindeglied tritt öffentlich als Rechtsextremist auf

Wenn ein Mitglied einer Kirchengemeinde in der Öffentlichkeit wiederholt mit fremdenfeindlichen oder rassistischen Äußerungen auftritt, sollte deutlich gemacht werden, dass diese Person damit außerhalb von Lehre und Praxis dieser Kirche steht. Zuerst ist das direkte Gespräch zu suchen. Dabei sollte versucht werden, die betreffende Person auf ihren christlichen Glauben anzusprechen und den biblischen Prinzipien von der Liebe zum Nächsten ohne Herkunftsschranken Geltung zu verschaffen. Die Unvereinbarkeit fremdenfeindlicher oder rassistischer Ideologien mit dem christlichen Zeugnis muss deutlich ausgesprochen werden. Dem betreffenden Gemeindeglied muss klar werden, dass ein rechtsextremistisches Engagement als Missachtung der Botschaft Jesu und folglich als Sünde angesehen werden muss.

Rechte Kader im Kirchenvorstand

Sollte sich herausstellen, dass ein Mitglied des Kirchenvorstandes als Rechtsextremist agiert, z.B. durch Mitgliedschaft in einer rechtsextremistischen Partei,⁷⁷ so gilt zunächst das oben Formulierte. Erschwerend kommt hinzu, dass es sich beim Kirchenvorstand um ein kirchliches Leitungsamtsamt handelt, das eine besondere Verpflichtung und eine Vorbildfunktion beinhaltet. Bei der Wahl oder Berufung legen die Kirchvorsteherinnen und Kirchvorsteher ein Gelöbnis ab, in dem sie ihre Absicht zum Gehorsam gegenüber dem Evangelium von Jesus Christus sowie zu einem christlichen Lebenswandel bekunden. Rechtsextremes Engagement muss als Bruch dieser Selbstverpflichtung gewertet werden. Ein Verbleib im Kirchenvorstand kann unter diesen Umständen der Gemeinde nicht zugemutet werden.

Schmierereien und Sachbeschädigungen

Kommt es zu Schmierereien oder Sachbeschädigungen an kirchlichen oder öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, so sind diese zuerst sorgfältig zu dokumentieren (Fotos anfertigen) und bei der Polizei anzuzeigen (politische Straftat). Sofern keine polizeiliche Spurensicherung erforderlich ist, sind sie danach möglichst schnell zu beseitigen. Auch wenn die Ermittlungserfolge begrenzt sind, ist die Anzeige für die Statistik und die Öffentlichkeit wichtig. Darüber hinaus erhöht eine Strafanzeige die Erfolgsaussichten, auf dem Wege einer Zivilklage Entschädigung zu erhalten. Je nach Art der Sachbeschädigung ist zu erwägen, in welcher Weise die Öffentlichkeit über diesen Vorfall informiert werden soll. Auf der einen Seite ist es sinnvoll, Verbrechen bekannt zu machen, damit sich niemand Illusionen über eine vermeintliche Harmlosigkeit der Täter hingeben kann. Auf der anderen Seite gilt es, Provokationen nicht zu bestätigen und nicht Nachahmungstäter anzulocken.

Symbolische Handlungen

Symbolische Handlungen sind für die Identität der rechtsextremen Szene von zentraler Bedeutung. Sie dienen der Stärkung der Binnenidentität der Szene. Ihre Bezugsgrößen sind nicht nur der Nationalsozialismus, sondern auch die germanische Mythologie und neuheidnische Inhalte. Es ist entscheidend, die hinter scheinbar harmlosen Ritualen stehenden Inhalte sichtbar zu machen. Neonazis geht es in diesen symbolischen Handlungen darum, Deutungshoheit über historische Orte, Gegenstände und Symbole zu gewinnen. Diese gilt es seitens der demokratischen Gesellschaft zu verteidigen.

Rechte Konzerte und Feiern haben ebenso eine hohe Bedeutung für den inneren Zusammenhalt der Szene. Sie werden in der Regel nicht vorher bekannt gegeben und nur intern, z.B. per SMS, dazu eingeladen. Das macht das Reagieren schwierig. Eine besondere Häufung ist zu bestimmten Daten wie dem 20. April (Geburtsdatum Adolf Hitlers) zu erwarten. Bei dem Verdacht auf Straftaten sollte die Polizei informiert und ggf. Anzeige erstattet werden (z.B. wegen Zeigens verfassungsförderlicher Symbole). In kleineren Orten sind rechtsextreme Parteien und Gruppierungen bei Konzertveranstaltungen auf lokale Vermieter angewiesen. Sind diese bekannt, so ist das Gespräch mit ihnen zu suchen, um sie für die Problematik solcher Veranstaltungen zu sensibilisieren.

Kriegerdenkmale stehen in vielen ländlichen Gemeinden, zum Teil wurden sie mit gemeindlichem Engagement wieder ordentlich hergerichtet. Neonazis versuchen oft, diese Denkmale zum Gedächtnis für „unsere Helden“ für ihre Ideologie zu instrumentalisieren. An bestimmten Tagen (vor allem am Volkstrauertag oder am 8. Mai) können Kranzniederlegungen von Kameradschaften u.a. Aktivitäten der rechten Szene erfolgen. Sinnvoll ist es, bereits im Vorfeld zu versuchen, einen demokratischen Konsens über die Bedeutung des

eigenen Denkmals als Mahnmal gegen Krieg und Gewalt herzustellen. Das Bürgerbündnis (s. o.) könnte dafür ein guter Ort sein. Gegebenenfalls lässt sich diese Sinngabe durch eine entsprechende Beschilderung unmissverständlich ausdrücken, die auf die ungezählten Leiden eines jeden Krieges verweist und darum die Lebenden zum Frieden mahnt.



Die Hälfte aller Kränze beim Gednken an die Opfer des 13. Februars 1945 in Dresden wurden 2008 von rechtsextremen Gruppierungen niedergelegt. Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

auch deren Kränze abgelegt wurden, sollten am Ende der Veranstaltung die Schleifen auf möglichen strafrechtlichen Gehalt überprüft und die Kränze sortiert werden.

Sonnenwendfeiern sind wichtige symbolische Handlungen, die bis zu mehrere hundert Anhänger versammeln können. Mitunter kommt es dabei zur (strafbaren) Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen. Diese Feiern zeigen die starke Durchdringung der Szene mit neuheidnisch-religiösen Elementen. Kirchgemeinden können dem aktiv begegnen, indem das Johannisfest (24. Juni) gemeinsam mit dem ganzen Ort als Sommerfest begangen wird. Solange die Junge Gemeinde am Lagerfeuer christliche Lieder zur Gitarre singt, kann die Kameradschaft keine rechten Lieder anstimmen. Wenn sich die Bürger einig sind, dass alles Holz für das Johannisfeuer gebraucht wird, kann es nicht zwei Tage vorher zur Sonnenwendfeier verbrannt werden. Falls eine bestehende und lebendige Ortstradition nicht auf das Johannisfest gelenkt werden kann, erscheint auch eine Beteiligung der Kirchgemeinde beim örtlichen Sommerfest mit Lagerfeuer sinnvoll, wenn damit Sinngabe und Gehalt der Feier beeinflusst werden kann. An rein neuheidnischen Sonnenwendfeiern sollten sich Kirchgemeinden jedoch nicht beteiligen.

Gedenkmärsche finden zu besonderen, in der rechten Szene bedeutsamen Daten statt. In der Regel sollen sie an Ereignisse aus der Zeit des National-

Kranzniederlegungen durch rechtsextreme Gruppen sind juristisch nicht zu verhindern. Umso wichtiger ist es, in eigenen Veranstaltungen klare Worte zu finden. Eine kurze aber deutliche Rede ist wichtig, um auf das Problem hinzuweisen und ein reines Heldengedenken abzuwehren. Stilles Gedenken funktioniert auf jeden Fall nicht, wenn Neonazis versuchen, Erinnerungskultur zur übernehmen. Falls

sozialismus erinnern und diese verklären. Noch stärker als die Demonstrationen haben diese vor allem eine Funktion nach innen: sie stärken das Gemeinschaftsgefühl und schaffen Erlebnisse. Wichtiger sind daher klare Abgrenzungen der demokratischen Öffentlichkeit und friedliche Formen eines öffentlichen Gegenbekenntnisses für Demokratie und Toleranz, welche den rechtsextremen Demonstranten entgegengesetzt werden.

Möglichkeiten zur Anregung

- Bei den zivilgesellschaftlichen Protesten gegen den im September 2008 geplanten rechtsextremen Anti-Islamisierungskongress in Köln gingen als Clowns verkleidete Personen mit großen Besen durch die Stadt, und kehrten den „rechten Mief“ weg.
- In Colditz und in Kamenz⁷⁸ gibt es mittlerweile gute Erfahrungen mit Friedensgebeten in der Kirche, die viele Bürger des demokratischen Spektrums verbinden.
- Auch ein gut gestalteter Kirchenaushang und Transparente können deutlich machen, dass die Mehrheit woanders steht und nicht bereit ist, rechtsnationalistischen, fremdenfeindlichen und geschichtsrevisio-nistischen Deutungen den öffentlichen Raum zu überlassen.
- Für zeitlich passende begleitende Unternehmungen ist es natürlich notwendig, möglichst rechtzeitig zu erfahren, was geplant ist. Daher sollte der Kontakt zu den zuständigen Behörden und der politischen Gemeinde von Seiten der Kirchgemeinde intensiv gehalten werden.

Bedrohungen von Personen oder Veranstaltungen

Die Bedrohung von Personen löst ein Gefühl der subjektiven Angst und Verunsicherung aus, welches vom sozialen Umfeld nicht immer geteilt wird. Genau dies ist jedoch das Ziel von Drohungen: sie sollen individuell einschüchtern. Deshalb sind betroffene Personen ernst zu nehmen und brauchen Unterstützung. Ein Gespräch mit Mitarbeitern der Mobilien Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V. bzw. der Opferberatungsstellen (Kontakte im Adressteil dieser Handreichung) kann helfen, das Vorgehen im konkreten Fall zu klären. Bei persönlichen Bedrohungen sollte möglichst alles damit zusammenhängende Material gesammelt werden: Notizen, Mitschnitte, Zeugenaussagen, Briefe, Texte, E-Mails. Auch die Polizei berät in solchen Fällen, handelt aber nur bei konkreten Hinweisen. Für die Betroffenen ist eine starke Solidarität des Umfeldes extrem wichtig. Daher ist die Information einer begrenzten Öffentlichkeit im persönlichen und befreundeten Rahmen, z.B. innerhalb der Kirchgemeinde, meist hilfreich, während eine breite journalistische Vermarktung hingegen öfter als zusätz-

lich belastend erlebt wird. Bei Veranstaltungen kann es sinnvoll sein, eine Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei zu verabreden. Beachten Sie dazu die Checkliste für Veranstaltungen in diesem Kapitel.

Gewalttätige Übergriffe

Kommt es zu gewalttätigen Übergriffen, so steht die Unterstützung für die Opfer an erster Stelle. Sie müssen konkrete Hilfe und moralische Unterstützung erfahren. Handelt es sich bei den Opfern um Ausländer oder Bürger mit Migrationshintergrund, so ist eine deutliche Solidarisierung besonders wichtig, um eine Desintegration zu vermeiden.

In einem überschaubaren Sozialraum wie einem Dorf oder einer Verwaltungsgemeinschaft ist eine deutlich parteiische Stellungnahme auch für Pfarrerinnen und Pfarrer manchmal nicht leicht. Der große Medienansturm nach gewaltsamen Übergriffen lässt unter den Bürgern schnell ein „Schweigekartell“ als Reaktion entstehen. Im Interesse der Wahrheit und der Opfer sollte das nicht gestützt werden. Eine solide Aufklärung des Vorfalles ist in jedem Fall unerlässlich. Vorsicht ist gegenüber einer voreiligen Pauschalzuschreibung angebracht. Nicht jede Gewalttat hat einen rechtsextremistischen Hintergrund. Falsche Vorverurteilungen, besonders wenn sie zu einer Medienkampagne wie in Sebnitz⁷⁹ ausgebaut werden, können der rechten Szene mehr nützen als schaden, weil sie auch echte Verbrechen als möglicherweise angedichtet in Zweifel ziehen. Steht der Sachverhalt fest, so ist andererseits darauf zu achten, dass nicht die Schuld „der netten Jungs aus dem Ort“ durch psychologisierende Erklärungen wegerklärt wird.

2. Checkliste Veranstaltungen – Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten*

Kulturbüro Sachsen e.V.



Antidiskriminierungsregel am Eingang zur Lesung aus der Biographie des Holocaust-Überlebenden Artur Radvanský im Oktober 2008 in Dresden. Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

Führen Sie in Ihrer Kirchengemeinde öffentliche und öffentlich angekündigte Veranstaltungen zum Themenkontext Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus durch, so müssen Sie mit Teilnahmeversuchen seitens der regionalen rechtsextremistischen Szene rechnen. Dies kann nur vermieden werden, wenn

- die Veranstaltung einen nicht-öffentlichen Charakter hat,
- die Veranstalter das Hausrecht inne haben und auch vollziehen können,
- am Veranstaltungsort sichtbar ein Schild mit folgender Aufschrift angebracht wurde: *„Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalstische, antisemitische oder sonstige Menschen verachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“*

Ist die Teilnahme von Personen aus der rechtsextremen Szene aus organisatorischen Gründen nicht (mehr) zu verhindern, sind folgende Regeln einzuhalten:

- Moderation achtet auf die Begrenzung der Redezeit und duldet keine langen Monologe.
- Moderation sanktioniert diskriminierende Äußerungen.
- Helfer im Saal behalten die Verfügungsgewalt über das Mikrofon.
- Helfer stehen an den Ein- und Ausgängen bereit, um eine eskalierende Situation im Blick behalten zu können.
- Darüber hinaus werden szenekundige Personen am Eingang postiert, um rechtsextreme Personen als solche zu identifizieren.

* Diese Checkliste wurde mit freundlicher Genehmigung des Kulturbüro Sachsen e.V. der Handreichung „Rechtsextremismus im vorpolitischen Raum – Neonazis auf Saalveranstaltungen“ entnommen.

3. Das betrifft uns Christen doch gar nicht. Oder? _____

- Keine Videodokumentation der Veranstaltung oder einzelner Akteure ohne deren Zustimmung zulassen. Eventuelle Pressevertreter um Einsichtnahme in ihren Presseausweis bitten, Name und Sitz der Redaktion notieren, um die Rechte der Teilnehmer zu wahren.

Generell empfiehlt es sich, eine Sicherheitspartnerschaft mit der örtlichen Polizei abzuschließen, die eine konkrete Person als Einsatzleiter und die Handynummer einer erreichbaren Person für den Fall von polizeilich relevanten Störungen einer Veranstaltung nennt.

Unterstützung erhalten Sie bei den Mobilien Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V. Die jeweiligen Kontakte finden Sie im Adressteil in Kapitel 5.

3. Anleitung zur Zivilcourage

Dr. Harald Lamprecht, Sektenbeauftragter der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens



Was mache ich, wenn...

... ich ein rechtsextremes Plakat oder Schmierereien entdecke?

1. Falls möglich: dokumentieren. Am besten ein (Digital-)Foto, auch mit Umgebung, damit die Zuordnung erkennbar ist.
2. *Bei der Polizei anzeigen.* In der Regel handelt es sich mindestens um Sachbeschädigung, weil die Plakate meist ohne Einwilligung des Eigentümers auf die Flächen geklebt werden, wenn nicht sogar um eine politische Straftat oder um Volksverhetzung.
3. *Lokale Initiativen informieren.* Ihre Fotos und Informationen können lokalen Initiativen, Mobilen Beratungsteams bzw. Opferberatungsstellen wichtige Hinweise auf rechtsextreme Aktivitäten liefern. Die entsprechenden Kontakte finden Sie im Adressteil am Ende dieser Handreichung.
4. *So gut es geht entfernen.* Das Abkratzen von Plakaten ist oft schwer, aber es sollte zumindest erkennbar sein, dass solches in einem demokratischen Umfeld nicht geduldet wird. Ein rechtsextremes Plakat, das zwei Tage unbehelligt hängt, ist ein Armutzeugnis für die Region. Vor dem Übermalen z.B. von Hakenkreuz-Schmierereien sollte möglichst der Eigentümer kontaktiert werden, um nicht selbst der Sachbeschädigung beschuldigt zu werden. Bei öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen (z.B. Laternenmasten) sind auch die Kommunen für die Beseitigung zuständig. Je nach Region geht dies sehr schnell oder auch nicht. Ein Beispiel für das Entfernen rechtsextremer Plakate ist das couragierte Handeln von Irmela Mensah-Schramm, das bereits mehrfach ausgezeichnet wurde. Die von ihr dokumentierten und entfernten Plakate und Schmierereien werden in der Wanderausstellung „Hass vernichtet“ gezeigt.⁸⁰

... in meinem Ort nur Wahlplakate der NPD / DSU / REP hängen?

1. *Wahlplakate dürfen nicht eigenmächtig entfernt oder zerstört werden.*
2. *Informieren Sie die demokratischen Parteien* und bitten Sie, dass auch deren Plakate aufgehängt werden.
3. *Starten Sie mit Ihrer Kirchengemeinde eine eigene Plakataktion* „Demokratisch wählen“ wie es die Bürgerinitiative Reinhardtsdorf-Schöna getan hat (www.demokratie-anstiften.de).

3. Das betrifft uns Christen doch gar nicht. Oder? _____

... am Stammtisch / beim Familienfest / im Kirchenvorstand über „die Juden“, „die Ausländer“, „die Sozialschmarotzer“ usw. hergezogen wird?

1. *Reagieren Sie sofort!* Aufhetzende Parolen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Es hilft nichts, sich erst zwei Tage später aufzuregen.
2. *Sprechen Sie den Verursacher direkt an.* Seien Sie dabei laut, deutlich und bestimmt. Es muss klar werden, wer gemeint ist, aber die Umstehenden sollen verstehen können, worum es geht. Dabei dennoch Ruhe bewahren. Aufregung schadet.
3. *Versenden Sie Ich-Botschaften.* Wenn wir das Verhalten anderer kritisieren, benutzen wir häufig Du-Botschaften: „*Du spinnst wohl, mich hier so anzumachen*“, „*Dein Argument ist rassistisch*“. Solche Aussagen kommen – auch wenn sie stimmen – beim Anderen oft als Provokation an und können zur Eskalation führen. Besser sind daher so genannte „Ich-Botschaften“, die immer aus drei Teilen bestehen:
 - eine möglichst exakte Verhaltens- und Situationsbeschreibung („*Dein Witz ist antisemitisch.*“);
 - die Beschreibung der Gefühle, die dadurch bei mir ausgelöst werden („*Das macht mich wütend und traurig.*“);
 - die Folgen, die das für mich (und andere) hat („*Das verdirbt mir die Lust am Familientreffen und ich komme nicht mehr gern her.*“)⁸¹
4. *Lösen Sie Verallgemeinerungen auf.* Fehler gibt es bei allen Menschengruppen. Verallgemeinerungen und Typisierungen sind aber oft verhetzend und erzeugen Feindbilder.
5. *Erfragen Sie die Hintergründe der Äußerungen.* Oft geht es eigentlich um etwas anderes (Sorge um den Arbeitsplatz...).

... an der Haltestelle oder in der Straßenbahn rechte Parolen gerufen werden?

1. *Nicht provozieren.* Im Unterschied zu Stammtisch oder Familienfeier ist die Situation im öffentlichen Bereich weniger überschaubar und direkte Diskussionen mit den – meist als Gruppe auftretenden – Parolenschwingern wenig erfolgversprechend.
2. *Das Publikum beachten.* Parolen richten sich an ein Publikum. Ignorieren Sie die Verursacher und wenden Sie sich ruhig aber bestimmt direkt an dieses Publikum. Äußern Sie diesen gegenüber ihren Widerspruch.
3. *Antworten Sie – wenn möglich – persönlich und konkret,* z.B.: „*Ich kenne eine ausländische Familie, die hier lebt – die sind sehr nett und sympathisch.*“ Versuchen Sie durch direkte Ansprache die Umstehenden zur Zustimmung für Ihre Position zu motivieren und so den Parolen eine Mehrheit gegenüber zu stellen.⁸²

... ausländische Mitbürger belästigt und angepöbelt werden?

1. *Unterstützung für die Betroffenen zeigen.* Schon ein Blickkontakt und ein kurzes „Ich helfe Ihnen“ bedeuten für Betroffene sehr viel.

2. *Gefahrlos handeln.* Oft sind Angreifer stärker und gewaltbereit. Wegsehen oder weglaufen aber ist keine Lösung. Stellen Sie sich zwischen Täter und Opfer und bieten Sie Ihre Hilfe an. Provozieren Sie dabei den/die Täter nicht, sondern schreiten Sie möglichst deeskalierend ein. Wichtig: „Duzen“ Sie den Täter nicht, denn sonst könnten umstehende Passanten einen rein persönlichen Konflikt vermuten. Vermeiden Sie es auch, den Täter zu provozieren oder sich provozieren zu lassen! Behalten Sie einen kühlen Kopf.⁸³
3. *Hilfe organisieren.* Machen Sie der Umgebung klar, dass Gewalt keine Privatanglegenheit ist. Suchen Sie Mitstreiter und verständigen Sie umgehend die Polizei. Fordern Sie weitere Menschen gezielt und direkt zur Mithilfe auf und verteilen sie konkrete Aufgaben („*Sie in der blauen Jacke, bitte verständigen Sie den Busfahrer; Rufen Sie bitte mit Ihrem Handy die Polizei.; ...*“). In öffentlichen Verkehrsmitteln sind der/die FahrerIn ihre ersten Ansprechpartner (ziehen sie, wenn nötig, die Notbremse).
4. *Genau beobachten und dokumentieren:* Merken Sie sich möglichst viele Details zu den Tätern (Kleidung, Haarfarbe, Statur, etc.) bzw. dokumentieren Sie diese (Fotohandy). Dies ist für eine Strafverfolgung wichtig. Stellen Sie sich als Zeuge zur Verfügung und bitten Sie direkt andere Bürger, dies auch zu tun (Kontaktdaten notieren).
5. *Helfen Sie den Betroffenen.* Helfen kann jeder – auch wenn Sie es sich im ersten Augenblick womöglich nicht zutrauen. Informieren Sie die Betroffenen über die Möglichkeit der Opferberatung. Die entsprechenden Kontakte finden Sie im Adressteil am Ende dieser Handreichung.

... in der Schule die Schulhof-CD der NPD auftaucht?

1. *Informieren Sie sich,* welche Version der Schulhof-CD an der Schule kursiert und ob diese verboten ist.⁸⁴
2. *Setzen Sie sich selbst mit den Inhalten und Texten der CD auseinander.* Ihre gefestigte Meinung ist die Grundlage für Ihr weiteres Handeln.⁸⁵
3. *Arrangieren Sie ein Gespräch über die Inhalte der CD* im Konfirmandenunterricht / Religionsunterricht (oder falls Sie Lehrer sind: in der Klassenleiterstunde). Das Ziel ist, die Selbstreinigungskräfte in der Klasse zu aktivieren.
4. *Suchen Sie sich Partner.* Es gibt eine Reihe guter Bildungsprojekte in Sachsen, an die Sie sich wenden können. So das Projekt „Demokratie lernen“ des Landesjugendpfarramts aus Leipzig (Projektvorstellung in Kap. 4) oder regionale Partner, wie die Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung Sachsen oder das Netzwerk für Demokratie und Courage.⁸⁶

... mein Kind plötzlich rechte Szene-Klamotten trägt (z.B. Marke Thor Steinar)?

1. *Nicht ignorieren.* Dies ist in jedem Fall ein Alarmsignal. Dafür muss man dies natürlich zuerst einmal erkennen. Dabei hilft die Broschüre „Versteckspiel“,⁸⁷ die man im Kulturbüro Sachsen e.V. für 3,- € erwerben kann (Kontakt im Adressteil am Ende dieser Handreichung).

2. *Nicht überreagieren.* Die persönliche Beziehung darf davon nicht zerstört werden, sondern es müsste ein Anlass sein, diese zu beleben.
3. *Motive ermitteln.* Warum trägt Ihr Kind diese Sachen? Wie tief steckt er/sie in der Szene? Ist es „nur“ der Konformitätsdruck aus der Gruppe oder mehr? Welche Anschauungen sind verinnerlicht? Welches Problem könnte ein Auslöser für dieses Engagement sein?
4. *Im offenen, ehrlichen Gespräch versuchen, die Ursachen zu beseitigen.* Hilfen und Unterstützung gibt das Projekt „Recall“ (Kontakt im Adressteil am Ende dieser Handreichung).⁸⁸

... am Kriegerdenkmal / zur Sonnenwendfeier eine Gruppe Jugendlicher eine Reichskriegsflagge entrollt und „Heimatlieder“ singt?

1. *Den Vorfall dokumentieren.* In dem Moment selbst kann man als Einzelner kaum etwas dagegen tun.
2. Für die Zukunft: *eigene kirchliche bzw. kommunale Veranstaltungen zu diesen Terminen anregen.* Wenden Sie sich an Ihren Kirchenvorstand oder das kommunale Bürgerbündnis. Es geht darum, rechtsextremem Geschichtsrevisionismus nicht die Deutungshoheit für den Volkstrauertag oder schöne Sommerabende zu überlassen.
3. *Bei diesen Veranstaltungen muss die eigene Sinngebung deutlich ausgesprochen werden.* Ein schweigendes Gedenken lädt zu einer nationalistischen Umdeutung geradezu ein.

Zivilcourage bedeutet nicht den Helden zu spielen, sondern erst einmal auf die innere Stimme zu hören, die einem sagt: was da passiert, ist nicht in Ordnung und ich sollte etwas tun.

4. Mit Rechtsextremen diskutieren?

Dr. Harald Lamprecht, Sektenbeauftragter der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Christen haben ebenso wie Demokraten üblicherweise das Anliegen, auch mit Andersdenkenden und politischen Gegnern fair umzugehen, sie nicht vorzuverurteilen und auch deren Meinung anzuhören. Dies wird von Rechtsextremen immer wieder schamlos ausgenutzt, denn für sie selbst gelten diese Regeln der Fairness nicht. Diskussionen mit Rechtsextremisten soll und darf es trotzdem geben. Aber man sollte sich über die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen im Klaren sein, damit das Gespräch nicht einen völlig anderen Verlauf nimmt als beabsichtigt.

Rahmenbedingungen

Wann und Wo?

Die wichtigste Grundfrage ist dabei, wann und wo ein Gespräch sinnvoll geführt werden kann. Schließlich soll die Hoffnung, dass Einzelne für überzeugende Argumente ansprechbar sind, nicht von vornherein aufgegeben werden. Aber es ist wichtig zu überlegen, was ein sinnvoller Rahmen für ein solches Gespräch ist.

Keine Wortergreifung dulden! Öffentliche Diskussionen im Saal anlässlich von Friedensgebeten oder anderen Veranstaltungen sind dafür in der Regel nicht geeignet. Rechtsextreme Gruppen verfolgen zielgerichtet die Strategie der „Wortergreifung“.⁸⁹ Zivilgesellschaftliche oder kirchliche Versammlungen werden dabei zu rechten Propagandakundgebungen umfunktioniert. Eine solche „Umwidmung“ darf nicht akzeptiert werden, denn sie hilft nur den Demagogen. Solche öffentlichen Veranstaltungen sind nicht der Ort für missionarische Gespräche.

Persönlichen Rahmen suchen: Der daraufhin oft erhobene Vorwurf der Ausgrenzung läuft dann ins Leere, wenn zugleich ein Angebot für eine Diskussion auf persönlicher Ebene unterbreitet wird. Dies könnte z.B. in Form von Einzelgesprächen direkt nach der Veranstaltung sein. Hilfreich ist es, wenn genügend darauf vorbereitete gesprächsfähige Personen bereit stehen.

Mit Wem?

Sind wir allein oder in einer Gruppe? Bereits diese banale Unterscheidung bestimmt viel von der möglichen Gesprächsdynamik. Ist die Diskussion ein öffentlicher Schlagabtausch oder ein persönliches Gespräch auf Augenhöhe? In einer Gruppensituation und noch mehr in einer öffentlichen Veranstaltung geht vieles um die Wirkung auf das Publikum. Persönliche Überzeugungen ermitteln oder gar beeinflussen kann man hingegen fast nur im kleinen Rahmen.

3. Das betrifft uns Christen doch gar nicht. Oder? _____

Rede ich mit einem überzeugten Nazi oder mit Mitläufern aus dem sympathisierenden Umfeld? Im letzteren Fall sind die Chancen auf Einsicht in argumentativ vermittelte Zusammenhänge ungleich größer und ein Gespräch empfehlenswerter. Spreche ich mit einem NPD-Abgeordneten oder einem Aktivisten der „Freien Kräfte“? Repräsentanten der NPD geben sich (noch) Mühe, nach außen hin den Schein einer demokratischen Partei zu wahren. Die Aktivisten der rechtsextremen Szene verachten sie für diese Kompromisse mit dem abgelehnten System.

Worüber?

Gibt es eine klare Themenvorgabe? Kernproblem vieler Diskussionen ist das Springen zwischen verschiedenen Themen und unklare bzw. falsche Verknüpfungen, z.B. wenn politische Probleme wie die wirtschaftliche Situation im Osten Deutschlands mit Ausländerfragen in einen Zusammenhang gebracht werden. Rechtsextreme polemisieren gern gegen die politische Situation der Gegenwart, bleiben aber sehr vage in der Beschreibung ihrer Zukunft. Nach der Tragfähigkeit und den Konsequenzen der konkreten Zukunftsvisionen zu fragen, ist darum immer ein wichtiges Thema. Dann zeigt sich nämlich, mit welchen persönlichen Opfern, diktatorischen Strukturen und gesellschaftlicher Isolation die Vision der „Volksgemeinschaft“ erkaufte werden soll. Im Einzelgespräch ist es lohnend, nach den persönlichen Motiven für ein Engagement in der rechten Szene zu fragen. Biografische Offenheit auf beiden Seiten kann Verständnis ermöglichen.

Argumentationsmuster und Argumentationsfallen

Es lohnt sich, die Muster rechtsextremer Argumentation zu studieren und zu analysieren, denn sie bestimmen viele Diskussionen. Wenn man sie aber durchschaut, kann man nicht mehr so leicht von ihnen überrumpelt werden.

Meinungsfreiheit? Heuchelei- bzw. Untreuevorwurf

Der häufigste Angriff besteht in dem Versuch, Christen und Demokraten mit ihren eigenen Waffen zu schlagen: mit ihrem Eintreten für Nächstenliebe und der Offenheit auch für Andersdenkende. Diese Auffassungen bilden aus rechtsextremer Sicht eine Schwachstelle, die gnadenlos ausgenutzt wird. In vielen öffentlichen Stellungnahmen rechtsextremer Akteure geht es immer wieder darum: Die Grundstruktur ihres Vorwurfes lautet, Kirche und Staat würden selbst die freiheitlich-demokratischen Ordnungen nicht einhalten, die sie sich gegeben haben, wenn sie gegenläufige (rechtsextreme) Äußerungen bekämpfen.

Beispiel: In einer Internetdiskussion in der Newsgroup de.soc.politik.misc (29.11.2007) wird über den Fall berichtet, dass ein 67jähriger Kirchvorsteher aufgefordert wurde, sich zwischen seinem Amt als Kirchvorsteher und seiner

Mitgliedschaft in der NPD zu entscheiden, weil die Landeskirche Braunschweig beides für unvereinbar erklärt. Die Nachricht selbst wurde von einem Schreiber mit offensichtlich rechter Gesinnung eingebracht, um dann zu fragen: *„Wie war das noch mit der Demokratie in der BRD?“* Ein weiterer pflichtet ihm bei, indem er Art. 3 des Grundgesetzes zitiert, dass niemand u.a. wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden dürfe. Ein dritter Schreiber bezeichnet das Vorgehen der Landeskirche als *„Meinungsterrorismus“* und fügt hinzu: *„Früher hätte ihn die Kirche auf dem Scheiterhaufen geröstet, so er denn seine Meinung frei gelebt hätte.“* Wenig später setzt er noch nach: *„Wer wegen der Mitgliedschaft in einer zugelassenen Partei unter den Augen der Gesellschaft derart erpresst werden kann, der stellt mit dieser Erpressung auch gleichzeitig diese ‚Demokratie‘ an den Pranger! Warten wir doch mal ab, wann die Kirche fordert, dass sich eines ihrer Vorstände von seinem Ehepartner scheiden lassen muss, weil dieser Jud.... äh NPDler ist.“*

Das Beispiel zeigt deutlich den Kern der Argumentation: Die Kirche halte sich selbst nicht an die demokratischen Spielregeln, wenn sie rechte Meinungen und deren Vertreter ausschließe. Daraus wird verallgemeinert, dass dies (wieder) ein Beweis sei, das ganze System sei marode und korrupt. Schließlich wird vorgeworfen, dass die Kirche ja (mindestens) genauso schlimm sei, wie der von ihr bekämpfte Gegner.

Dabei ist diese Kritik in der Sache falsch und völlig überzogen: Wenn die Kirche Personen, die ihre Grundsätze missachten, nicht in ihren Leitungssämtern duldet, ist das weder ein Verstoß gegen die Demokratie noch ein *„Meinungsterrorismus“*, sondern lediglich notwendige Konsequenz aus ihren Grundsätzen.

In ähnlicher Weise heißt es in einem Grundsatztext der Jungen Nationaldemokraten, die Politiker seien *„volksvergessene Egoisten“* und Lügner, *„die mit gespaltener Zunge von Freiheit, Demokratie und Toleranz reden, und im gleichen Atemzug mit immer neuen Bevormundungen, Manipulationsversuchen und Überwachungsmaßnahmen genau die Werte, die sie zu verteidigen vorgeben, Stück für Stück selbst zu Grabe tragen.“*⁹⁰

Dass die demokratischen Regeln, deren Verletzung hier der Kirche bzw. der Politik vorgeworfen wird, für die „Rechten“ gar nicht gelten sollen bzw. abgelehnt werden, wird dabei nicht thematisiert. Falls doch die Sprache darauf kommt, gibt das ihnen die Gelegenheit, sich selbst als moralisch unbefleckter und geradliniger darzustellen, da man ja solche unsinnigen Verhaltensweisen gar nicht erst propagieren und sich folglich auch nicht so verbiegen müsse. Die Wehrhaftigkeit der Demokratie wird folglich dadurch zu untergraben versucht, dass genau dies, nämlich der Widerstand gegen extrem rechte Ideologie, als die Schwäche der Demokratie und eigene Prinzipienlosigkeit dargestellt wird. Auf diese Weise lässt man selbst aufrechte Demokraten schnell verstummen, denn so offen gegen die eigenen Grundsätze will kaum jemand handeln. In der Folge ist der Protest gegen Rechts schon viel zaghafter.

Man kann sich darauf einstellen, dass mit ziemlicher Sicherheit bei jedem Versuch von Demokraten, propagandistischen Äußerungen von Rechtsextremen beherzt entgegenzutreten, genau diese Argumentation angewendet wird: Der Ausschluss aus der Veranstaltung, das Redeverbot, die Durchsetzung des Hausrechtes wird von ihnen als unrechtmäßige Einschränkung der Meinungsfreiheit lautstark gebrandmarkt.

Umkehrung der Bewertung – Freiheitskampf gegen diktatorisches Regime

Unter dieser grundsätzlichen Weichenstellung kommt es geradezu zu einer Umkehr der Bewertung. Die rechtsextremen Aktivisten, welche faktisch die Abschaffung der Demokratie und ihre Umwandlung in eine autokratische und völkische Diktatur beabsichtigen, stilisieren ihre Angriffe und Provokationen als Freiheitskampf gegen ein korruptes Regime. So entsteht das auffällige Paradox, dass diejenigen, welche die Beseitigung der individuellen Freiheitsrechte zugunsten eines diffusen Volkskörpers fordern, immer wieder programmatisch die Freiheit im Munde führen. Polizist/innen, Lehrer/innen, Pfarrer/innen werden so als Unterdrücker der „*freien Meinung*“ dargestellt. Rechtsextremistische Medien präsentieren sich als die mutigen Zeugen einer „*unterdrückten Wahrheit*“. Wer hier „*Wahrheit*“ präsentiert und wer seine wahren Ziele verschleiert, wird quasi umgekehrt.

So nennt sich z.B. die den Freien Kameradschaften zugewandte rechtsextreme Internetseite de.altermedia.org im Untertitel „Störtebeker-Netz“ und bezieht sich auf George Orwell: „*In einer Zeit des Universalbetruges ist die Wahrheit zu sagen eine revolutionäre Tat*“, wobei sie in Aufmachung und Struktur deutlich der linksliberalen Nachrichtenseite de.indymedia.org nachempfunden ist, die sich um von Medienkonzernen unabhängige Berichterstattung bemüht. Es ist verblüffend zu sehen, in welche argumentative und strukturelle Nähe Rechtsextremisten zu traditionell linkspolitischen Sichtweisen gelangen können. Manche Grenzen scheinen zu verschwimmen, wenn die Kapitalismuskritik mit Forderungen nach Informationsfreiheit und Abbau von Überwachung kombiniert wird. Eine differenzierte Sicht, welche die Hintergründe der Forderungen erkennt, ist hier unabdingbar.

Die Umkehrung der Bewertung kann bis dahin führen, dass Rechtsextreme sich selbst als die eigentlichen Verteidiger der Demokratie und des Rechtsstaates darstellen, deren Abschaffung sie ansonsten zu betreiben versuchen. Dieses Ränkespiel gilt es zu durchschauen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Täuschung der Öffentlichkeit, sondern zum Teil auch der eigenen Anhänger.

Argumentationshilfen

Die wichtigsten Hilfsmittel für eine Diskussion (nicht nur) mit Rechtsextremisten sind:⁹¹

- *Den richtigen Rahmen wählen*

Planen Sie offene Abende und Podiumsdiskussionen und holen Sie sich rechtzeitig Hilfe. Achten Sie dabei auf die Checkliste zu Veranstaltungen in diesem Kapitel.

- *Hausrecht einhalten*

Scheuen Sie sich nicht, offensichtlich rechtsextreme Personen von Veranstaltungen auszuschließen, sollten diese Ihre Veranstaltung – selbst nur durch provozierende Kleidung – stören.

- *Generalisierungen vermeiden*

Verallgemeinerungen sind immer falsch (auch diese). Es gibt weder DIE Ausländer noch DIE Deutschen. Solche Typisierungen werden dennoch immer wieder vorgenommen, weil sie eine komplexe Welt überschaubarer machen und eine solche Einordnung Sicherheit vermittelt. Wenn damit noch eine Aufwertung der eigenen Gruppe verbunden ist, wird die Verlockung dazu noch stärker.

- *Konkretisieren (persönliche Ebene bevorzugen)*

Wer, wann, wo – mit Fakten, Zahlen, Beispielen. Nicht abstrakt daherreden, sondern wo immer möglich konkretisieren. Dabei zeigt sich auch: Basiert die Argumentation auf persönlich Erlebtem oder nur auf Hörensagen? Persönliche, konkrete Fälle machen ein Gespräch authentisch.

- *Offene Fragen bevorzugen*

Fragen mit „W“ am Anfang (Warum? Wie? Wozu?) sind in der Regel besser als Fragen, die mit Ja oder Nein zu beantworten sind, weil sie zur Erläuterung eines Zusammenhanges nötigen.

- *Kein Themenhopping*

Bei einem Thema zu bleiben, bringt deutlich mehr als immer wieder ins Hintertreffen zu geraten, wenn die Gegenseite mit einem neuen Thema auffährt.

- *Konsequenzen zeigen*

Die Konsequenzen aus dem Gesagten sollten deutlich gemacht werden. Wenn die Argumente der Gegenseite bis zu Ende gedacht werden, zeigen sich die eigentlichen Probleme. Diese gilt es herauszuschälen.

- *Hauptredner meiden*

Meist gibt es bei einer Diskussion Zuhörer. Diese aktiv in das Gespräch einzubeziehen („Wie denken Sie darüber?“), ist lohnender als ein Schlagabtausch mit dem Wortführer der anderen Seite.

- *Ruhig bleiben*

Wer schreit, hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Darum sollte man sich nicht in Rage bringen lassen. Demonstrative Gelassenheit ist wesentlich glaubwürdiger als aufgeregte Beschimpfung.

5. Was können Kirchengemeinden und ChristInnen tun?*

Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen

Im Folgenden einige Anregungen, welche für SIE als Impuls für IHR Engagement gegen Rechtsextremismus zu verstehen sind – egal, ob Sie sich hauptamtlich oder ehrenamtlich in IHRER Kirchengemeinde engagieren.

- SIE können Anlaufstelle und AnsprechpartnerIn für Betroffene und Opfer rechter Gewalt sein und dafür Aufmerksamkeit und ein offenes Ohr haben.
- SIE können die Initiative ergreifen, indem sich mit IHNEN Menschen zusammensetzen, um aus der Ohnmacht, Resignation und Passivität herauszufinden.
- SIE können die Person sein, welche die Bildung eines Bündnisses gegen Rechtsextremismus initiiert und moderiert. Dabei sollten SIE auf ganz verschiedene Akteure und RepräsentantInnen des gesellschaftlichen Lebens zugehen, um ein möglichst breites Bündnis aufzustellen: Vereine, Unternehmen, Politik, Schulen, Jugendarbeit etc. Denn gemeinsam ist es einfacher als allein. Und eine stärkere Aussage.
- SIE können eine neutrale Gelegenheit zur Verfügung stellen und moderieren, damit sich alle zum Engagement Bereiten unabhängig von ihrer parteipolitischen Bindung treffen, versammeln und verständigen können.
- SIE können nötige Infrastruktur wie z. B. Räumlichkeiten und Verwaltungskapazitäten, sowie IHRE Möglichkeiten der Information und Öffentlichkeitsarbeit der Bündnisarbeit zur Verfügung stellen.
- SIE können sich öffentlich zu Wort melden, um sich für Menschenwürde, Demokratie und Toleranz zu positionieren, verbunden mit einer klaren Absage an Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt.
- SIE können widersprechen und somit offensiv reagieren. Denn ein fehlender Widerspruch kommt einer stillen Akzeptanz der Ereignisse gleich und bildet den Nährboden für weitere Ereignisse.
- SIE können die aktuellen Entwicklungen und Ereignisse rechtsorientierter und rechtsextremer Aktivitäten in die Öffentlichkeit und in die Gemeindegemeinschaft hineintragen.
- SIE können die notwendige Arbeit gegen Rechtsextremismus in den Gemeindegemeinschaften thematisieren und sich mit einem Gemeindegemeinschaftsbeschluss offiziell und öffentlich vor die Arbeit der Bündnisse stellen.
- SIE können in der Jahresplanung ihrer Gemeindegemeinschaft feste Punkte erarbeiten und inhaltlich füllen, an denen SIE gemeinsam mit ande-

* Dieser Artikel greift Überlegungen von Dorothea Söllig in ergänzter Form auf. Vgl. Söllig (2008): Was können Kirchengemeinden tun? In: Evangelische Kirche Mitteldeutschland: Nächstenliebe verlangt Klarheit.

3. Das betrifft uns Christen doch gar nicht. Oder? _____

ren Akteuren oder auch allein Gottesdienste, Friedensgebete, Diskussions- und Filmabende oder andere Veranstaltungen anbieten, um die Vergangenheit präsent zu halten, zu gedenken, zu informieren und aufzuklären. Diese Veranstaltungen können SIE gemeinsam mit kirchlichen Bildungsinstitutionen und Initiativen gegen Rechts (siehe auch Adressteil dieser Handreichung) initiieren.

- SIE können das Thema Rechtsextremismus in all seinen Differenzierungen und Erscheinungsformen in allen Gemeindegemeinden und Gruppen so weit als möglich kontinuierlich präsent halten und immer wieder in Erinnerung rufen.
- SIE können zur theologischen Aufarbeitung der eigenen Schuldgeschichte und zur Vergangenheitsbewältigung beitragen, indem SIE „Rechtsextremismus und Kirche“ auf allen Ebenen kirchlichen Handelns, vom Gesprächskreis in der Gemeinde über die Pfarr- und MitarbeiterInnenkonvente bis hin zu der Synode thematisieren und die eigene persönliche Auseinandersetzung auch der kirchlichen MitarbeiterInnen fördern.
- SIE können das Wächteramt auf allen Ebenen kirchlichen Handelns wahrnehmen und sich öffentlich zu politischen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Thema Rechtsextremismus stehen, äußern. Dies ist z.B. lokal vor Ort aus jeweils gegebenem Anlass möglich. Aber auch grundsätzlich, z.B. indem SIE ein Votum von den Kirchenleitungen an die Bundesregierung für die Aufnahme eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens oder an Bund und Länder für die Finanzierung von Präventionsprojekten einfordern.
- SIE können den Kontakt zu Netzwerken und anderen Initiativen herstellen, die IHNEN in Krisensituationen aber auch in der Umsetzung präventiver Veranstaltungen beraten und aktiv unterstützen (siehe auch Adressteil dieser Handreichung). An diese Akteure können SIE auch jederzeit einen Zwischenfall melden und somit einen wichtigen Beitrag in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus leisten.
- SIE können sich mit anderen Gemeinden in Verbindung setzen, um von deren Erfahrungen, Fehlern und Erfolgen zu hören.
- SIE können Bindeglied und Vermittler zu Kirchleitung sein, um sich von dort Unterstützung einzuholen.
- SIE können Bindeglied zur Polizei sein, um dort jede Aktivität anzuzeigen und auf Aufklärung und Handlung drängen.
- SIE können Informationsmaterialien über Rechtsextremismus und zur Prävention von Rechtsextremismus vor Ort zur Verfügung stellen. Dieses erhalten SIE meist kostenlos und in größerer Stückzahl bei Initiativen, Netzwerken, etc. (siehe auch Adressteil dieser Handreichung).



Diese Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit: Die Möglichkeit der Umsetzung ist je nach den Rahmenbedingungen vor Ort abzuwägen. Grundsätzlich gilt jedoch: Holen SIE sich Unterstützung, um nicht allein zu sein und die Verantwortung allein zu tragen. GEMEINSAM handelt es sich leichter.

Der Landesbischof der EVLKS Jochen Bohl, die Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V. Grit Hanneforth, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Dresden Nora Goldenbogen, der Bischof des Bistums Dresden-Meißen Joachim Reinelt und die Synodalpräsidentin Gudrun Lindner (v.l.n.r.) bei einer Podiumsdiskussion während des Praxistages 2007 in der Evangelischen Akademie Meißen. Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

Fußnoten:

- 77 Für die kirchliche Beurteilung ist nicht entscheidend, ob die betreffende Partei in Deutschland erlaubt oder verboten ist, sondern welche Ideologie sie in ihrem Programm und in ihren Handlungen vertritt.
- 78 Vgl. dazu das Praxisbeispiel aus Kamenz in Kapitel IV dieser Handreichung.
- 79 Der Tod des sechsjährigen Deutsch-Iraker Joseph K.-A. im Schwimmbad von Sebnitz war im November 2000 von einigen Medien zu einem rechtsextremistischen Gewaltakt stilisiert worden. Die Gerichtsverfahren ergaben, dass alle drei Angeklagten keine Kontakte zur rechten Szene hatten. Der Fall Sebnitz gilt seitdem als drastisches Beispiel für eine Vorverurteilung durch Medien.
- 80 www.hass-vernichtet.de
- 81 www.eingreifen.de/html/uebungen-zivilcourage-eingreifen.de.html
- 82 Weitere Informationen und Handlungsempfehlungen unter www.eingreifen.de und www.aktion-tu-was.de
- 83 www.aktion-tu-was.de/helfen/index_1.html
- 84 Einige Schulhof-CDs der NPD sind nicht verboten, dürfen aber auf Schulhöfen nicht verteilt werden. Andere Versionen der Schulhof-CD, wie die 2007 verteilte Ausgabe der Sächsischen Schweiz, wurden als volksverhetzend eingestuft und konfisziert.
- 85 Eine Argumentationshilfe hält die Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf bereit: www.arbeitsstelle-neonazismus.de/news/36_Argumente-gegen-NPD-CD2.pdf
- 86 www.pokubi-sachsen.de; www.netzwerk-courage.de
- 87 www.dasversteckspiel.de
- 88 Vgl. Hempel (2008): Wenn Kinder rechtsextrem werden – Mütter erzählen.
- 89 Vgl. Checkliste Veranstaltungen in diesem Kapitel sowie die Handreichung „Rechtsextreme Wortergreifungsstrategie“ unter www.kulturbuero-sachsen.de
- 90 www.jn-buvo.de
- 91 Die Hinweise in diesem Abschnitt verdanken sich Anregungen aus: Polizeidirektion Leipzig (Hg.) (2007): Hinter den Kulissen; Vogel (2008): Argumentationstraining gegen Rechtsextremismus in der Schule. In: Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie“.

4

E

ermutigung zum Handeln

Beispiele für
kirchliches Engagement



4 Einleitung

Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen / Karl-Heinz Maischner, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen

Das Problem des Rechtsextremismus verlangt nicht nur eine theoretische Auseinandersetzung. Vielmehr muss diese zu praktischen Handlungen führen. Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig, in dieser Broschüre einen Abschnitt mit Beispielen für praktische Handlungen ganz verschiedener Art aufzuführen. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass für ein Handeln Zeit, UnterstützerInnen, Mut, Kraft und Engagement benötigt wird. Und wir wissen, dass manche Personen Ängste davor haben, sich zu engagieren, denn es werden z.B. Konsequenzen und Störaktionen seitens der Rechtsextremen befürchtet. Allein dieser Sachverhalt macht deutlich, wie stark Rechtsextreme mittlerweile unseren Alltag prägen und ein Gefühl des „frei auftreten Könnens“ verhindern. Dem gilt es sich zusammen mit anderen vor Ort entgegenzustellen. Alle hier folgenden Beispiele haben etwas gemeinsam: Sie verdeutlichen, dass manchmal schon kleine (präventive) Schritte wichtig sind. Und sie betonen die Notwendigkeit, sich mit anderen ganz unterschiedlichen und nicht nur aus der Kirchgemeinde stammenden Engagierten und UnterstützerInnen zusammenzuschließen und auch nach außen als AG oder als ein Bündnis aufzutreten. Wir hoffen, dass die folgenden Seiten Anregungen und Hinweise ganz unterschiedlicher Zugänge und Aktionen Sie ein wichtiger Impuls für Ihr eigenes Engagement vor Ort sein können.

1. Friedensgebet am 6. September 2008 in der St. Marien Kirche Kamenz

*Superintendent Wolfgang Müller, Ev.-Luth. Kirchenbezirk Kamenz
Pfarrer Jörg Naumann, Ev.-Luth. St. Marien Kirchengemeinde Kamenz*



2 Stunden
Kartons für Wand, buntes Papier
unbegrenzte Teilnehmerzahl
alle Gemeindeglieder

Anlässlich einer rechtsextremen Demonstration unter dem Motto „Zukunft für unsere Kinder? Nicht in diesem System!“ am 6. September 2008 in Kamenz veranstaltete die evangelisch-lutherische Kirche Kamenz ein Friedensgebet in der Hauptkirche St. Marien. Gemeinsam mit der Stadt Kamenz, den demokratischen Parteien, dem Ev.-Luth. Kirchenbezirk Kamenz und weiteren unterzeichnete sie eine gemeinsame Erklärung für Demokratie und Menschlichkeit.

Einladung zum Friedensgebet

Eine Zukunft für unsere Kinder – für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung

Die Ev.-Luth. Kirchengemeinde Kamenz lädt für Sonnabend, den 06.09.2008, 16.00 Uhr, zu einem Friedensgebet in die Hauptkirche St. Marien ein. Fast zeitgleich zieht eine Demonstration vom Bahnhof über den Hauptmarkt und die Bautzener Straße zurück zum Bahnhof. Den Initiatoren geht es aber nicht wirklich um die Zukunft unserer Kinder, sondern um die Abschaffung von Demokratie, Freiheit und Menschenwürde in unserem Land. Lassen Sie uns in Kamenz deutlich machen, dass wir eine solche Gesinnung ablehnen. Bleiben Sie der Demonstration fern und kommen Sie mit Ihren Kindern zu einem Friedensgebet in die Hauptkirche, um ein sichtbares Zeichen für Demokratie und Menschenwürde zu setzen – und damit für die Zukunft unserer Kinder. Gemeinsam mit der Stadt Kamenz, dem Stadtrat und den Parteien laden wir Sie dazu ein.

Roland Dantz
Oberbürgermeister

Wolfgang Müller
Superintendent

Pfarrer Jörg Naumann
Vorsitzender des KV

Ablauf des Friedensgebets

Zeit	Ablauf	Verantwortliche	Bemerkungen
15:45- 16:00	Geläut	Pfarrer Naumann	
16:00	Orgelmusik		
16:00	Begrüßung/Anlass/Be- troffenheit/mit kurzer Darstellung des Inhalts des Aufrufes anhand von Stichworten	Superintendent Müller, Pfarrer Naumann, Dia- kon Nicolaus	Die Stichworte sind auf Kartons vorbereitet und werden als Wand vor dem Altar aufgebaut, so dass sie den Altar verdecken.
	Lied: 0117, 1	KMD Pöche, Diakon Nicolaus	Orgel und Gitarre
	Aktion für die Kinder	Frau Morgenroth	Die Kinder bemalen ein vorgefertigtes langes Trans- parent mit der Aufschrift: Wir halten Kamenz sauber.
	1. Betroffenheit: Wir leben – Gott sei Dank – in einer Demokratie.	Pfarrer Dr. Kleiner	3 min.
	Lied: 0117,2	s.o.	
	2. Betroffenheit: Die Menschenwürde ist unantastbar.	Superintendent Müller	3 min.
	Lied: 0117,3	s.o.	
	3. Kinder sind eine Gabe Gottes.	Diakon Nicolaus	3 min.
	Lied: 0117, 1-3	KMD Pöche	Orgel
	Andacht	Pfarrer Naumann	Dabei wird von den Kin- dern die Wand eingeris- sen und macht den Blick zum Altar als einem Ort der Versöhnung frei.
	Orgelmusik (meditativ)		

Zeit	Ablauf	Verantwortliche	Bemerkungen
	Wir beten für die Kinder, für die Würde eines jeden Menschen vor Gott, für die Demokratie, in der wir leben; für unsere Stadt; für unsere Stadt und das Leben in ihr; gegen jede Art von Gewalt; Einladung so, dass sich jeder angesprochen fühlt.	Frau Morgenroth	Einladung zu einem Gebet oder um Gedanken zu äußern, um Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen; mit Teelichten, die vorn auf den Stufen abgestellt werden.
	Eingeschoben der Kyrie-Ruf 178.11	Diakon Nicolaus, KMD Pöche	Orgel
	Einladung zu einer Aktion auf dem Markt und anschließender Orgelmusik in der Hauptkirche	Oberbürgermeister Roland Dantz	
	Aktion		
gegen/ nach 17:30	Orgelmusik in der Hauptkirche		Orgel Punkt Fünf

Stichworte der Betroffenheit

Intoleranz

Hass

Rassedenken

Gewalt

Ausländerfeindlichkeit

Demokratiefeindlichkeit

Volksverdummung

Extremismus

Fanatismus

Kindesmissbrauch

Was macht diese Demo so gefährlich und uns so betroffen?

Während wir hier in der Kirche zusammengekommen sind, ziehen draußen Rechtsextreme durch unsere Stadt Kamenz und beschmutzen sie mit ihren demokratiefeindlichen Parolen. Wir halten diese Demonstration für gefährlich und ihre Durchführung für strafbar, weil sie mit vorgetäuschten Thesen für das Wohl des Kindes die Abschaffung unserer Demokratie fordert. Wir haben uns dabei die wichtigsten dieser gefährlichen Gedanken vor Augen geführt.

Thesen:

Der Schutz der Kinder wird missbraucht, um unsere Demokratie zu untergraben. (*Kindesmissbrauch*)

Es wird damit Hass auf Andersdenkende gesät, besonders auf die Politik und die Politiker unseres Landes. (*Hass; Fanatismus; Gewalt*)

Dabei wird die Reinheit der Rasse beschworen, weil sich ein Volk nur so weiter entwickeln kann. (*Rassendenken*)

Alles Fremde wird abgelehnt, weil es nicht zu unserem Volk passt. (*Ausländerfeindlichkeit; Intoleranz*)

Alles Kranke und Schwache in der Gesellschaft wird abgelehnt. (*Extremismus*)

Schuld an aller falschen Entwicklung sind die Liberalen, die Politiker und damit das gegenwärtige System (= Demokratie). Deshalb, so ihre Forderung, muss dieses System weg. (*Demokratiefeindlichkeit; Volksverdummung*)

Wir sind hier zusammengekommen, weil wir dieses unerträgliche Gedankengut an Menschenverachtung so nicht stehen lassen können und nicht stehen lassen wollen. Wir sind in dieser Kirche zusammengekommen, weil wir den Rechten nicht durch unsere Gegenwart vor Ort zusätzliche Aufmerksamkeit zukommen lassen wollen und weil eine Demo kein Ort ist, wo man Argumente austauschen kann und weil wir keine Gewalteskalation wollen. Deshalb haben wir hierher in diese Kirche eingeladen. Kirchen sind Orte des Friedens und der Versöhnung. Die Ideen der Initiatoren dieser Demo vergiften unser Leben und unser Zusammenleben mit anderen und das ist wie eine böse Wand, die wir sehen, aber der wir nicht tatenlos zusehen wollen, wie sie immer höher gebaut und zementiert wird.

Wir haben diese Wand hier vor uns. Aber so soll und so darf es nicht sein und nicht bleiben. Das wollen wir uns bewusst machen. Sie zu beseitigen, dazu wollen wir aufrufen. Wir haben in unserem neuen Anhangsbuch zu unserem Gesangbuch ein Lied, das wir in dieser Stunde miteinander singen wollen. Singen befreit. Lassen wir uns befreien.

Andacht zum Friedensgebet

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner von Kamenz, liebe Gäste, liebe Gemeinde,

hier in der Hauptkirche St. Marien sind wir an einem Ort des Friedens und der klaren Gedanken. Seit sieben Jahrhunderten ist dieses Bauwerk ein Hort des Friedens und der Nähe Gottes. Außen am Turm, dem ältesten Teil der Kirche, sind in fünfzig Meter Höhe die Wasserspeier. Wachsam schauen sie ins Land, um alles Böse und Finstere abzuwehren von dieser Stadt. Diese Wachsamkeit tut auch uns gut. Wir hätten vielleicht anderes lieber getan

heute. Aber aus gegebenem Anlass sind wir hier in der Hauptkirche St. Marien zusammengekommen. Dieser Raum ist der Ort, wo Gottes Wort gepredigt und gehört wird. Ich freue mich, dass sie unserer Einladung gefolgt sind. Lassen sie mich hier und jetzt drei Gedanken aussprechen:

1. Wir brauchen den Geist der Unterscheidung.

Dazu heißt es [Hb 4,12]: Das Wort Gottes ist lebendig und kräftig schärfer als jedes zweischneidige Schwert, und dringet durch, bis es scheidet Seele und Geist, auch Mark und Bein, und ist ein Richter der Gedanken und Sinne des Herzens. Viele der Gedanken, mit denen die Nationalen Sozialisten zu ihrem Aufzug aufrufen, beschäftigen auch uns. Sie treffen unsere Sorgen und Befürchtungen. Aber deren simple Lösungsangebote haben schon einmal in die Katastrophe geführt, in die finsterste Zeit, die unser deutsches Volk, das jüdische Volk, die europäischen Völker bislang durchleben mussten.

2. Dann können wir innerlich widerstehen.

„Du kannst nicht verhindern, dass die Vögel um deinen Kopf herum fliegen. Aber du kannst verhindern, dass sie in deinen Haaren ein Nest bauen.“ Das ist ein klares Bild für uns. Viele der Argumente, die wir im Zusammenhang der Demonstration hören, sind zuerst nachvollziehbar. Aber wenn wir sie in national sozialer Weise zu Ende denken, führen sie uns in die Irre. Diese billigen Parolen haben noch kein Problem gelöst, sondern immer wieder die Falschen getroffen und immer mehr Schaden angerichtet. Wir machen es uns nicht einfach, wir sprechen nicht nur nach, was andere herabsetzt, was das Völkische aufwertet, Gewalt verherrlicht. Wir sehen die Grautöne und was für ein hohes Gut unsere demokratisch geprägte Gemeinschaft ist, die Vielfalt zulässt und das Fremde als Bereicherung erkennt. Wir geben uns nicht mit oberflächlichen Sichtweisen und einseitigen Schuldzuweisungen zufrieden.

3. Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren.

Auf ihren Plätzen in den Bänken haben sie farbige Papierstreifen. Daraus fertigen sie jetzt Glieder einer langen Kette, Bank für Bank. So verbinden sich symbolisch jetzt ganz unterschiedliche Menschen mit sehr verschiedenen Anschauungen und Überzeugungen untereinander, um deutlich zu machen: Wir in Kamenz sind wachsam für das Leben, für Demokratie, für die Zukunft unserer Kinder. Wir verbinden uns untereinander, wenn es darum geht, diese Grundwerte zu bewahren. Dass diese Verbindung gefährdet ist, dass sie bewahrt und bewährt werden muss, verstehen wir gut. Auch diese Papierkette muss vorsichtig bis zum Rathaus getragen werden, wo wir sie als Erinnerungszeichen in den Innenhof bringen wollen. Demokratie ist ein zartes Band. Wir dürfen es nicht zerreißen. In der großen Politik nicht. Und hier in Kamenz nicht. Dann werden unsere Kinder ohne Angst in die Zukunft gehen können.

2. Engagement gegen Rechtsextremismus im Stadtteil – Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde Chemnitz

Thomas Doyé, Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde Chemnitz



2 – 4 Stunden
keines
unbegrenzte Teilnehmerzahl
für alle Gemeindeglieder

Projekthintergrund

Die Dietrich-Bonhoeffer-Kirchgemeinde ist seit einigen Jahren mit Rechtsextremismus konfrontiert – nicht den gewalttätigen, eher den subtilen, schleichenden Erscheinungsformen. Dies kann man oft nur an Wahlergebnissen oder Äußerungen wahrnehmen. Oder an einem Laden, der als Drehkreuz für den Vertrieb rechtsextremer Musik in Deutschland gilt. Wir haben uns nicht das Thema gesucht, sind eher über Umwege damit in Verbindung gekommen. Anhand der folgenden 4 Stichworte lässt sich dieser Weg am besten beschreiben.

Sensibilisierung

Jedes Engagement, jedes Agieren braucht Schlüsselerlebnisse. Für uns war dies u.a. eine Fahrt nach Flossenbürg, wo Dietrich Bonhoeffer im KZ 1945 hingerichtet wurde. Anlässlich einer Veranstaltung zu dessen 60. Todestag traten in einem Workshop rechtsgesinnte Jugendliche auf. Dieses gab Anlass für uns, nachzufragen, z.B. nach den Außenlagern von Flossenbürg in Sachsen/Chemnitz, Zeitzeugen zu hören, mehr über Rechtsextremismus zu erfahren. Wir nahmen auch wahr: rechte Szeneläden in der Stadt und im Stadtteil, zweistellige Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien, Schmierereien mit rechtsextremen Äußerungen. Dazu gehört heute auch die Wahrnehmung rechter Gesinnung in Äußerungen, durch Kleidung und Symbole.

Informieren

Information lässt klarer wahrnehmen. Beim Mobilien Beratungsteam Sachsen im Kulturbüro Sachsen e.V. fanden wir sachkundige Berater, die uns über Symbole, Kleidung, Musik und Ideologie der Rechtsextremen aufklärten. Diese Grundinformationen halfen uns, später auch agieren zu können.

Kontakte aufbauen

Wichtig war und ist der Kontakt zum Mobilien Beratungsteam. Im Laufe der Zeit ergaben sich für uns wichtige Kontakte im Stadtteil zu Menschen, die

sich auch mit dem Problem des Rechtsextremismus konfrontiert sahen und jetzt am Runden Tisch für demokratisches Engagement zusammensitzen, -denken und agieren.

Agieren

Das sieht sehr vielfältig aus. Im Offenen Treff unserer Gemeinde war das Gespräch mit rechtsorientierten Jugendlichen über ihre Kleidung, über ihre Äußerungen, aber auch über die alltäglichen Probleme und Erlebnisse wichtig. Das Hinterfragen von Parolen und Geschichtsbildern, die klare Position gegen „Rechts“, das Ernstnehmen der Jugendlichen mit ihrer Lebenswirklichkeit war wichtig für Jugendliche auf der Suche nach gelingendem Leben. Natürlich gehörten dann auch andere Aktivitäten und Aktionen dazu. Angebote der Kirche für Kinder und Jugendliche aus anderen Lebenszusammenhängen sind wichtig. Das gilt auch für die „Gemeindejugend“, von denen rechtes Gedankengut zu hören ist.

Musik ist ein wichtiges Medium für Jugendliche. Die Kontrolle über gehörte Musik ist durch die neuen Techniken nicht einfach. Wir haben für eine sicher gestellte CD ein Indizierungsverfahren durchführen lassen. Das ist relativ einfach bei den Jugendämtern möglich.

Die Beteiligung an Demos gegen rechtsextreme Läden war uns wichtig. Aber auch an Demos für Demokratie, Toleranz und zur Unterstützung von Gewaltopfern muss Kirche mit ihren Mitarbeitern und Gemeindegliedern beteiligt sein.

Die Beteiligung am Runden Tisch für demokratisches Engagement ist uns wichtig, weil wir als Kirche auch unser Verständnis von Toleranz und Demokratie einzubringen haben. Und weil ein Engagement für eine offene, menschliche Gesellschaft ein Hauptanliegen der Kirche ist.

Im Rahmen dieses Runden Tisches entwickelten und unterstützten wir mit unserem Namen einen Flyer, um die Bewohner über die Hintergründe eines rechtsextremen Ladens zu informieren. Und wir führten in unseren Räumen eine Informationsveranstaltung über die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus durch.

Fragen, die wir uns als Kirchengemeinde stellen:

- Kann man auch mit linksextremen, gewaltbereiten „Autonomen“, der Partei „Die Linke“ um der Sache Willen zusammenarbeiten?
- Wie tolerant geht man mit Rechtsextremen um? Darf man bekannte, strafrechtlich in Erscheinung getretene Personen der rechten Szene den Zutritt in die Kirche verwehren (z.B. bei Informationsveranstaltungen zu diesem Thema)?
- Welche rechtlichen Konsequenzen kann es nach sich ziehen, sich zu einer Veröffentlichung zu bekennen?

Aussicht:

Wir werden im Jahr 20 nach der Wende mit Themenabenden zu Demokratie, Gesellschaft und Gerechtigkeit, zur Rolle der Kirche in unserer Zeit versuchen, positive Akzente gegen Politikverdrossenheit und Resignation zu setzen, damit die Menschen in unserem Stadtteil Zuversicht gewinnen. Auch dies ist in meinen Augen ein Weg, dem Rechtsextremismus entgegenzutreten.

3. Demokratie lernen – Ein Lernprojekt an Beispielen „Rechter Musik“

Susanne Feustel, Dr. Thomas Feist, Ev.-Luth. Landesjugendpfarramt Sachsens



3 – 6 Stunden

keines

15 – 30 Personen

egal

Projektidee

Musik wird von Rechtsextremisten bewusst zur Indoktrination eingesetzt, denn sie ist ein zentraler Bestandteil im Alltag von jungen Menschen. Musik kann leichter konsumiert werden, als bspw. Parteiprogramme, Flugblätter u.ä. Zudem ist die Vermittlung von Inhalten über Musik einfacher, da sie Gefühle hervorruft und Stimmungen erzeugt. Beim RechtsRock wird diese Wirkung zusätzlich durch dessen Image als rebellische Musik unterstützt. In diesem Kontext ist auch die „Schulhof-CD“ der NPD zu betrachten.

Zur Landtagswahl in Sachsen 2004 verteilte die NPD eigenen Angaben zu folge 25.000 CDs mit dem Titel „Wahltag ist Zahltag!“, die dazu dienen sollten, Jugendliche für rechtes Gedankengut zu begeistern und ihnen die NPD inklusive ihrer Jugendorganisation, der JN, näher zu bringen. Zur Bundestagswahl 2005 und zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 folgten zwei neue Versionen dieser CD, die vornehmlich auf Schulhöfen und in Jugendclubs verteilt werden sollten.

Die Vorgehensweise der NPD im Allgemeinen und die Schulhof-CDs im Besonderen wurden in Medien und Politik breit diskutiert. Was seltener stattfand, war eine intensive Auseinandersetzung mit den Inhalten und der Erscheinungsform dieses Tonträgers und Formen rechter Subkultur.

Dabei ist das Wissen um rechte Symbole und rassistische, antisemitische und nationalistische Codes wie sie auch auf dem Cover und in den Texten der „Schulhof-CD“ der NPD zu finden sind, von großer Bedeutung, vor allem für LehrerInnen, MultiplikatorenInnen der außerschulischen Jugendarbeit und Eltern. Nur mit diesem Wissen und nach einer intensiven Auseinandersetzung mit rechten Ideologien und Strategien können Gegenstrategien und Handlungsansätze entwickelt werden.

Das Projekt „Demokratie lernen – Aufklärung gegen Rechte Strategien. Ein Lernprojekt an Beispielen rechter Musik“ hat sich zur Aufgabe gemacht, diesem Unwissen entgegen zu wirken.

Projektangebot des Landesjugendpfarramtes/Referat Kultur

1. Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer, Multiplikatoren der außerschulischen Jugendarbeit, Eltern u.a.
2. Lernprojekte für Jugendliche

Bei den Veranstaltungen stehen Aufklärung und Wissenserweiterung zur Schulhof-CD der NPD, rechten Codes/Symbolen und Subkulturen im Mittelpunkt. Zudem werden Gegenstrategien und Handlungsansätze diskutiert. Jugendliche werden für die Thematik sensibilisiert. Eine wichtige Rolle nimmt dabei die Erweiterung von Medienkompetenzen ein. Sie sollen lernen, sich kritisch mit Musik und (Jugend-)kultur auseinander zu setzen, Kontext und Hintergrund rechter Propaganda kennen zu lernen. Unsere Veranstaltungen sind also nicht einfach darauf angelegt, rechte Ideologien, Symbole und Strategien „vorzustellen“, „zu erklären“ und auf Gefahren hinzuweisen. Viel inhaltliches Wissen wird im Vorbereitungsmodul oder selbständig erarbeitet. Im Kernmodul werden rechte Strategien, Ideologien, Ziele und Organisationsformen anhand des „greifbaren“ und lebensnahen Beispiels der „Schulhof-CD der NPD“ vertieft und plastisch gemacht. Dazu werden in interaktiver Weise Musikbeispiele, die Analyse von Texten und Bildern benutzt. Zudem werden Jugendliche und Erwachsene anhand von „Musikexperimenten“ zum eigenen, subjektiven Umgang mit Musik und zur Bedeutung des Kontexts einer Musikproduktion (Wer produziert? Mit welchem Ziel? Mit was für Texten?) sensibilisiert.

Die Veranstaltungen sind kostenlos und können über unten stehende Kontaktadresse gebucht werden. Die Übernahme von Fahrtgeld ist erwünscht, aber keine Voraussetzung. Bei Veranstaltungen in Schulen ist eine inhaltliche Vorbereitung durch die Lehrenden erwünscht.



Landesjugendpfarramt
Sachsen/ Referat Kultur
Schmidstr. 1,
04158 Leipzig
Tel.: 0341/9120976
demokratielernen@web.de
www.demokratielernen.org

Ausschnitt aus dem Flyer des Projektes Demokratie lernen.

4. „Was ist nur mit den Konfis los?“ – Ein Rollenspiel*

Christian Liebchen, Pädagogisch-Theologisches Institut Drübeck



mind. 30 Minuten (optimal sind 45–60 Minuten)



7 Stühle, kopierte Beschreibungen der Rollenspielcharaktere



12–25 Personen (es gibt 7 Rollen, die anderen beobachten)



ab 15 Jahre

Ziel des Rollenspiels

Hintergrund dieser Einheit ist die Überzeugung, dass alle Menschen, Institutionen und Gruppen herausgefordert sind, in ihrem Umfeld sich mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinander zu setzen. Mit dieser fiktiven Besprechung eines Gemeindekirchenrates (wobei es Fälle mit ähnlichem Hintergrund gibt!) soll eine greifbare Ebene für die Kirchengemeinde geschaffen werden. Können rechtsorientierte Jugendliche konfirmiert werden? Es geht um die Frage, wo die Grenze liegt, die für Christ/innen nicht mehr akzeptabel ist. Das Ergebnis ist dabei offen.

Ablauf

Sieben Freiwillige zum Spielen werden gesucht, nachdem die Ausgangssituation allen bekannt ist. Nun ist kurz Zeit, sich in die Rolle hineinzusetzen. Dann beginnt die Diskussion. Von außen sollte nicht interveniert werden. Lediglich ein zeitlicher Schlusspunkt sollte gesetzt werden (Ihr habt noch 3 Minuten, um eine Entscheidung zu finden). Wann dieser Zeitpunkt gekommen ist, hängt von der Erfahrung, den rhetorischen Fähigkeiten und der Dynamik der Runde ab. Ungeübte Spieler/innen neigen dazu, nur die Rollenangaben vorzulesen, ohne eigene Akzente zu setzen. Hier könnte ggf. eine Ermunterung oder Unterstützung gegeben werden. Wichtig ist dann die Auswertung, die entsprechend Zeit braucht. Hier sollen zuerst die Spieler/innen zu Wort kommen (Wie ist es mir ergangen?), dann können die Beobachtenden ihre Eindrücke nennen. Zum Schluss könnte der Fall auf eine reale Ebene gehoben werden. Wie würdet ihr euch dann verhalten? (ohne Rollenvorgabe!)

* Dieses Rollenspiel wurde entnommen aus der Mappe „Einmischen statt Aufmischen“ des Ev.-Luth. Landesjugendpfarramts Sachsens. Wir danken für die Genehmigung der Übernahme.

Ausgangssituation und Charaktere

Braunerbach ist eine beschauliche kleine Stadt mit 6000 Einwohnern irgendwo in Thüringen. In Braunerbach gibt es die „Ev. Luth. Gemeinde Friede und Freude“. Zu ihr gehören ca. 1200 Gemeindeglieder, eine alte schöne Barockkirche und ein Gemeindehaus mit eigenem Jugendraum. In der Gemeinde arbeitet seit 12 Jahren Pfarrer Stock und eine Gemeindepädagogin Friederike Freund, die seit einem Jahr da ist (Berufsanfängerin). Die Gemeinde ist wie jede andere auch. Es läuft alles recht gut, nur die Zahl der Gottesdienstbesuchenden könnte höher sein. Die Gemeinde wird von einem siebenköpfigen Gemeindegemeinderat (GKR) geleitet. Dieser arbeitet seit drei Jahren erfolgreich zusammen. Die Sitzungen sind gemütlich und angenehm. Pfarrer Stock bereitet alles gut vor, und Streit gibt es selten. Doch dieses Mal gibt es Unangenehmes zu bereden. Eigentlich sollte bei der heutigen Sitzung über die Ausgestaltung des Konfirmationsgottesdienstes geredet werden. Doch zwei Jungen (Marek und Sören) der Konfirmandengruppe waren dabei, als letzte Woche im Nachbardorf ein paar Jugendliche im Jugendzentrum randalierten. Dabei wurde auch mehrfach „Sieg Heil“ gerufen und der Hitlergruß gezeigt. Außer Sachschäden gab es aber nichts weiter zu beklagen. Nun haben besorgte Eltern der anderen Konfirmanden angefragt, ob die beiden denn wirklich konfirmiert werden können. Sie hätten damit Probleme. Der GKR ist aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen.

Zum Gemeindegemeinderat gehören folgende Personen:

- Pfarrer Stock, 56 Jahre, verheiratet, 2 Kinder außer Haus, verantwortlich für die Konfirmandengruppe
- Gemeindepädagogin Friederike Freund, 26 Jahre, begleitet ebenfalls die Gruppe
- Detlef Dreher, 59 Jahre, Gewerbetreibender (Schuhgeschäft), verheiratet, 3 erwachsene Kinder
- Hedwig Haller, 72 Jahre, Rentnerin, ehrenamtliche Küsterin, seit 20 Jahren im GKR, verwitwet
- Sabine Sonnenschein, 44 Jahre alt, Lehrerin an der örtlichen Realschule, 1 Tochter
- Sven Schützer, 49 Jahre, Handwerker, verheiratet, 1 Sohn (Marek)
- Stephan Stern, 19 Jahre, Zivildienstleistender in der Pflege, Vertreter der JG (ohne Stimmrecht). Tipp: bei kleineren Gruppen kann diese Rolle entfallen.

Du bist Pfarrer Stock

- 56 Jahre alt, verheiratet
- 2 Kinder außer Haus
- seit 12 Jahren in der Gemeinde
- verantwortlich für die Konfirmandengruppe
- in deiner Gemeinde gab es noch nie Stunk, und so soll es bleiben
- du verstehst den Ärger der anderen Eltern und du findest die Vorfälle auch ärgerlich, allerdings sollten sie nicht überbewertet werden
- wichtig ist der Ausgleich zwischen den Gemeindegliedern, schließlich ist Einheit ein Pfeiler der christlichen Gemeinschaft und ein hohes Gut
- dass Marek und Sören ein bisschen „rechts“ sind, ist dir aufgefallen
- sie tragen merkwürdige T-Shirts und haben oft ausländergefeindliche Sprüche drauf
- du hast sie manchmal darauf angesprochen, dann haben sie auch einsichtig reagiert
- du hast die Hoffnung, dass sie sich auch durch den Kontakt zur Gemeinde noch ändern werden, wichtig ist der Kontakt zueinander
- dein Ziel: Ruhe herzustellen und Aufregung zu verhindern

Versetze dich in die Rolle! Hier sind ein paar Anregungen aufgeführt, die den Charakter und das Denken deiner Figur beschreiben. Gerne kannst du kreativ werden, weitere Argumente finden und die Rolle ausbauen. Behalte aber bitte die Intention der Rolle bei und verdrehe die Ausgangslage nicht ganz! Als Pfarrer leitest du die Sitzung und du musst sie eröffnen! Viel Spaß beim Spielen!

Du bist Gemeindepädagogin Friederike Freund

- 26 Jahre alt, unverheiratet, seit einem Jahr in der Gemeinde (erste Stelle)
- verantwortlich für Kinder- und Jugendarbeit und Begleitung der Konfirmandengruppe
- daher kennst du Marek und Sören recht gut
- deren rechte Einstellung ist dir schnell aufgefallen
- sie tragen T-Shirts mit dem Aufdruck „Odin is the Lord“ (Odin ist der Herr), hören Musik mit rechten Inhalten und sind stark ausländergefeindlich und antisemitisch eingestellt
- sie scheinen auch festen Kontakt zu rechten Gruppen zu haben und sind alles andere als unpolitische Mitläufer
- nach den Vorfällen aus dem Nachbardorf ist dir klar, dass diese beiden (momentan) nicht konfirmiert werden dürfen
- wer Odin (alter germanischer heidnischer Gott) zu seinem Gott erklärt, verstößt klar gegen das erste Gebot (Du sollst keinen Gott haben neben mir)
- auch gehört es zum christlichen Menschenbild, Schwächere zu schützen, und nicht, sie zu bekämpfen
- als Eltern der anderen Konfirmanden sind besorgt über eine Konfirmation von Marek und Sören zeigten, war dir klar, dass du die Eltern unterstützt
- dein Ziel: die Konfirmation von Marek und Sören zu verschieben

Versetze dich in die Rolle! Hier sind ein paar Anregungen aufgeführt, die den Charakter und das Denken deiner Figur beschreiben. Gerne kannst du kreativ werden, weitere Argumente finden und die Rolle ausbauen. Behalte aber bitte die Intention der Rolle bei und verdrehe die Ausgangslage nicht ganz! Viel Spaß beim Spielen!

Du bist Detlef Dreher

- 59 Jahre, verheiratet, 3 erwachsene Kinder, Gewerbetreibender (Schuhgeschäft in der Einkaufsstraße)
- du gehörst zu den bekannten und angesehenen Leuten in der Gemeinde und in der Stadt, alle kennen dich und du kennst alle – so kennst du auch Familie Schützer gut, daher weißt du, dass deren Sohn Marek ein ordentlicher Kerl ist, er ist immer freundlich und grüßt, Sören genauso
- dass sie kritische Zeitgenossen sind und über Probleme wie Arbeitslosigkeit nachdenken, findest du wunderbar, denn auch in Braunerbach gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit
- Ausländer gibt es hier auch, nach deiner Meinung zu viele, Gewalt aber ist keine Lösung, die lehnt du ab
- die Aktion im Nachbardorf war nicht sehr klug, aber Sören und Marek sind jung und jung waren ja alle mal, auch du bist früher mal über die Stränge geschlagen
- wenn der Herr Pfarrer und die anständigen Leute aus dem Dorf ein Auge auf die beiden haben, wird das schon gut werden, die Konfirmation und der Unterricht sind eine gute Gelegenheit zur Erziehung
- außerdem ist die Konfirmation der Höhepunkt im Gemeindeleben, so soll es auch dieses Jahr wieder sein – für die Gemeinde ist dieser Tag besonders wichtig, auf keinen Fall darf die Konfirmation ausfallen, auch darf niemand fehlen
- dein Ziel: die beiden sollen konfirmiert werden

Versetze dich in die Rolle! Hier sind ein paar Anregungen aufgeführt, die den Charakter und das Denken deiner Figur beschreiben. Gerne kannst du kreativ werden, weitere Argumente finden und die Rolle ausbauen. Behalte aber bitte die Intention der Rolle bei und verdrehe die Ausgangslage nicht ganz! Viel Spaß beim Spielen!

Du bist Hedwig Haller

- 72 Jahre, Rentnerin, verwitwet, ehrenamtliche Küsterin und seit 20 Jahren im GKR
- du bist eine gottesfürchtige und sehr fromme Frau, dein ganzes Leben stand unter dem Bibelwort: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.“
- gerade die Zeit des Nationalsozialismus zeigt, was passiert, wenn die Menschen falschen Führern folgen und Gott vergessen; es war eine schreckliche Zeit, du hast deinen Vater im Krieg verloren, eine jüdische Familie aus deinem Haus wurde deportiert, es gab viel Leid und Unterdrückung
- deine Familie gehörte zu den (wenigen) Christen, die seinerzeit Gegner der Nazis waren;
- bei euch zu Hause gab es einen heimlichen Bibelkreis, wo ihr Hoffnung und Kraft geschöpft habt, und eure lebendige Beziehung zu Gott hat euch über diese schwere Zeit getragen
- für dich ist ganz klar, dass so etwas wie der Nationalsozialismus nie wieder passieren darf! Rassismus, Gewalt, Ausgrenzung von Menschen sind nicht nach Gottes Willen!
- wenn es stimmt, dass Marek und Sören an dem Überfall beteiligt waren, ist das eine schlimme Sache; dennoch ist es wichtig, engen Kontakt zu ihnen zu halten, ihnen biblische Werte und besonders die Chance auf Gottes Vergebung zu vermitteln
- dein Ziel: die Gemeinde darf den Kontakt zu Marek und Sören nicht verlieren, aber du willst auch deutlich machen, was Christen dürfen und was nicht

Versetze dich in die Rolle! Hier sind ein paar Anregungen aufgeführt, die den Charakter und das Denken deiner Figur beschreiben. Gerne kannst du kreativ werden, weitere Argumente finden und die Rolle ausbauen. Behalte aber bitte die Intention der Rolle bei und verdrehe die Ausgangslage nicht ganz! Viel Spaß beim Spielen!

Du bist Sven Schützer

- 49 Jahre, Handwerker, verheiratet, 1 Sohn (Marek)
- du kannst dir die Vorwürfe gegen deinen Sohn nicht erklären
- zu Hause ist er in Ordnung, und du hast ihn immer gut erzogen (streng aber gerecht)
- das ganze Theater ist übertrieben
- außerdem wird das Thema von den Medien hoch gekocht (siehe Sebnitz!)
- sicher wurden Marek und seine Freunde provoziert, einfach so losmotzen ist nicht seine Art
- die Idee, die Konfirmation von den Beiden zu verschieben, findest du absolut ungerecht
- wer konfirmiert werden möchte, hat auch das Recht darauf
- der Tisch des Herren darf keinem verwehrt werden
- als Elternteil, Gemeindeglied und Gemeindeglieder ist es für dich selbstverständlich, dass Marek konfirmiert werden muss
- es war ja schwer genug, Marek zur Konfirmation zu überreden, er wäre ja froh, wenn er nicht konfirmiert werden würde
- und schließlich ist alles vorbereitet, die Kneipe bestellt, die Verwandtschaft eingeladen, die Geschenke gekauft...
- das Fest lässt du dir nicht vermasseln und auf deinen Sohn lässt du nichts kommen
- sollte die Konfirmation verweigert werden, dann trittst du aus der Gemeinde aus
- dein Ziel: Marek wird konfirmiert und der Ruf der Familie darf nicht beschädigt werden

Versetze dich in die Rolle! Hier sind ein paar Anregungen aufgeführt, die den Charakter und das Denken deiner Figur beschreiben. Gerne kannst du kreativ werden, weitere Argumente finden und die Rolle ausbauen. Behalte aber bitte die Intention der Rolle bei und verdrehe die Ausgangslage nicht ganz! Viel Spaß beim Spielen!

Du bist Stephan Stern

- 19 Jahre
- Zivildienstleistender in der Pflege
- Vertreter der JG (ohne Stimmrecht)
- eure JG ist eine feste Gemeinschaft, aber ihr seid offen für die Neuen aus der Konfirmandengruppe und ihr freut euch auf sie
- bei der letzten JG habt ihr über die Vorfälle im Nachbarort lange geredet, als Christen lehnt ihr Gewalt ab, auch Hass gegen andere Menschen ist nicht nach Gottes Willen; dass es innerhalb der JG und der Gemeinde rechte Jugendliche gibt, ist für dich unvorstellbar
- insofern hätten es Marek und Sören sicher nicht leicht bei euch
- andererseits ist Jesus auch auf die Leute am Rande zugegangen; deshalb ist es wichtig, auch die beiden immer wieder in die Gemeinschaft einzuladen
- das geht ja auch, wenn sie nicht konfirmiert sind
- die Konfirmation zu verschieben, weil jemand noch nicht reif genug dafür ist, hältst du grundsätzlich für gut
- auch ist es nicht verkehrt, ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen, und eine vorläufige Ablehnung der Konfirmation ist ein gutes Zeichen, später können sie es nachholen
- dein Ziel: wenn die beiden bereit sind, sich zu ändern, können sie konfirmiert werden

Versetze dich in die Rolle! Hier sind ein paar Anregungen aufgeführt, die den Charakter und das Denken deiner Figur beschreiben. Gerne kannst du kreativ werden, weitere Argumente finden und die Rolle ausbauen. Behalte aber bitte die Intention der Rolle bei und verdrehe die Ausgangslage nicht ganz! Viel Spaß beim Spielen!

Du bist Sabine Sonnenschein

- 44 Jahre, Lehrerin für Religion an der örtlichen Realschule
- 1 Tochter
- du kennst Marek und Sören persönlich aus der Schule, sie waren mal in deiner Klasse
- sie waren früher nicht besonders auffällig
- deine Tochter erzählte dir von den Vorfällen im Nachbardorf, wo sie gerade im Jugendklub war
- sie kam ganz verstört und verängstigt nach Hause
- eine Gruppe von 10 Skins und rechten Jugendlichen platzte in den Jugendklub und brüllte rum, Stühle wurden umgeworfen und die Gäste wurden bedroht; „Tod den Juden“, „Zecken raus“, „Sieg Heil“ und vieles mehr wurde gebrüllt; nur weil der Sozialarbeiter die Polizei rief, konnte Schlimmeres verhindert werden
- Sören und Marek waren aktiv beteiligt, sie haben deine Tochter als „Judenfotze“ bezeichnet und bedroht
- du bist entsetzt, wie unter Jugendlichen, die sich alle von klein auf kennen, so etwas passieren kann
- du verlangst eine persönliche Entschuldigung bei deiner Tochter
- sollte das nicht geschehen, bist du dagegen, dass sie konfirmiert werden! Es ist doch kein Problem, dass sie noch ein Jahr bis zur Konfirmation warten sollen
- zu Schuld muss man stehen, sonst gibt es keine Vergebung
- du bist nicht bereit, in der momentanen Situation mit Marek und Sören gemeinsam das Glaubensbekenntnis zu beten! Erst muss das Problem geklärt werden.
- dein Ziel: eine Entschuldigung von Marek und Sören, sonst bist du gegen die Konfirmation der beiden

Versetze dich in die Rolle! Hier sind ein paar Anregungen aufgeführt, die den Charakter und das Denken deiner Figur beschreiben. Gerne kannst du kreativ werden, weitere Argumente finden und die Rolle ausbauen. Behalte aber bitte die Intention der Rolle bei und verdrehe die Ausgangslage nicht ganz! Viel Spaß beim Spielen!

5. „Mit Chorälen und Liedern Farbe bekennen“ – Sächsische Posaunenmission e.V.*

Friedel W. Böhler, Sächsische Posaunenmission e.V.



10 Minuten Notizen
keines
unbegrenzt
egal

Diese Andacht wurde für die Posaunenarbeit geschrieben und gehalten. Mit ganz kleinen Veränderungen ist sie für jede andere Musikgruppe oder für Chöre nutzbar.

Liebe Bläserinnen und Bläser,

am Sonntag Lätäre, 25.3.2001, wird in der Frauenkirche zu Dresden die Dekade zur Überwindung von Gewalt mit einem ökumenischen Gottesdienst für den sächsischen Bereich eröffnet. Die Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens veröffentlichte dazu eine EntschlieÙung, in der es heißt: *„In unserem Alltag begegnen uns immer häufiger rassistische und fremdenfeindliche Gewalthandlungen gegen Ausländer, aber auch Gewalttaten gegen Schwache und Randgruppen unserer Gesellschaft. Menschenverachtende Handlungen dürfen wir als Christen nicht widerspruchslos hinnehmen. Schweigen wird als Zustimmung begriffen.“*

Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit breiten sich in unserem Land immer weiter aus. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht irgendwo in Deutschland Menschen bedroht, beschimpft, verletzt oder gar getötet werden, nur weil sie Ausländer sind. Parteien oder radikale Gruppen schreiben Parolen wie „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“ auf ihre Fahnen und erhalten Beifall dafür. Wie kommt das? Steckt in jenen Unverbesserlichen immer noch der Rassenwahn des Dritten Reiches? Ist nicht klar, wohin das führt und welches Maß an Leid und Unglück daraus erwächst? Oder ist es die eigene Unsicherheit und die Angst vor allem Fremden, vor anderen Weltanschauungen und Verhaltensweisen?

Gott spricht: *„Ein Fremdling soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst.“* (3. Mose 19,34) Wir können nun fragen: Wer ist ein Fremdling unter uns? Der Andersfarbige, der

* Dieser Stundenentwurf wurde entnommen aus der Mappe „Einmischen statt Aufmischen“ des Ev.-Luth. Landesjugendpfarramts Sachsens. Wir danken für die Genehmigung der Übernahme.

Ausländer mit fremder Sprache und anderen Gewohnheiten oder auch der neu Zugezogene, der nur einen anderen Dialekt spricht und nun in meiner Nachbarschaft wohnt oder im Betrieb neben mir arbeitet? Wie auch immer – das Gebot der Nächstenliebe lässt keinerlei Gewalt gegenüber anderen zu. Die Fremden werden jedoch schon im Alten Testament besonders in Schutz genommen:

„Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen.“ (2. Mose 22, 20) Die gebotene Fremdenfreundlichkeit wird also damit begründet, dass Israel selbst einst in der Fremde war. Wir erleben Fremde in unserem Land, die wegen Kriegswirren oder politischer Verfolgung zu uns kommen oder die in ihrer Heimat keine Lebensgrundlage mehr finden. Wie leicht wir selbst in diese Lage geraten können, zeigen uns die Deutschen, die während der Naziherrschaft in die Emigration gerieten. „Alle Menschen sind Ausländer – fast überall.“ Dieser Satz klebt auf manchen Autos und soll uns zu denken geben.

Was können wir in unseren Posaunenchoren angesichts dieser Problematik tun? Wir können jede Äußerung und jeden dummen Spruch, der fremdenfeindlich klingt, zurückweisen. Wir können uns für neu Zugezogene öffnen und sie zum Mitblasen einladen. Wir können besonders unseren jungen Mitbläserinnen und Mitbläsern eine geistige Heimat bieten und sie damit für das Werben radikaler Gruppen unempfindlich machen.

Wir können mit unseren Chorälen und Liedern Farbe bekennen und Position beziehen, z.B. mit Rolf Schweizers Lied „Damit aus Fremden Freunde werden“ (1982). Der Text kann auch als Gebet verwendet werden.

1. Damit aus Fremden Freunde werden, schenkst du uns Lebensglück und Brot: Du willst damit den Menschen helfen, retten aus aller Hungersnot.

2. Damit aus Fremden Freunde werden, gehst du als Bruder durch das Land, begegnest uns in allen Rassen und machst die Menschlichkeit bekannt.

3. Damit aus Fremden Freunde werden, lebst du die Liebe bis zum Tod. Du zeigst den neuen Weg des Friedens, das sei uns Auftrag und Gebot.

4. Damit aus Fremden Freunde werden, kommst du als Mensch in unsre Zeit: Du gehst den Weg durch Leid und Armut, damit die Botschaft uns erreicht.

5. Damit aus Fremden Freunde werden, vertraust du uns die Schöpfung an; du formst den Menschen dir zum Bilde, mit dir er sie bewahren kann.

6. Damit aus Fremden Freunde werden, gibst du uns deinen Heiligen Geist, der, trotz der vielen Völker Grenzen, den Weg zur Einigkeit uns weist.

6. Zivilcourage für Demokratie im Heimatort – Praxistage zum Thema Rechtsextremismus in der Evangelischen Akademie Meißen

Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen



ein ganzer Tag von 10.00 – 17.00 Uhr
keines
unbegrenzt
14 – 100 Jahre

Historie

Dass Rechtsextremismus nicht erst seit der letzten sächsischen Landtagswahl ein Problem ist, ist vielen hinreichend bekannt. So weisen rückblickend etliche Veranstaltungen und Projekte insbesondere im Bereich der Evangelischen Jugendarbeit aber auch der örtlichen Gemeindearbeit darauf hin, dass dies von einigen Engagierten bereits erkannt wurde. 2005 führte ein weiteres Erstarken rechtsextremer Handlungen dazu, dass sich unter der Moderation der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen und des Kulturbüro Sachsens ca. 15 Akteure der Bildungs- und Gemeindearbeit der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen in einer Arbeitsgruppe „Kirche und Rechtsextremismus“ zusammen fanden. Die Gruppe war sich über die Notwendigkeit, sich auch aus christlicher Sicht deutlich zum Thema Rechtsextremismus und den damit zunehmenden Problemen zu positionieren, gleichzeitig aufzuklären und Handlungsoptionen aufzuzeigen, schnell einig. Die Überlegungen der AG Kirche und Rechtsextremismus mündeten in einen Veranstaltungstag am 28. Januar 2006 in den Gemeinderäumen der Kirchgemeinde Riesa-Gröba. Dieser Praxistag war überschrieben mit dem Titel „Christliche Gemeinde und rechtsextreme Ideologie“. Der sehr bekannte Bibelvers „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt eins in Christus Jesus.“ (Galater 3, 28) diente als thematischer Einstieg wie auch als ein weltbildliches Leitbild für den Praxistag. Dieser Bibelvers ist bis heute als Basis für alle Praxistage zu verstehen und als eine deutliche christliche Aussage, die Diskriminierung und Ausgrenzung entgegnet. In der AG Kirche und Rechtsextremismus herrschte Gespanntheit darüber, mit welchem Interesse dieser Praxistag innerhalb der Landeskirche wahrgenommen wurde. Diese Gespanntheit löste sich in die Freude über die Teilnahme von ca. 130 Personen auf. Dieser Erfolg motivierte die Mitwirkenden darauf, die Ausrichtung der Praxistage fortzuführen und diese direkt an die Evangelische Akademie Meißen

anzubinden. Somit fanden in den Jahren 2007 und 2008 jeweils im Frühjahr weitere Praxistage in der Evangelischen Akademie Meißen in Kooperation mit der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen und dem Kulturbüro Sachsen e.V. statt. Darüber hinaus werden die Veranstaltungen auch in den Veranstaltungskalender der Evangelischen Ehrenamtsakademie Sachsen eingestellt. Die erreichten Teilnehmenden der zurückliegenden Praxistage sind insbesondere Mitarbeitende kirchlicher Institutionen wie auch PfarrerInnen und Gemeindepädagoginnen selbst gewesen. Darüber hinaus gelang es, engagierte ehrenamtliche ChristInnen wie auch Mitarbeitende ganz anderer gesellschaftlicher Bildungsinstitutionen und Akteure als Teilnehmende zu gewinnen.

Motivation und Handlungsbedarf

Der Veranstaltung der Praxistage liegt die Überzeugung einer Notwendigkeit des Handelns aus der christlichen Gemeinde heraus zugrunde. Als gesellschaftlicher Akteur gestaltet Kirche in Deutschland aktiv gesellschaftlichen Alltag mit und wird mit ihren Meinungen gehört. Eine solche (auch von kirchlichen RepräsentantInnen immer wieder formulierte) Bedeutung zieht Verantwortung nach sich. Verantwortung, sich bei Unrecht zu Wort zu melden und davon zu distanzieren. Darüber hinaus ist es in einer solchen Position notwendig, sich gegen dieses Unrecht zu engagieren und für eine gelingende demokratische Zivilgesellschaft einzusetzen. Hierfür hat kaum eine andere Institution wie Kirche eine Chance dafür, denn sie ist in fast jedem Ort präsent, PfarrerInnen sind nach wie vor in vielen Orten anerkannte Ansprech- und Beratungspersonen im gesellschaftlichen Alltag, deren Meinung zumindest angehört und als beispielhaft wahrgenommen wird. Diese Grundlage gilt es zu nutzen, sich zu Wort zu melden und sich klar und deutlich zu positionieren für Menschenwürde, Demokratie und Toleranz, verbunden mit einer klaren Absage an Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt.

Kirche und ChristInnen sind selbst betroffen vom Problem des Rechtsextremismus. Dieser Aspekt erfordert eine nach innen gerichtete Auseinandersetzung: Wie können sich die einzelnen Gemeinden gegen die Übergriffe von außen wehren? Und wie kann mit rechtsorientiertem und rechtsextremem Gedankengut in der eigenen Gemeinde umgegangen werden? Wie verhalte ich mich gegenüber auffälligen Gemeindegliedern und in Krisensituationen? Wie gelingt eine selbstkritische Suche nach den Wurzeln für rechtsextremes Gedankengut in der eigenen Gemeinde und in der kirchlichen Historie?

Vor diesem Hintergrund soll mit den Praxistagen ein geschützter Raum und eine Gelegenheit geboten werden, damit sich die Teilnehmenden mit ihren Fragen, Erfahrungen und Ideen miteinander verständigen können, wie sich Kirche und ChristInnen mit der Problematik Rechtsextremismus in Zukunft

auseinandersetzen sollen. Zur Teilnahme an diesem Diskussionsprozess sind kirchliche VerantwortungsträgerInnen, Gemeindemitglieder und alle Engagierten eingeladen. Die Praxistage „leben“ von den Beiträgen und Erfahrungen der Teilnehmenden,

- um zu informieren und aufzuklären über aktuelle Entwicklungen und Handlungen innerhalb der Rechtsextremen, aktuelle politische Entwicklungen zu benennen und neue Forschungsergebnisse zu präsentieren.
- um zu informieren und aufzuklären über rechtsextremes Auftreten, Kleidungsstile, Musik, Internetpräsenz, etc.
- um die Chance zu ermöglichen, eigene Erfahrungen einzubringen, Unsicherheiten zu formulieren und um Rat zu fragen. Denn viele sind auf der Suche nach Handlungsoptionen für gelebte Zivilcourage.
- um einen Rahmen zu bieten, sich mit Initiativen, Beratungsbüros und anderen Institutionen zu vernetzen.
- um einen Appell in die Kirche hinein, aber auch in die Gesellschaft hinaus zu tragen und an die Verantwortung zum Engagement zu erinnern.

Ausblick



Teilnehmende des 3. Praxistages diskutieren zu den Themen „Heimat“ und „Patriotismus“. Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

In den zurückliegenden Jahren haben wir ein Modell für das Veranstaltungsprogramm entwickelt. Es hat oftmals einen Bezug zu regionalen Entwicklungen und Ereignissen. Darüber hinaus teilt es sich meist in drei Teile. Die Teilnehmenden erhalten zunächst in Form von Beiträgen Informationen zur Thematik. Anschließend besteht die Möglichkeit, sich in

Gesprächsforen und Arbeitsgruppen zu verständigen, Erfahrungen auszutauschen und Rat und Informationen z.B. bei Praxisprojekten einzuholen. Den dritten Schwerpunkt einer Veranstaltung bilden Podiumsdiskussionen und Gesprächsforen mit VerantwortungsträgerInnen aus Kirche, Politik und Gesellschaft. Einige Wochen nach der Veranstaltung stellen wir den Teilnehmenden und der Öffentlichkeit eine virtuelle Dokumentation des Praxistages zur Verfügung. Diese sind als Download auf den Internetseiten der Veranstalter weiterhin abrufbar.

Im Folgenden einige stichpunktartige Einblicke in die einzelnen Veranstaltungsprogramme:

- Wir sind schon im Visier – ChristInnen als Feindbild der extremen Rechten
- Demokratiedefizite als Herausforderung für Zivilgesellschaft und Kirche
- Kirche im Umgang mit den Begriffen „Heimat“ und „Patriotismus“
- Erfahrungen und Herausforderungen für Spannungs- und Arbeitsfelder wie Ortsgemeinde, Jugendarbeit, Öffentlichkeit, Öffentlichkeit, Soziale Arbeit etc.
- Praxisbeispiele, Lokale Netzwerke/Bündnisse

Vorausschauend bleibt festzuhalten, dass eine Auseinandersetzung mit dem Problem Rechtsextremismus eine noch über Jahre andauernde Aufgabe nicht nur für Kirche bleiben wird. Somit bleiben die oben benannten Aspekte für ein notwendiges Engagement von Kirche in der Zivilgesellschaft virulent. Vor diesem Hintergrund wird die Reihe der Praxistage fortgeführt werden. Der nächste Praxistag findet am 1. April 2009 in der Evangelischen Akademie Meißen statt. Schwerpunkte werden (erneut) die Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen wie auch die Motivation für die Gründung lokaler Netzwerke und Bündnisse sein. Um nachhaltig eine Atmosphäre zu schaffen, die Mk. 10, 43 gerecht wird: *„Aber so soll es unter euch nicht sein“*.

7. BAFF – „Bands auf festen Füßen“ gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus*

Pfarrerin Beatrix Spreng, Kirchengemeinde Joachimsthal



regelmäßige Nachmittage
Bandequipment
3 – 10 Personen
12 – 30 Jahre

BAFF ist ein Projekt der evangelischen Kirchengemeinde Joachimsthal und bietet Information, Beratung und Unterstützung auch für andere Gemeinden, die Interesse an ähnlichen Aktivitäten haben. Das Ziel besteht darin, dem Rechtsextremismus den Boden zu entziehen, eine alternative Jugendkultur aufzubauen und Jugendlichen eine spannende Kirche zu öffnen. Sechs Bands üben regelmäßig unter professioneller Anleitung, eine Breakdance-Gruppe probt in der Winterkirche. Jährlich werden zwei große Konzerte veranstaltet: „Musik im Park“ und „Jugend im Advent“. Einmal im Jahr findet eine Workshop-Reise gemeinsam mit Jugendlichen anderer kultureller Herkunft nach Kroatien statt. Es gibt Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus.



Jugendprojekt BAFF
Kirchengemeinde
Joachimsthal
Pfarrerin Beatrix Spreng
Kirchstraße 1
16247 Joachimsthal
Tel.: 03 33 61/2 68

Zum Konzert gehörte auch die Auseinandersetzung mit relevanten Themen. Foto: Kirchengemeinde Joachimsthal

* Dieser Text wurde entnommen aus der Broschüre „Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen. Handreichung für Kirchengemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“, herausgegeben von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO). Wir danken für die Übernahme.

8. Wiederkehrende Anlässe für Initiativen*

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss langfristig angelegt sein. Wichtig ist es, nicht nur auf konkrete Ereignisse zu reagieren, sondern selbst die Initiative zu ergreifen. So kann es sinnvoll sein, an bestimmten (Gedenk-)Tagen mit Gottesdiensten und Veranstaltungen für christliche und demokratische Grundwerte einzutreten oder eine Veranstaltung mit der kritischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort zu verbinden. Folgende Daten bieten sich an:

27. Januar, Gedenktag der Shoa: Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit. Der Gedenktag regt an zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und zur Auseinandersetzung mit den Tätern. Die Veranstaltung muss gut vorbereitet werden. Denn in der rechtsextremen Propaganda wird versucht, die Opfer des Nationalsozialismus durch den Vergleich mit Opfern anderer Diktaturen zu relativieren und die Täter aus SS und Wehrmacht nachträglich selbst zu Opfern zu stilisieren.

21. März, Internationaler Tag gegen Rassismus: In Erinnerung an das von der südafrikanischen Polizei verursachte Massaker an 69 friedlichen Demonstranten am 21. März 1960 in Sharpeville wurde der 21. März von den Vereinten Nationen zum Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung erklärt.

8. Mai, Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus: Das Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs und an die Befreiung von der Herrschaft des Nationalsozialismus kann verbunden werden mit den aktuellen Herausforderungen durch den Rechtsextremismus.

23. Mai, Tag des Grundgesetzes: Dieser Tag wird mit zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen begangen. Initiativen, Gruppen, engagierte Bürgerinnen und Bürger machen darauf aufmerksam, dass die Demokratie vom Engagement ihrer Bürger lebt.

20. Juni, Weltflüchtlingstag: Im Jahr 2000 beschloss die UN-Vollversammlung, aus Anlass des 50jährigen Bestehens des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Ratifizierung der Genfer Flüchtlingskonvention den 20. Juni zum Weltflüchtlingstag zu er-

* Dieser Text wurde teilweise entnommen aus der Broschüre „Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen. Handreichung für Kirchengemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“, herausgegeben von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO). Wir danken für die Genehmigung der Übernahme.

klären. Weltweit werden an diesem Tag viele Aktionen durchgeführt, um auf die besondere Situation und die Not von Flüchtlingen aufmerksam zu machen.

1. September, Weltfriedenstag; Beginn des Zweiten Weltkriegs und Überfall auf Polen: Der Tag erinnert daran, dass Gewalt und Krieg zwangsläufige Folgen der nationalsozialistische Ideologie waren.

Ende September, Interkulturelle Woche und Tag des Flüchtlings: Die Interkulturelle Woche findet auf Initiative der christlichen Kirchen seit 1975 jedes Jahr in der Woche vor dem Erntedankfest statt. Jeweils im Mai informiert der Ökumenische Vorbereitungsausschuss mit einem Schreiben die Kirchengemeinden, Einrichtungen, Initiativen und staatliche Stellen über die bevorstehende Interkulturelle Woche und lädt dazu ein, sich mit eigenen Veranstaltungen zu beteiligen. Jeweils am Freitag vor dem Erntedankfest ist der Tag des Flüchtlings.

21. September, Internationaler Tag des Gebets für den Frieden: Der Ökumenische Rat der Kirchen ruft seine Mitgliedskirchen im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt dazu auf, sich auf den Weg zu machen, um „Geist, Logik und Praxis der Gewalt zu überwinden“. Jeweils am 21. September, dem Internationalen Tag des Gebets für den Frieden, soll in Gottesdiensten und Andachten für die Überwindung von Gewalt und für den Frieden gebetet werden.

9. November, ein Tag, an welchem sehr unterschiedlicher Ereignisse der deutschen Geschichte gedacht wird: 1848 Anfang vom Ende der Märzrevolution; 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch; 1938 Novemberpogrome gegen Juden und jüdische Einrichtungen; 1989 Öffnung der Berliner Mauer und Beginn der Wiedervereinigung

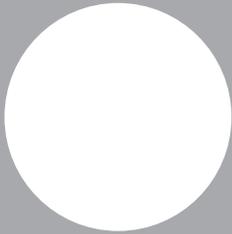
November, Volkstrauertag: Dieser Tag ist in Deutschland ein staatlicher Gedenktag und gehört zu den „Stillen Tagen“. Er wird seit 1952 zwei Sonntage vor dem Ersten Advent begangen und erinnert an die Kriegstoten und Opfer der Gewaltherrschaft aller Nationen. Der Volkstrauertag wird traditionell von kommunalen Gebietskörperschaften, häufig in Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden, begangen. Immer wieder versuchen Rechtsextremisten, Gedenkveranstaltungen an diesem Tag für ihre Propagandazwecke zu missbrauchen, nehmen mit eigenen Gebinden an Kranzniederlegungen und Gottesdiensten teil. Eine gute Vorbereitung auf solche Situationen wird dringend empfohlen.

10. Dezember, Internationaler Tag der Menschenrechte: Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen (1948). Der Tag wird vielfach zum Anlass genommen, an die Menschenrechte zu erinnern bzw. deren Durchsetzung anzumahnen.

5

A

adressen und
Literaturhinweise



5 Adressen und Literaturhinweise

1. Hilfreiche Adressen im Bereich der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens

AnsprechpartnerInnen:

c/o Dezernat I: Theologische Grundsatzangelegenheiten, Ökumene, Weltanschauung u. Sekten
OLKR Dr. Christoph Münchow

c/o Dezernat III: Kinder- und Jugendarbeit, Gemeinde- und Religionspädagogik, Bildungsauftrag, öffentl. Bildungsverantwortung, Kirche und Gesellschaft
OLKR Almut Klabunde

c/o Gleichstellungsbeauftragte
Frau Bettina Dörfel

Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens

Lukasstraße 6, 01069 Dresden
Telefon: 0351 / 4692-0, Telefax: 0351 / 4692-109
kirche@evlks.de, www.evlks.de

Pressestelle
Pressesprecher Matthias Oelke
Lukasstraße 6, 01069 Dresden
Telefon: 0351 / 4692-245, Fax: 0351 / 4692-249
presse@evlks.de, www.evlks.de

Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Paul-List-Straße 19, 04103 Leipzig
Telefon: 0341 / 9940-655, Fax: 0341 / 9940-690
christine.mueller@arbeitsstelle-eine-welt.de, www.arbeitsstelle-eine-welt.de

Diakonisches Werk der EVLKS

ZEBRA (Zentrale Beratungsstelle für Ausländer- und Asylfragen)
Diakonie Sachsen, Bereich Migration
Obere Bergstr. 1, 01445 Radebeul
Einzelfallberatung, Beratung für Berater und Unterstützung regionaler Initiativen im Bereich Ausländer und Asyl:
Herr Kaulfürst, Telefon: 0351 / 8315-174, Mobil: 0173 / 584 57 34
Frau Walter, Telefon: 0351 / 8315-179, Mobil: 0173 / 584 57 35
www.diakonie-sachsen.de/arbeitsbereiche/migration/startseite_54.htm

Beauftragter für Weltanschauungs- und Sektenfragen

Dr. Harald Lamprecht
Caspar-David-Friedrich-Str. 5, 01219 Dresden
Telefon: 0351 / 469 24 00, Fax: 0351 / 469 24 08
info@confessio.de, www.confessio.de

Beauftragter der Ev. Landeskirchen beim Freistaat Sachsen

OKR Eduard Berger
Evangelisches Büro Sachsen
Königstraße 21, 01097 Dresden
Telefon: 0351 / 8045553, Fax: 0351/ 8043085
Ev-Buero@evlks.de

**Büro des Senderbeauftragten der Evangelischen Landeskirchen beim MDR
und des Rundfunkbeauftragten der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens**

Pfarrer Andreas Beuchel,
Caspar-David-Friedrich-Straße 5, 01219 Dresden
Telefon: 0351 / 4692-401, Fax: 0351 / 4692-409
senderbeauftragter@evlks.de

Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen

Barlachstr. 3, 01219 Dresden
Telefon: 0351 / 471 72 95, Fax: 0351 / 472 09 32
landesstelle@eeb-sachsen.de, www.eeb-sachsen.de

Evangelische Akademie Meißen

St.-Afra-Klosterhof
Freiheit 16, 01662 Meißen
Telefon: 03521 / 4706-0, Fax: 03521 / 470 699
klosterhof@ev-akademie-meissen.de, www.ev-akademie-meissen.de

Evangelisch-Lutherisches Missionswerk Leipzig e. V.

Ausländerbeauftragter Dieter Braun
Paul-List-Straße 19, 04103 Leipzig
Telefon: 0341 / 994 06 25, Fax: 0341 / 994 06 90
dieter.braun@lmw-mission.de, www.lmw-mission.de

Landesjugendpfarramt

Caspar-David-Friedrich-Str. 5, 01219 Dresden
Telefon: 0351 / 4692-410, Fax: 0351 / 4692-430
www.evjusa.de

AnsprechpartnerInnen:

Jugendkultur und internationale Arbeit
Dr. Thomas Feist, Schmidstr. 1, 04158 Leipzig
Telefon und Fax: 0341 / 912 09 76, Mobil: 0178 / 259 59 59
bandarbeit-sachsen@web.de

Begegnungs- und Bildungsarbeit, Mädchenarbeit / Genderbeauftragte
Heike Siebert
Schenkendorfstraße 50, 04275 Leipzig,
Telefon: 0341 / 355 314 77
Siebert.Heike@web.de

Begegnungs- und Bildungsarbeit, Schulbezogene Jugendarbeit
Jürgen Scheinert, Referent für Schulbezogene Jugendarbeit
Telefon: 0351 / 4692-429
Juergen.Scheinert@evlks.de

Ökumenisches Informationszentrum e. V.

Kreuzstraße 7, 01067 Dresden
Telefon: 0351 / 49233-65 oder -68, Fax: 0351 / 49233-60
oiez@infozentrum-dresden.de, www.infozentrum-dresden.de

Theologisch-Pädagogisches Institut der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Bahnhofstraße 9, 01468 Moritzburg
Telefon: 035207 / 84500, Fax: 035207 / 84510
info@tpi-moritzburg.de, www.tpi-moritzburg.de

Evangelische Medienzentrale Sachsens (EMZ)

Die EMZ stellt zahlreiche audiovisuelle Medien für die religionspädagogische und allgemeine gemeindliche Arbeit bereit.

01468 Moritzburg, Bahnhofsstraße 9
Telefon 035207 / 845 02, Fax: 035207 / 845 10
bestellung@emz-sachsen.de, www.emz-sachsen.de

2. Überregionale Beratungsprojekte im Freistaat Sachsen

Im Gebiet der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens gibt es eine Reihe von Arbeitsstellen, die Beratung und Unterstützung im Spannungsfeld Demokratieförderung und Arbeit gegen Rechtsextremismus anbieten. Die Kontaktaufnahme zu diesen Stellen wird nachdrücklich empfohlen:

Kulturbüro Sachsen e.V., Mobile Beratungsteams

Die MBT sind für Kirchengemeinden der erste Ansprechpartner beim Auftreten eines rechts-extremen oder fremdenfeindlichen Problems. Sie bieten Hilfe zur Selbsthilfe gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – für eine demokratische Kultur. Sie

- wirken vor Ort durch Beratung, Moderation und Information bei der Stärkung und Entwicklung einer umfassend demokratisch verfassten Gesellschaft mit.
- beraten alle gesellschaftlichen Initiativen und Einzelpersonen – vom besorgten Elternteil bis zum haupt- oder ehrenamtlichen Bürgermeister, vom kreisweiten Netzwerk für Toleranz bis zur örtlichen freiwilligen Feuerwehr, vom Unternehmen bis zur Kirchengemeinde.
- haben als Ziel die gemeinsame Entwicklung und Sicherung demokratischer Grundwerte, die Stärkung der Verantwortung jedes Einzelnen vor Ort und die Abwehr rechtsextremer und rassistische Entwicklungen und Übergriffen.

Kulturbüro Sachsen e.V., Projektleitung Mobile Beratungsteams

Bautzner Strasse 45, 01099 Dresden

Telefon: 0351 / 272 14 90, Fax: 0351 / 563 408 98

bringtfriede@kulturbuero-sachsen.de, www.kulturbuero-sachsen.de

Regionalbüro Pirna für den Regierungsbezirk Dresden

Gartenstrasse 13, 01796 Pirna

Telefon: 03501 / 58 22 89, Fax: 03501 / 58 22 91, Mobil: 0173 / 98 59 408

mbt.pirna@kulturbuero-sachsen.de

Regionalbüro Großpösna für den Regierungsbezirk Leipzig

Hauptstrasse 33, 04463 Großpösna

Telefon: 03429 / 714 56 76, Fax: 03429/714 56 76, Mobil: 0174 / 991 69 15

mbt.grosspoesna@kulturbuero-sachsen.de

Regionalbüro Neukirchen für den Regierungsbezirk Chemnitz

August-Bebel-Strasse 2, 09221 Neukirchen

Telefon: 0371 / 278 15 65, Fax: 0371 / 278 15 68, Mobil: 0174 / 991 94 33

mbt.neukirchen@kulturbuero-sachsen.de

ReCall – Mit Eltern gegen Rechts

Das Projekt ReCall bietet Beratung für Eltern und Angehörige von Kindern und Jugendlichen in der rechtsextremen Szene an. Eltern und Angehörige, aber auch Kinder, deren Eltern in der rechtsextremen Szene sind können sich hier anonym Hilfe und Begleitung holen.

c/o Kulturbüro Sachsen e.V.

Bautzner Str. 45, 01099 Dresden

Telefon: 0351 / 563 556 30, Fax: 0351 / 563 408 98

danilo.starosta@kulturbuero-sachsen.de, www.recall-sachsen.de

RAA – Regionale Arbeitsstellen für Bildung und Demokratie e.V.

Die Regionalen Arbeitsstellen sind Einrichtungen der Jugendhilfe und pädagogische Heimat für engagierte Lehrer und Lehrerinnen. Sie arbeiten als Dienstleistungsagentur zur Entwicklung von Zivilgesellschaft vor Ort. Durch direkte und indirekte Intervention versuchen sie, Rechtsextremismus zu bekämpfen und für Minderheitenschutz zu sorgen. Direkt durch interkulturelle Erziehung, innovative Formen politischer Bildung, indirekt durch die Verbesserung der Lebenssituation von Jugendlichen, wie mit der Einrichtung von Schülerclubs und Projekten beim Übergang von der Schule zum Beruf.

RAA Hoyerswerda/Ostsachsen

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Demokratie und Lebensperspektiven e.V.

Straße des Friedens 27, 02977 Hoyerswerda

Telefon: 03571 / 41 60 72, Fax: 03571 / 92 40 47

kontakt@raa-hoyerswerda.com, www.raa-hoyerswerda.com

RAA Leipzig

Verein für Interkulturelle Arbeit, Jugendhilfe und Schule e.V.

Sternwartenstraße 4, 04103 Leipzig

Telefon: 0341 / 257 72 47, Fax: 0341 / 257 72 47

raa-leipzig@gmx.de, www.raa-leipzig.de

Opferberatung der RAA Sachsen e.V.

Die Opferberatung des RAA Sachsen e.V. berät und unterstützt Betroffene und Zeugen rechtsextremer Gewalt sowie deren Angehörige. Wesentliches Ziel der Arbeit ist es darüber hinaus, BürgerInnen innerhalb verschiedener Präventionsangebote für das Auftreten rechtsextremer und rassistischer Gewalt zu sensibilisieren.

RAA Sachsen e.V. – Opferberatung, Beratungsstelle Dresden
Bautzner Straße 45, 01099 Dresden
Telefon: 0351 / 889 41 74, Fax: 0351 / 889 41 93, Mobil: 0172 / 974 12 68
opferberatung.dresden@raa-sachsen.de, www.raa-sachsen.de

RAA Sachsen e.V. – Opferberatung, Beratungsstelle Leipzig
Bautzner Straße 45, 01099 Dresden
Telefon: 0351 / 889 41 74, Fax: 0351 / 889 41 93, Mobil: 0172 / 974 12 68
opferberatung.dresden@raa-sachsen.de, www.raa-sachsen.de

RAA Sachsen e.V. – Opferberatung, Beratungsstelle Chemnitz
Weststraße 49, 09112 Chemnitz
Telefon: 0371 / 481 94 51, Fax: 0371 / 481 94 52, Mobil: 0172 / 974 36 74
opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de, www.raa-sachsen.de

Netzwerk Tolerantes Sachsen

c/o Netzwerk für Demokratische Kultur Wurzeln e.V.
Domplatz 5, 04808 Wurzeln
Telefon.: 03425 / 85 27 10, Fax: 03425 / 85 27 09
kontakt@tolerantes-sachsen.de, www.tolerantes-sachsen.de

3. Bundesweit bedeutsame Projekte

Agentur für soziale Perspektiven – ASP e.V.

Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin
Tel: 030 / 610 764 62
mail@aspberlin.de, www.aspberlin.de, www.dasversteckspiel.de
Die Agentur für soziale Perspektiven – ASP e.V. unterstützt jungendliches Engagement gegen rechte Jugendkulturen.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Auguststraße 80, 10117 Berlin
Tel: 030 / 283 951 84, Fax: 030 / 283 951 35
asf@asf-ev.de, www.asf-ev.de

Amadeu Antonio Stiftung

Linienstraße 139, 10115 Berlin
Tel: 030 / 240 886 10, Fax: 030 / 240 886 22
info@amadeu-antonio-stiftung.de, www.amadeu-antonio-stiftung.de

Antigewalt-Trainings bieten u.a. die Polizeien der Länder. Kontakt auch über die **Koordinierungsstelle Prävention des Sächsischen Staatsministeriums des Innern**,

Axel Teichmann
Sächsisches Staatsministerium des Innern
Wilhelm-Buck-Straße 2-4, 01097 Dresden
Tel: 0351 / 5 64 0
axel.teichmann@smi.sachsen.de, www.smi.sachsen.de

APABIZ – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

Lausitzerstr. 10, 10999 Berlin
Tel: 030 / 611 62 49, Fax: 030 / 611 62 49
mail@apabiz.de, www.apabiz.de

Archiv der Jugendkulturen

Fidicinstraße 3, 10965 Berlin
Tel: 030 / 694 29 34, Fax: 030 / 691 30 16
archiv@jugendkulturen.de, www.jugendkulturen.de
Das Berliner Archiv der Jugendkulturen e. V. sammelt Materialien jugendlicher Kulturen (Skinheads, Punks, Grufties, Rapper usw.).

Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt

Stresemannstraße 90, 10963 Berlin
Tel.: 030 / 236 34 08-0, Fax: 030 / 236 34 08-88
buendnis@bfdd.de, www.buendnis-toleranz.de

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.

Uwe-Karsten Heye – Vorstandsvorsitzender
Gerhard Schröder, Bundeskanzler a.D. – Schirmherr
Koppenstr. 93, 10243 Berlin
Tel: 030 / 303 080 80, Fax: 030 / 303 080 830
kontakt@gesichtzeigen.de, www.gesichtzeigen.de

Medienprojekt Wuppertal

Hofaue 59, 42103 Wuppertal
Tel: 0202 / 563 26 47, Fax: 0202 / 446 86 91
info@medienprojekt-wuppertal.de, www.medienprojekt-wuppertal.de

Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V.

Universität Potsdam, Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam
Tel: 0331 / 280 94-0, Fax: 0331 / 280 94-50
moses@mmz.uni-potsdam.de, www.mmz-potsdam.de
Vermittlung von Referenten zu den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus, jüdische Geschichte

4. Internetquellen

Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum Berlin

www.aric.de

Bundesamt für Verfassungsschutz

www.verfassungsschutz.de

Blick nach rechts

www.bnr.de

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

www.verfassungsschutz.sachsen.de

Bundeszentrale für Politische Bildung (Thema: Rechtsextremismus)

www.bpb.de/aktuelles/html/body_rechtsextrem.html

Friedrich-Ebert-Stiftung (Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus)

www.fes-online-akademie.de

haGalil online

haGalil online ist das größte jüdische Online-Magazine in Europa. Es berichtet über jüdisches Leben, Kultur und Religion, über Israel und bietet Aufklärung über Antisemitismus und Rechtsextremismus.

www.hagalil.com

Holocaust Referenz-Argumente gegen Auschwitz LeugnerInnen

www.h-ref.de

Informationen über Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

www.dasversteckspiel.de

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung

www.idaev.de

Internet-Plattform gegen Rechtsextremismus des Magazins Stern

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Netz gegen Nazis

www.netz-gegen-nazis.com

NPD-blog-info

Kontinuierliche Berichterstattung und Dokumentationen über die NPD.

www.npd-blog.info

Medien-Initiative „Netz gegen Rechts“

Das Informationsportal gegen Rechtsextremismus von deutschen Zeitungen, Agenturen und Sendern

www.netzgegenrechts.de

Plattform für Vernetzung

www.turnitdown.de

Recht gegen Rechts

Rechtliche Informationen für den Kampf gegen Rechts – im Netz und anderswo.

www.rechtgegenrechts.org

5. Filmmaterialien

Der Fremde im Spiegel.

Kurzfilm von Reinhard Günzler, Deutschland, DGB Bildungswerk 2004 (27 min.)

Der Schwarzfahrer.

Kurzfilm von Pepe Danquart, Deutschland, Trans-Film GmbH 1992 (12 min.)

Ich lass' mich nicht verjagen! Farbige Deutsche und ihre schwierige Heimat.

Dokumentarfilm von Annekathrin Wetzel und Bastian Wierzioch, Deutschland, MDR 2007 (30 min.)

Platzangst.

Spielfilm von Heike Schober und René Zeuner, Deutschland, Verleih Sonnensegel 2002 (65 min.)

Wölfe im Schafspelz heißt ein Medienpaket der Polizei, das über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus aufklärt. Es enthält den Spielfilm „Platzangst“, die Dokumentation „Rechtsextremismus heute – zwischen Agitation und Gewalt“ sowie ein Begleitheft mit Hinweisen zum Einsatz des Filmmaterials.

6. Weiterführende Literatur

Praktische Tipps zu Zivilcourage gegen Stammtischparolen

- Ahlheim/Heger (2001): Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit. Handreichungen für die politische Bildung
- BenJelloun (1999): Papa, was ist ein Fremder?
- BenJelloun (2005): Papa, woher kommt der Hass?
- Erich-Zeiger-Haus e.V./Stiftung Civil-Courage: Der Tisch. Gelebte Zivilcourage. Eine DVD.
- Hufer (2006): Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver, Populismus, Bonn, Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de

Aktuelle Studienergebnisse zu rechtsextremen Einstellungen

- Bundesministerium des Innern (2008): Verfassungsschutzbericht 2007
- Brähler/Decker (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland
- Decker/Rothe/Weissmann/Geißler/Brähler (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland
- epd-Dokumentation (35/2007): Rechtsextremismus in der Gesellschaft. Und die Kirche? – Zum gesellschaftlichen und kirchlichen Umgang mit Rechtsextremismus
- FES/DGB (2007): Dokumentation der Konferenz: Rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
- Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1–6
- Innenministerien der Länder Berlin und Brandenburg (2006): Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus
- Sächsisches Staatsministerium der Innern (2008): Verfassungsschutzbericht Sachsen 2007

Wissenschaftliche Hintergrundberichte über Rechtsextremismus

- Backes/Steglich (2002): Die NPD
- Bugiel (2002): Rechtsextremismus in der DDR
- Hafener/Schönfelder (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten – Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie
- Hempel (2008): Wenn Kinder rechtsextrem werden – Mütter erzählen
- Klärner/Kohlstruck (2006.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de
- Klein (2007): Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft. Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit
- Staud (2006): Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD
- Stöss (2007): Rechtsextremismus im Wandel

- Sturzbecher/ Freytag (2000): Antisemitismus unter Jugendlichen
- Virchow/Dornbusch (Hg.) (2008): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können

Arbeitshilfen zum Erkennen von und Reagieren auf rechtsextreme Erscheinungen

- Agentur für soziale Perspektiven (2007): Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen, Regionalausgabe Süd-Ost, Bezug: Kulturbüro Sachsen e.V., www.kulturbuero-sachsen.de, buero@kulturbuero-sachsen.de
- Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO): Hinsehen – Wahrnehmen – Ansprechen. Handreichung für Kirchengemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit
- Evangelische Kirche im Rheinland (2006): Ist man vor Antisemitismus nur noch auf dem Monde sicher? Eine Arbeitshilfe, Download unter www.ekir.de
- Ev.-Luth. Landesjugendpfarramt Sachsens (2001): Einmischen statt aufmischen. Eine Materialsammlung, Bezug: Landesjugendpfarramt, www.evjusa.de, post@evjusa.de
- Fahr (2005): „Was steht an jedem Haus? – Ausländer raus!“ Rechtsextreme Ausdrucksformen und Bilderwelten. Ikonografie der Gewalt
- Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland (EKM): Nächstenliebe verlangt Klarheit. Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus, Bezug: Projektstelle Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus im Kirchenamt der EKM, Dr. Moritz-Mitzenheim-Straße 2a, 99817 Eisenach, irene.schiefke-taatz@ekmd.de
- Glaser/Pfeiffer (2007): Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de
- Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (2003): Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute? Über Rechtsextremismus, Rassismus und Zivilcourage. Prävention für Schule und Bildungsarbeit.
- Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (2005): Demokratie ist...? ...Menschen können wählen ... Demokratievermittlung – Konzepte und methodische Beispiele. Ein Handbuch, Bezug: Landesfilmdienst Sachsen für Jugend- und Erwachsenenbildung e.V., www.landesfilmdienst-sachsen.de
- Lanig (2001): 100 Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Gewalt. AOL-Verlag
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (2006): „Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten“. Eine Handreichung, Download unter www.mbr-berlin.de
- Polizeidirektion Leipzig (2007): Hinter den Kulissen. Argumentationshilfe gegen rechtsextreme Parolen. Salzland Druck GmbH & Co.KG

Erklärung der Landessynode zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen in Sachsen

„Die Synode ist beunruhigt, dass rechtsextremes Gedankengut, das sich auch in Gewalttaten äußert, in Sachsen vorzufinden ist. Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass dieses Gedankengut nicht mehr nur latent und im Verborgenen, sondern öffentlich vertreten wird. Das betrifft ebenso Glieder unserer Kirchgemeinden.

Rechtsextreme Überzeugungen sind unvereinbar mit dem christlichen Menschenbild.

Wir halten es für erforderlich, dass alle Mitarbeiter und Gemeindeglieder gegenüber menschenfeindlichen oder rechtsextremen Symbolen und Argumenten wachsam sind und dagegen deutlich Stellung beziehen.

Wir ermutigen, Informationen über Rechtsextremismus einzuholen, Beratungsangebote zu nutzen sowie Veranstaltungen in den Kirchgemeinden durchzuführen und das Thema in der Kinder- und Jugendarbeit aufzugreifen.

Die Synode unterstützt die Initiativen, die sich mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Wir rufen Kirchgemeinden, Gemeindeglieder, kirchliche Werke und Einrichtungen auf, in solchen Initiativen mitzuarbeiten.“

Die Synode bittet das Landeskirchenamt dafür Sorge zu tragen, dass das Thema Rechtsextremismus in den Aus-, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Landeskirche Beachtung und Raum findet.

Des Weiteren wird das Landeskirchenamt gebeten, den Kirchgemeinden Arbeitsmaterialien zur Verfügung zu stellen.

Dresden, am 23. April 2007